Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

31 (2.8.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 31 — 5. Jahrgang (Verlagsportnummer entfällt) Karlsruhe, 2. August 1950 Preis 50 D-Pfennige

Die aktuelle Reportage auf Seite 8 ist der Stadt Bühl in Baden und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als Zentrale der Frühobsternte gewidmet. Den Höhepunkt bringt am 6. Aug. das Bühler Zwetschgenfest

Dollars rollen rückwärts

Keine Dollarknappheit mehr - Weiter Hausse an den Warenmärkten - Feste deutsche Börsen Export verdoppelt - Produktionsindex auf 107 - Liquidere Wirtschaft? - Bundesetat fast 12 Mrd. DM

Die Unsicherheit, die über der Welt liegt, kann, so meinen viele, gar nicht mehr überboten werden. Unsicherheit aber ist heute stärker denn je das Los der Wirtschaft und des Menschen.

Diese Unsicherheit spiegelt sich selbstverständlich an der internationalen Börsen. Paris und die deutschen Börsen waren in der ganzen Woche fest. London dagegen die ganze Woche flau, unsicher und lustlos. New York konnte sich erst gegen Ende der Woche etwas erholen — eine zunächst eigenartig erscheinende Entwicklung. Sehen wir aber genauer zu, dann zeigt sich, daß sich in Frankreich eine Art Sachwerthausse, ausgehend von Gold, entwickelt hat, die panikartige Züge zeigte. In England überwog die Angst — sehr berechtigte Angst — daß die englische Regierung Steuererhöhungen verkünden werde; denn woher soll denn das Geld für die zusätzliche Hilfeleistung an die UNO kommen? Die gleichen Sorgen haben selbstverständlich die Börsenmänner in New York. Wer soll das bezahlen? Die 10 Mrd. Dollar der dritten Juli-Woche und jetzt schon wieder neue 4 Mrd. Dollar in der vierten Juli-Woche. Man ist ja auf astronomische Ziffern aus den USA gefaßt; aber hier hält man doch langsam die Luft an. Die USA haben wohl die größte Autoproduktion und stellen wohl die meisten Kühlschränke in der Welt her, aber für das was sie jetzt an Rüstung ausgeben für sich und Europa, das ist schon nicht mehr mit Superlativen auszudrücken, dafür fehlt in der Syntax der Welt die Ausdrucksmöglichkeit.

Kautschuk um 25 % gestiegen

Die Unsicherheit spiegelt sich auch auf den Weltrohstoffmärkten, auf denen sich eine Sensation gezeigt hat. Der Kautschukpreis für prompte Ware ist in einer Woche um 25 % gestiegen — und wie unsere Leser wissen, ist er in der Woche vorher auch um 10 % gestiegen. Bei Baumwolle scheinen ernsthafte Versorgungsprobleme schon in allernächster Zeit aufzutreten. Der Nichteisenmetallmarkt hat diese Überentwicklung nicht mitgemacht, aber die Preise steigen laufend und sicher. Wir wollen schon an dieser Stelle einschalten, daß die Bundesregierung den Export von Aluminium und Zink verboten hat. In diesem Zusammenhang ist auch das eigenartige Spiel betrachtenswert, das sich zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland gezeigt hat und das Gegenstand des „Berliner Briefs" auf Seite 1 dieser Ausgabe ist. Es wird heute immer klarer, daß die Probleme der nahen Zukunft wieder einmal Rohstoffprobleme — und n u r Rohstoffprobleme — sind. Es ist gut, wenn wir uns darauf auch in Deutschland rechtzeitig einstellen, soweit man uns dazu freie Hand läßt.

Dollar-drive umgekehrt

Daß die plötzliche Umkehr in der Entwicklung des Dollar-drive die Menschen der Wirtschaft unsicher macht, darf eigentlich nicht wundern. Damit haben wir den dritten Kern der Unsicherheit angedeutet. Bis zum Korea-Konflikt war die ganze Welt auf der Suche nach Dollar. Der Dollar war nicht nur d i e harte Währung, sondern die USA vergrößerten durch ihren großen Export laufend ihre Forderungen an die Welt, wodurch die Sucht nach dem Dollar entstand — und ihre Goldbestände. Dieses Bild hat sich ganz plötzlich gewandelt. Gold fließt ab aus den USA, die USA treten als Käufer auf und bieten Dollar dafür an. Es gibt schon Länder, die einige Dollar-Guthaben in den USA haben. Man könnte sich gut denken, daß damit die Konvertierbarkeit der Währungen leichter wird und daß sich durch diese Entwicklung die mühsam in monatelanger Vorarbeit jetzt gerade zurecht gezimmerte europäische Zahlungsunion bereits überholt hat. Die Währungsabwertungen im Herbst des vorigen Jahres bekommen ein neues Gesicht; sie fördern nicht nur diesen zusätzlichen Export, sondern sie erhöhen die Dollar-Guthaben — und lassen den Dollar in seinem Wert sinken. Das drückt sich valutarisch zunächst nicht aus, aber wie lange kann der Dollar bei dieser Beanspruchung noch als d i e Währung der Welt gelten?

Vom Politischen her tauchte Ende der Woche ein neues, aber sehr starkes Unsicherheitsmoment auf: die Rückkehr Sowjetrußlands in den Sicherheitsrat. Die erste Sitzung wird stattfinden, wenn diese Zeilen gedruckt werden. Was hat man im Kreml vor und was wird Herr Malik in seiner Aktentasche mitbringen?

Zusätzliche Leistungen Deutschlands

Für uns Deutsche ergibt sich aus alledem schon genug Unsicherheit. Es reicht eigentlich, wenn man dies alles einmal am geistigen Auge vorüberziehen läßt. Aber für uns ist noch ein zusätzliches Unsicherheitsmoment aufgetaucht, das wir in der vorigen Ausgabe bereits vorausgesehen haben. Im französischen Außenministerium wurde gegen Ende der vergangenen Woche erklärt, die deutschen Besatzungskosten würden in absehbarer Zeit im Zusammenhang mit der stärkeren Belegung des westdeutschen Raums durch alliierte Truppen voraussichtlich heraufgesetzt werden müssen. Es hat keinen Sinn, in einem so kritischen Moment darüber Gedanken anzustellen und sich dagegen zu wehren. Es wird auch nicht einmal bei der Erhöhung der Besatzungskosten bleiben, sondern es werden, wie wir vor einer Woche dies bereits andeuteten, auch zusätzliche Leistungen von uns verlangt werden, die nicht in Geld ausdrückbar sind, die Belastungen aber keine Kosten sind. Wir machen uns keine Illusionen, wir sitzen — um es mit einem bekannten Bonmot zu bezeichnen — alle in einem Boot, Westalliierte und Westdeutschland; wir sind in rasender Fahrt und keiner kann aussteigen. Wir haben keine Wahl. Selbst wenn im Weltsicherheitsrat eine gewisse Entspannung erreicht wird, werden die Planungen anlaufen — zur Sicherung.

Streikwelle

Es ist merkwürdig, daß in diesem Zeitpunkt, in dem wirklich viel entschieden wird, plötzlich überall Streiks ausbrechen. Mögen die Gründe noch so verschieden sein, die Tatsache allein ist erstaunlich. Der politische Streik kommt immer mehr in Mode und verdrängt den Streik alten Stils, der nur um Lohn- und Arbeitsbedingungen ging. Die den Streik organisieren, haben in zweierlei Hinsicht ihre Ideologie verraten: erstens weil sie nicht mehr um Löhne und Arbeitsbedingungen streiken, wie es noch in der Bibel des Marxismus steht, und zweitens weil sie die Demokratie verraten. Beweis: 1. in Belgien war die Mehrheit des Volkes für die Rückkehr des Königs, die Minderheit, denen die Rückkehr nicht paßt, setzt den ganzen Staat in Aufruhr und fügt sich der Majorität nicht. Die Sozialisten Belgiens geben damit einen schlechten Beweis für ihre demokratische Gesinnung. 2. Weigerten sich deutsche Transportarbeiter, ein Schiff zu beladen, das nach Argentinien fährt. Wahrscheinlich stecken einige Kommunisten dahinter, aber die Kommunisten sind ja angeblich auch Demokraten. Und wenn eine vom gesamten Volk gewählte Bundesregierung, wie gerade jetzt, einen großen Handelsvertrag mit Argentinien abschließt, der auf beiden Seiten einen Warenaustausch von je 125 Mill. Dollar vorsieht, dann müßten sich doch diese Demokraten dazu verstehen können, diese Schiffe auch zu beladen. Im übrigen wirkt diese sogenannte Solidarität etwas überaltert. Der Nationalismus hat längst auch die Sozialisten in der ganzen Welt infiziert, die Kommunisten am stärksten.

Feste Börsen

Bei der politischen Lage ist man versucht auszurufen: was haben wir in Europa für Sorgen! Dabei läuft in Deutschland die Wirtschaft ausgezeichnet. Die deutschen Börsen haben in der vergangenen Woche eine deutliche Aufwärtsentwicklung der Kurse erlebt. Auch am Montag war jedenfalls Frankfurt sehr fest bei sehr lebhaftem Geschäft. Die anderen deutschen Börsen waren etwas ruhiger, aber ebenfalls sehr freundlich. Die Aufwärtsbewegung ging von den Montanen aus. Stahlverein stieg am Montag auf 53¾, Harpener auf 63, Hoesch auf 59¾, Rheinstahl 135 %. Die Löhne sind jedoch, trotz Aktivistenbewegung und Einführung des Leistungslohnes in der gleichen Zeit je Beschäftigten nur um 19,5 % gestiegen. Es fragt sich nun, wofür der Mehrwert Verwendung gefunden hat. Sicher wird man von kommunistischer Seite um eine Erklärung nicht verlegen sein, die aber die Tatsache nicht aus der Welt schafft, daß auf Kosten des arbeitenden Menschen eine Leistungssteigerung erzwungen worden ist, deren Früchte eben nur sehr unvollkommen denen zugute gekommen sind, die diese Leistung hervorbrachten.

Natürlich beschäftigt sich Ulbricht auch mit der Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung. So sollen erreicht werden, eine Versorgung mit Mehl und Nahrmitteln von 109,2 kg im Jahr, mit Fleisch von 36,4 kg, mit Milch von 130 Ltr., mit Zucker von 23 kg, mit Kartoffeln von 171 kg und mit gerösteten Kaffee von ganzen 1,9 kg im Jahr. Wahrscheinlich sind diese Zahlen, die für 1955 versprochen werden, selbst dem Genossen Ulbricht zu kärglich erschienen, denn er weist darauf hin, daß „die Verbesserung der Lebenslage nicht einfach mit den Statistiken in Westdeutschland und den westlichen kapitalistischen Ländern verglichen werden könne, weil in diesen Ländern, in den Ziffern des durchschnittlichen Lebensstandards auch der Luxusverbrauch der Bourgeoisie einbegriffen ist". Als ob in Ostdeutschland der Arbeiter die neuen Mercedes-Limousinen fährt, die Luxusvillen der früheren Kapitalisten bewohnt, und einen Lebensstandard hat, der sich durchaus nicht von dem der westlichen Kapitalisten unterscheidet. Es ist die östliche Prominenz, deren Lebensstil wahrscheinlich auch bei der Verbrauchserhöhung mit einbegriffen ist. Wie sich die Dinge gleichen! Im Dritten Reich diente der Antisemitismus dazu, den Bun auf die jüdische Ladenkasse zu verschleiern; in der DDR diente die Enteignung der Kapitalisten, die Bildung volkseigener Betriebe und die Besetzung der Kommandohöhen in Industrie- und Handel dazu bestimmten Kreisen den Zugang zu den kapitalistischen Geldschränken zu beschaffen. In beiden Fällen ist der arbeitende Mensch der Leidtragende, auf dessen Kosten sich bestimmte Kreise des Volkes ein Wohlleben ohne große Mühen beschaffen.

In dieser Nummer:

Entwicklung der ERP-Kredite an Berlin

Deutscher Spielwarenexport durch US-Zollgesetz behindert

Sorgen des deutschen Gartenbaues

Ostzone sucht eigene Erzgrundlagen

Verstärkung der USA-Hortungskäufe

Englands Außenhandel mit Rot-China

Koreakrieg erhöht Frankreichs Stahlexport

Österreichs kleinstes Land: Vorarlberg

Schwedens Papierverbrauch sank um 30 Prozent

Argentinien wird einfuhrfreudiger

Großstadt, Behörde und Monopol

Die Bauwirtschaft hat sich in Deutschland in diesem Sommer stark belebt. Sowohl von privater wie von öffentlicher Seite liegt auf dem Bausektor ein wesentliches Interesse. Viele begnügen sich mit der Freude darüber, daß überhaupt gebaut wird und daß dadurch eine Belebung der Wirtschaft erfolgt.

Und doch scheint es notwendig zu sein, einmal kurz über zwei Probleme nachzudenken, nämlich: erstens über die Gemeinden als Herren des Grundstückmarktes und zweitens über die City-Bildung und Urbanität.

Daß die Gemeinden heute die Herren des Grundstückmarktes sind, hat eigentlich nur Schattenseiten. Die Gemeinden sind auf diesem Gebiet die wichtigsten Käufer und Verkäufer, haben dadurch eine recht starke Stellung und sind in der Lage, Angebot und Nachfrage zu regeln. Die Gemeinden haben ein Monopol (ein Genehmigungsmonopol) und betätigen sich praktisch kartellähnlich. Eigentlich müßte diese Feststellung allein genügen, um alles daran zu setzen, dies zu ändern; denn Monopole wollen wir nicht und Kartelle dürfen wir nicht haben. Jedoch haben wir an dieser Stelle schon oft feststellen müssen, daß Behörden etwas dürfen, was der gewöhnliche Sterbliche nicht darf. Städtische Straßenbahnen und Elektrizitätswerke dürften ein Monopol haben, dürften Preise schönen — und niemand sagt etwas.

Sehen wir uns nun die Lage auf dem Grundstückmarkt an. Die Gemeinden sind die Preisbehörden für Grundstücke. Die Stoppelpreise liegen wohl im allgemeinen fest, aber die Gemeinden können durch das Versagen der Ausnahmebewilligungen die Preise auch durch drücken, wo sie bei ungehinderter Entwicklung einen höheren Stand ergeben hätten. Auf der anderen Seite haben aber die Gemeinden gar kein Interesse daran, die Bodenpreise zu drücken; denn sie treten oft, insbesondere in Geschäftsvierteln, wegen der beabsichtigten Erweiterung der Straßen als Bodenreflektanten auf (wir wollen nicht sagen als Bodenspekulanten; denn Spekulant ist nur ein einzelner — natürlich böser Mann — aber wenn eine städtische Behörde spekuliert, dann nennt man das nicht so, sondern man sagt: sie plant).

Die Gemeinden sind also Preisbehörde, sie sind aber auch Enteignungsbehörde. Das verstärkt ihre Position noch weiter. Die Entschädigung bei Enteignungen richtet sich bekanntlich nach der Höhe der für vergleichbare Grundstücke erzielten Preise. In diesen Bestimmungen ist genug Gummi drin, um alle städtischen Behördenwünsche zu erfüllen. So ist also das Monopol komplett.

Das Schlimmste aber ist, daß die Gemeinden und Städte gleichzeitig Preisbehörde und Enteignungsbehörde einerseits und materiell interessiert andererseits sind. Es ist ein alter Rechtsgrundsatz, daß ein Richter an der Entscheidung, die er zu fällen hat, nicht materiell interessiert sein darf. Man nennt das Gegenteil in der Gerichtssprache Befangenheit. In den Behörden der Städte und Gemeinden ist man aber noch gar nicht auf den Gedanken gekommen, daß man bei Preis- und Entschädigungsfestsetzungen in eigener Sache urteilt und infolgedessen automatisch befangen sein muß. Daß man auf diesen Gedanken nie gekommen ist, ergibt sich aus der schon oben angedeuteten Mentalität: eine Behörde ist objektiv, eine Behörde hat Hoheitsfunktion, und es ist eigentlich unerhört, daß man an der Objektivität zweifelt, und der Untertan hat die Unbefangenheit als selbstverständlich vorauszusetzen.

Die Praxis zeigt ein anderes Bild. Hier spielen die finanziellen Interessen der Städte eine ebenso große Rolle, wie — leider —' die Vetterles-Wirtschaft. Der eine hat einen guten Freund an maßgebender Stelle im Rathaus sitzen und sein Antrag läuft leichter und schneller als der eines anderen, der vielleicht gerade mit dem maßgebenden Mann quer liegt. Zu große Machtbefugnis ist eben immer gefährlich. — nach der bekannten Bitte: Führe mich nicht in Versuchung.

Inwieweit dieses Monopol der Städte an der zweifellos vorhandenen Tendenz zur City-Bildung mitschuld ist, wäre einer eingehenden Untersuchung wert. Wir wollen dies aber hier nicht tun, sondern nur feststellen, daß auch von den anderen Behörden der Städte die Urbanität propagiert wird.

Darüber hinaus sind es nämlich nicht nur materielle Gründe, die zur City-Bildung führen. Unser materialistisches Denken hat uns stark dazu verleitet, die Entwicklung der Städte nur mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu begründen. Man war früher sehr schnell mit dem Urteil fertig und sagte: diese Stadt nahm ihren Aufschwung, nachdem die Eisenbahnlinie ihr den Verkehr brachte und andere Städte fielen zurück, weil sie eben keine Eisenbahn hatten. Es gibt noch mehr solche materiellen Begründungen, die der Leser kennt, so daß wir sie nicht aufzuführen brauchen.

Damit allein läßt sich das Wachstum der Großstädte nicht erklären und damit ist insbesondere nicht die Metropolen-Entwicklung von London, Paris und Berlin zu erklären. Auch mit der Feststellung, daß der Großstädter in seiner Großstadt seine Heimat sieht, hommen wir den Dingen nicht näher („wir wollen zu Fuß nach Kölle gon").

Wir haben aber einen Angelpunkt, wenn wir an die Landflucht denken, die eine ganz klare Entwicklung ist, die wohl durch materielle Umstände einmal stärker und einmal schwächer sein kann. Aber die Tendenz, vom Lande weg, hat nie aufgehört und wird nie aufhören.

Es ist weiter eine beweisbare Tatsache, daß mit steigender Bevölkerungszahl die Tendenz zur Großstadtbildung zunimmt. Dabei wachsen die kleinen Städte im Verhältnis langsamer als die Großstädte. Es gibt auch in vielen Klein- und Mittelstädten Industrie, aber diese Industrie saugt nicht entfernt so viel Menschen an, auch relativ nicht wie die Industrie der Großstädte.

Es wäre in Deutschland doch möglich gewesen, die Zerstörung großer Teile unserer Großstädte als ein Signal des Schicksals zu betrachten, darüber nachzudenken, ob man nicht lieber ein paar kleinere Städte etwas wachsen läßt, anstatt die eine Großstadt des Gebietes wieder auf ihre alte Bevölkerungszahl oder gar auf eine größere zu bringen. (Man lese heute noch einmal die Schriften von Hellpach und Platz!) Es ließe sich viel Positives dazu sagen, anstatt eine Großstadt von 300 000 auf 600 000 Menschen zu bringen, 30 kleine Städte von 20 000 auf 30 000 Einwohner.

Gegen diese volksbiologisch zweifellos günstigere Auffassung steht die Auffassung von der Urbanität, von der kulturellen Bedeutung der Großstadt. Lassen wir ununtersucht, ob es sich wirklich um Kultur oder nur Zivilisation handelt, versuchen wir gar nicht, kritisch zu dieser Urbanitätstendenz Stellung zu nehmen. Stellen wir lieber fest, daß die Tendenz zur Großstadt und damit in Deutschland zur Restitution der Großstädte besteht. Mögen die städtischen Behörden manches dazu beigetragen haben, sie sind eben der Tendenz der Zeit gefolgt. Diese Tendenz mußte jetzt um so stärker in Deutschland werden, als wir die Agrargebiete verloren haben und damit in progressivem Tempo zu einem Industriestaat werden. Mit der damit sich folgerichtig ergebenden Erhöhung des Tempos steigt die Tendenz zur Beschaulichkeit und Ruhe, zur Gelassenheit des bäuerlichen und kleinstädtischen Lebens.

Industrie und Vermassung bedingen sich gegenseitig — und die monopolartige Lenkung durch die Behörden wird als natürliche Konsequenz akzeptiert.

H.

„O Straßburg, du wunderschöne Stadt, darinnen . . ."*

Zu der Straßburger Tagung des Europa-Rates werden sich 18 deutsche Delegierte begeben mit 18 Stellvertretern, Hilfskräften usw. Es wird eine prunkvolle Kolonne, die mit 40 Kraftwagen in Straßburg vorzufahren wünscht. Die weißbehandschuhten Chauffeure werden die Wagentüren öffnen . . . — es ist eine Lust, die Bundesrepublik zu repräsentieren. Vielleicht wird es etwas Neid geben, denn viele der ausländischen Delegierten — und bestimmt keine Neulinge auf politischem Parkett, die zum Teil weitere Strecken zurückzulegen haben, werden ganz bescheiden mit der Bahn kommen. Das Bundesfinanzministerium hat nun seine Sorgen. Es muß, schon mit Rücksicht auf das über die Bonner Repräsentationssucht verärgerte Volk, die von der Delegation angeforderte Summe von ¾ Million DM zur Bestreitung der Unkosten für den dreiwöchigen Aufenthalt in Straßburg einer etwas genaueren Prüfung unterziehen. Man muß aber offen aussprechen, daß die Forderung eine Unverfrorenheit und ein Hohn ist angesichts der finanziellen Situation des Bundes. Die französischen Delegierten erhalten von ihrer Regierung nur einen Bruchteil der von den Deutschen geforderten Tagegelder, während die deutschen Delegierten auch noch Diäten als Bundestagsabgeordnete beziehen. Wahrscheinlich würde die Öffentlichkeit nichts an den hohen Kosten der Konferenz auszusetzen haben, wenn dieser Aufwand zu einem greifbaren Ergebnis führte. Die europäischen Völker sind, angesichts der großen Gefahren, überwiegend der Meinung, daß eine Konferenz von kurzer Dauer mit viel Erfolg vonnöten ist, nicht aber eine dreiwöchige Tagung mit viel, sehr viel Reden und einem Schlußkommuniqué, etwa, daß man sich wieder beträchtlich näher gekommen ist, und daß man sich im Laufe des Jahres zu einer neuen Konferenz versammeln werde. Europa wäre heute stärker, wenn jedes Land mit einem wirklichen Kopf dem mit 30 vertreten wäre. Leider gibt es soviel Köpfe, weil es eben jeweils d e n Kopf nicht gibt.

Berliner Brief:

Metallschmuggel – ostwärts

Im Zuge der „Kleinen Metallblockade", über die wir an anderer Stelle bereits berichteten, haben sich jetzt in der Inselstadt Berlin ganz merkwürdige Verhältnisse herausgebildet. Die Metalldiebstähle in Ostberlin und auch in der Zone haben sich, trotz der Verhängung schwerer Strafen, durchaus nicht verringert. Im Gegenteil, das außerordentliche Preisgefälle für Metalle zwischen Ost und West reizt immer wieder zu diesen Diebstählen an. Natürlich wandern diese Metalle in die Westsektoren Berlins, können aber nicht zur Umarbeitung nach Westdeutschland geschickt werden, weil die Behinderungen der Metalltransporte bei Helmstedt schon seit Monaten anhalten. Der Westberliner Handel verfügt deshalb gegenwärtig über außerordentlich große Lager an Altmetall.

Inzwischen tauchen in den westlichen Sektoren der Stadt dunkle Gestalten auf, die im östlichen Auftrag bemüht sind, Altmetalle aufzukaufen, und die sogar bereit sind, in Westgeld zu zahlen und dabei recht gute Preise bieten. Mit anderen Worten, das zum Teil aus der Ostzone und aus Ostberlin stammende Altmetall wandert jetzt wieder an seinen Herkunftsort zurück. Es gibt offenbar keine Mittel, diese Entwicklung zu verhindern. Normalerweise spielt sich das so ab, daß bei einem Altmetallhändler ein Lastzug vorfährt, und einer dieser dunklen Ehrenmänner mit wohlgespickter Brieftasche 20 oder 30 t Altkupfer, Altblei oder Altzink zu kaufen begehrt, und da er das Geld bar auf den Tisch legt, die Ware auch erhält. Meist wird in solchen Fällen ein Lieferschein für ein Westberliner Umarbeitungswerk ausgeschrieben, so daß eventuelle Kontrollen durch die Polizei irregeführt werden. Der Verkäufer kennt in solchen Fällen meist nicht einmal den Namen des Käufers.

Mag sein, daß dieses ganze Verfahren widersinnig ist. Es ist jedoch nur ein Beweis dafür, daß man auch im Osten langsam einzusehen beginnt, daß man mit Unterpreisen für Metalle die Bevölkerung nicht dazu bringen kann, gemäß den verschiedenen Anordnungen, Metalle gegen ein Trinkgeld abzugeben, sondern daß man es vorzieht, den höchstmöglichen Gegenwert herauszuholen, und das ist nur in Westberlin möglich. Im Fünfjahr-Plan für die östliche Volkswirtschaft wird gesagt: „Um die Abhängigkeit der Volkswirtschaft der Republik vom Import von Schwarz- und Buntmetallen auf ein Minimum zu beschränken, ist die Produktion der metallurgischen Industrie während des Jahrfünfts auf mehr als das Zweifache zu steigern." Erzvorkommen für diesen Zweck stehen kaum zur Verfügung. So macht man denn aus der Not eine Tugend und kauft die östlichen Altmetalle in Westberlin zurück, um sie in Betrieben der Ostzone zu regenerieren. Aber auch in diesem Fall dürfte der weitaus größte Teil dieser regenerierten Metalle der ostzonalen Wirtschaft nicht zugute kommen, sondern den Weg weiter nach Osten antreten. Es ist schließlich wiederum, eigentlich an einen Preisniveau für Metalle festzuhalten, das einfach fiktiv ist, und auf der anderen Seite in Westmark einen Preis zu zahlen, der eben dem Weltmarktpreis entspricht. Zu diesem Preis gekaufte Metalle kann man kaum in der ostzonalen Wirtschaft einsetzen, ohne sich selbst zu desavouieren und die Kalkulation vollständig über den Haufen zu werfen, denn diese Kalkulation beruht ja eben auf den fiktiven Metallpreisen der ostzonalen Wirtschaft. Es ist im übrigen keineswegs sicher, ob nicht ein Teil der in der Ostzone umgeschmolzenen Metalle erneut seinen Weg in die Westzone nimmt, denn auch auf diesem Gebiet blüht der Schwarzhandel, der mit allen Mitteln arbeitet.

Das Ereignis der Woche war in Berlin der 3. Parteitag der SED, auf dem Walter Ulbricht ein ausgedehntes Referat über den Fünfjahresplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft in Ostdeutschland hielt. Es handelt sich um einen durchaus kapitalistischen Fünfjahresplan. So wird zum Beispiel eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine Senkung der Selbstkosten verlangt. Wir finden an einem solchen Verlangen nichts Ungewöhnliches, nur will es uns scheinen, daß solche Tendenzen durchaus kapitalistisch sind, und daß man von kommunistischer Seite den Kapitalisten gerade diese Tendenzen zum Vorwurf machte. Es ist, wenn man dem Referat Ulbrichts folgt, auf diesem Gebiet immerhin schon einiges erreicht worden. So betrug die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Volkseigenen Betrieb Stahl- und Walzwerk Max-Hütte von 1947 bis zum 1. Quartal 1950 135 %. Die Löhne sind jedoch, trotz Aktivistenbewegung und Einführung des Leistungslohnes in der gleichen Zeit je Beschäftigten nur um 19,5 % gestiegen. Es fragt sich nun, wofür der Mehrwert Verwendung gefunden hat. Sicher wird man von kommunistischer Seite um eine Erklärung nicht verlegen sein, die aber die Tatsache nicht aus der Welt schafft, daß auf Kosten des arbeitenden Menschen eine Leistungssteigerung erzwungen worden ist, deren Früchte eben nur sehr unvollkommen denen zugute gekommen sind, die diese Leistung hervorbrachten.

Natürlich beschäftigt sich Ulbricht auch mit der Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung. So sollen erreicht werden, eine Versorgung mit Mehl und Nahrmitteln von 109,2 kg im Jahr, mit Fleisch von 36,4 kg, mit Milch von 130 Ltr., mit Zucker von 23 kg, mit Kartoffeln von 171 kg und mit gerösteten Kaffee von ganzen 1,9 kg im Jahr. Wahrscheinlich sind diese Zahlen, die für 1955 versprochen werden, selbst dem Genossen Ulbricht zu kärglich erschienen, denn er weist darauf hin, daß „die Verbesserung der Lebenslage nicht einfach mit den Statistiken in Westdeutschland und den westlichen kapitalistischen Ländern verglichen werden könne, weil in diesen Ländern, in den Ziffern des durchschnittlichen Lebensstandards auch der Luxusverbrauch der Bourgeoisie einbegriffen ist". Als ob in Ostdeutschland der Arbeiter die neuen Mercedes-Limousinen fährt, die Luxusvillen der früheren Kapitalisten bewohnt, und einen Lebensstandard hat, der sich durchaus nicht von dem der westlichen Kapitalisten unterscheidet. Es ist die östliche Prominenz, deren Lebensstil wahrscheinlich auch bei der Verbrauchserhöhung mit einbegriffen ist. Wie sich die Dinge gleichen! Im Dritten Reich diente der Antisemitismus dazu, den Bun auf die jüdische Ladenkasse zu verschleiern; in der DDR diente die Enteignung der Kapitalisten, die Bildung volkseigener Betriebe und die Besetzung der Kommandohöhen in Industrie- und Handel dazu bestimmten Kreisen den Zugang zu den kapitalistischen Geldschränken zu beschaffen. In beiden Fällen ist der arbeitende Mensch der Leidtragende, auf dessen Kosten sich bestimmte Kreise des Volkes ein Wohlleben ohne große Mühen beschaffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

stahl auf 56¼, Mannesmann auf 58, Gutehoffnungshütte auf 62. In Maschinenwerten fiel die Steigerung von MAN auf 89 auf (3 Punkte höher), Felten 69 (plus 2), und Demag 80 (plus 2). Ford war in Frankfurt stark gesucht und ging auf 60 (plus 2), Daimler 48¼, AEG 25¾, Siemens-Stämme 45, Wintershall 36½, Salzdethfurt 67¼, Deutsche Erdöl 57. In Stuttgart zeigten in regionalen Werten Deutsche Linoleum einen Kurs von 101, Salamander von 77, Württbg. Kattun 140. Süddeutsche Länderanleihen konnten auf 9¼ anziehen.

Produktionsindex 107

Mit dieser Börsenentwicklung stimmen auch die Angaben überein, die Bundeswirtschaftsminister Erhard am Montag dieser Woche gab: der deutsche Export hat sich in dem letzten halben Jahr genau verdoppelt, die Industrieproduktion ist in den letzten Monaten monatlich um 3 bis 6% gestiegen und im Verhältnis zu 1936 sind wir heute auf einem Produktionsindex von 107. Erhard hat errechnet, daß allein für die Exportsteigerung seit Beginn der Liberalisierung 250 000 Menschen in Deutschland wieder Arbeit und Brot gefunden haben.

Exportpreise und Löhne

Diese Steigerung des Exports wird weiter gehen, aber die angemeldeten Lohnforderungen sind in diesem Zusammenhang nicht sehr erfreulich. Es ist wohl richtig, daß eine ganze Reihe von Berufsgruppen noch nicht die Lohnaufbesserung bekommen haben, die andere schon erreicht haben. Hier wird einiges noch zu korrigieren sein, jedoch wird man auch folgendes beachten müssen: in der Brotpreisfrage ist ein Kompromiß zustande gekommen, über den zu streiten, es sich jetzt nach so vielen Worten nicht mehr lohnt. Noch immer zeigen sich weitere Preisermäßigungen. Im Innern des Blattes findet der Leser die Herabsetzung der Glühlampenpreise und der Preise für Radioröhren (übrigens fast auf den Friedensstand!). Die Sommerschlußverkäufe, die am Montag begannen, haben weitere Preisrekorde nach unten gezeigt. Auf der anderen Seite, und damit kommen wir auf die Exportindustrie, darf nicht verkannt werden, daß die Rohstoffpreise enorm gestiegen sind und weiter steigen werden. Unsere Exportindustrie wird es also immer schwerer haben, mit den Preisen auszukommen, die sie heute für ihre Waren erhält. Da erschweren selbstverständlich Lohnerhöhungen die Kalkulation noch mehr. Man wird aber wohl auch annehmen dürfen, daß unsere Abnehmerländer, die ja meist Rohstoffländer sind, von der Preiserhöhung für Rohstoffe profitiert haben und höhere Preise anlegen können. Nehmen wir nur z. B. Argentinien, das in dem jetzt abgeschlossenen Handelsabkommen neben Fleisch vor allem Wolle, Baumwolle und Häute liefert — und alle diese drei Produkte sind stark im Preis gestiegen.

Wirtschaft liquider?

Etwas erstaunt waren wir allerdings über den Lagebericht, den das bayerische Wirtschaftsministerium für Juni vor einigen Tagen veröffentlichte. In diesem Bericht, der mitteilt, daß in Bayern die Industrieproduktion von 110 im Mai und 112 im Juni (1936 = 100) gestiegen ist, wird dem Sinn nach etwa folgendes ausgeführt: Der Geldmarkt zeige eine zunehmende Liquidität der Wirtschaft, so daß die Voraussetzung für eine weitere Ausdehnung des kurzfristigen Kreditvolumens durch Einlagezuwachs gegeben sei. Dem widerspricht auch eine Äußerung Erhards, daß die Zahlungsmoral einen entsetzlichen Tiefstand erreicht habe und fast an den Tiefstand der Steuermoral vor einiger Zeit herankomme und erinnere. Nun, vielleicht hat man in Bayern bessere Erfahrungen gemacht, und wir wollen dem bayerischen Wirtschaftsministerium seine Angaben glauben. Wir können nur hoffen, daß sich diese guten Sitten in Bayern in konzentrischen Kreisen auch auf die übrige westdeutsche Wirtschaft ausdehnten.

Bundesetat

Einen Lichtblick versuchte der Bundesfinanzminister aufzuzeigen. Er erklärte, der Etat des Bundes für das kommende Rechnungsjahr sei mit 11,7 Mrd. DM ausgeglichen, aber Reserven seien darin nicht enthalten. Wir wollen dem Herrn Minister glauben, daß es auf dem Papier so ist wie er sagt, aber wir werden sehen, wie er es fertig bringt, die ungeheuren Überschreitungen bei den Bonner Regierungsbauten (oder sagen wir besser Prunkbauten) zu bezahlen. Oder hat er dafür vielleicht doch noch Reserven? Außerdem scheint es uns bei dem schnellen Lauf der politischen Ereignisse äußerst zweifelhaft, ob dieser Etat durchgehalten werden kann (siehe oben Besatzungskosten). H.

Westdeutscher Außenhandel mit Frankreich

Mit einer westdeutschen Ausfuhr von 5 643 Mill. ffrs nach dem französischen Mutterland und einer Einfuhr aus Frankreich nach Westdeutschland in Höhe von 5 369 Mill. ffrs im Juni war die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern wieder leicht aktiv für Deutschland. Der Handel Westdeutschlands mit dem französischen Mutterland zeigt im ersten Halbjahr 1950 im Vergleich zu 1949 folgende Entwicklung (Werte in Milliarden ffrs; Klammerzahlen: 2. Quartal 1949 und 1. Quartal 1949): Westdeutsche Ausfuhren nach dem französischen Mutterland: 35,0 (28,5; 29,8); Westdeutsche Einfuhren aus dem französischen Mutterland: 31,3 (30,5; 18,7). Westdeutscher Ausfuhrüberschuß: 3,7 (18,0; 11,1).

Seit Beginn des Jahres 1950 hat sich der Außenhandel zwischen beiden Ländern nach offiziellen französischen Statistiken wie folgt entwickelt (Werte in Milliarden ffrs):

	Westdeutsche Ausfuhr	Westdeutsche Einfuhr
Januar	6,60	5,19
Februar	5,79	4,69
März	5,78	5,04
April	5,75	4,84
Mai	5,50	5,92
Juni	5,64	5,37

Entwicklung der ERP-Kredite an Berlin

Versammlung der Berliner Industriebank — Erhard über den Osthandel

Auf der Hauptversammlung der Berliner Industriebank AG. in Berlin wurden umfassende Angaben über die Entwicklung der ERP-Kredit-Aktion in Berlin bis zum heutigen Tage gemacht. Danach sind an ERP-Mitteln für Berlin insgesamt 221 Mill. DM eingeplant, 169 Mill. DM bewilligt und 119 Mill. DM durch die Bank ausgezahlt. Von der Gesamtsumme der Einplanung entfallen 189,4 Mill. DM einschließlich eines Kredites in Höhe von 11,0 Mill. DM an die „BEWAG" auf die erste ERP-Rate und 11,7 Mill. DM auf die 2. ERP-Rate. Von der Gesamtsumme der Bewilligungen entfallen 105,8 Mill. auf die erste ERP-Rate und 63,5 Mill. auf die 2. ERP-Rate. Von der Gesamtsumme der Auszahlungen entfallen 85,3 Mill. auf die erste ERP-Rate und 33,7 Mill. auf die 2. ERP-Rate.

Vom Vorstand der Bank unterstrich Horst von Abercron die Notwendigkeit der Gewährung von Kreditmitteln von außen an Berlin, da die Berliner Wirtschaft bisher nicht in der Lage sei, aus eigener Kraft Kreditmittel aufzubringen. Dabei seien die durch das ERP für Berlin vorgesehenen Mittel allein nicht ausreichend. Die Fortsetzung und Verstärkung des ERP-Programmes und anderer wirtschaftsfördernder Maßnahmen für Berlin sei eine Notwendigkeit. Die Höchstlaufzeit der im Rahmen der ERP gewährten Kredite betrage 10 Jahre. Für die Industriekredite sei im allgemeinen eine Laufzeit von 5 bis 10 Jahren vorgesehen.

Zur Frage des Zinssatzes für ERP-Kredite, der für Berlin 5½% (bzw. 3% für die Bauwirtschaft) beträgt, äußerte der Präsident der Berliner Zentralbank, Gleimius, daß die in letzter Zeit erörterte Erhöhung dieser Sätze nicht gutgeheißen werden könne. Man könne Berlin den westdeutschen Verhältnissen in dieser Hinsicht nicht gleichstellen, da Berlin durch Kriegs- und Nachkriegs-Ereignisse wesentlich schwerer getroffen und erheblich ärmer als Westdeutschland sei.

*

Der Hauptversammlung wurde der Geschäftsbericht über das erste Rumpfgeschäftsjahr vom 27. Juni 1949 bis 31. Dezember 1949 vorgelegt. Mit dem Ablauf dieses ersten Geschäftsjahres ist für die Bank insofern keine Cäsur ihres Aufgabenfeldes eingetreten, als sie sich mit dem Beginn des neuen Geschäftsjahres ihrer eigentlichen durch das ERP gestellten Aufgabe widmen kann. In dem Rumpfgeschäftsjahr hat die Bank sich mit den Geschäften der Warenverrechnungsstelle, die die Zentralbank auf Grund des Zentralbankstatutes abstoßen mußte, befaßt. Diese Warenverrechnungsstelle finanzierte als besonderes Organ der Währungskommission seit Juli 1948 in Ermangelung eines funktionsfähigen Kreditapparates in Westberlin Warenlieferungen der Berliner Wirtschaft im Verkehr mit den Westzonen über die Luftbrücke und wurde außerdem vom Magistrat der Stadt Berlin mit der Bevorschussung der Einkäufe in Westdeutschland für die Berliner Versorgung betraut. Auf diesem Geschäft wurde die Berliner Industriebank aufgebaut. Von dem Kapital in Höhe von 1 Mill. DM übernahm die Westberliner Wirtschaft 50% und die Industrie-Kredit-Bank in Düsseldorf 50%. Die Hälfte ihres Anteils hat die Industrie-Kredit-Bank AG inzwischen an die Gebietskörperschaft Groß-Berlin abgegeben.

Die Debitoren werden im Abschluß per 31. Dezember 1949 mit 38,7 Mill. DM ausgewiesen. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um die von der Bank übernommenen Vorschüsse für Warenversendungen in die Westzonen aus dem Aktivgeschäft der Warenverrechnungsstelle. Der verhältnismäßig hohe Stand der liquiden Mittel von insgesamt 3,1 Mill. DM erklärt sich durch die Notwendigkeit, für einen jederzeitigen Abruf der von der Bank zugesagten Kredite bereitzustehen. Die Schuld der Bank an die Währungskommission in Höhe von 38 Mill. DM, die auf der „Passivseite in der Gesamtposition" aufgenommenen Gelder und Kredite in Höhe von 34,2 Mill. DM enthalten ist, wurde Ende Juni zurückgezahlt. Die Gesamtaufwendungen der Bank in dem Rumpfgeschäftsjahr belaufen sich auf 168 000 DM, denen Einnahmen aus Zinsen und Provisionen in Höhe von 273 000 DM gegenüberstehen. Der Betriebsüberschuß von 105 000 DM wurde den Wertberichtigungen zugeführt.

Auf der Hauptversammlung war ein Aktienkapital in Höhe von 880 000 DM vertreten. Der Aufsichtsrat setzt sich aus 3 Vertretern des Berliner Magistrats und der Zentralbank sowie aus 5 Vertretern der privaten Aktionäre zusammen. Die 8 Mitglieder des Aufsichtsrates, der Vorsitzende Clemens Lammers, Berlin, Dr. Alfred Keichel, Industrie-Kredit-Bank AG Düsseldorf, Dr. Reinhard Schulz, Magistratsdirektor Berlin, Walter W. Cohler, Turbon-Ventilatoren und Apparatebau, Berlin, Rudolf Gleimius, Präsident der Berliner Zentralbank und Dr. Franz Beume, Vizepräsident der Berliner Zentralbank, wurden wiedergewählt. Als 7. Aufsichtsratsmitglied tritt auf Ersuchen des ERP-Ministers Blücher, dem die Industriebank untersteht, Ministerialrat Krämer aus dem Bundesfinanzministerium hinzu.

Weitere 160 Millionen DM

Die Verhandlungen mit dem Berliner ERP-Ausschuß haben nach einer Erklärung des Bundeswirtschaftsministers Dr. Erhard vor der Berliner Pressekonferenz zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für das neue ERP-Jahr sollen für Berlin Investitionskredite in Höhe von 150—160 Mill. DM zur Verfügung gestellt werden.
2. Das Berliner Notstandsprogramm, das aus GARIOA-Mitteln seit April d. Js. mit monatlich 20 Mill. DM finanziert wurde, wird mindestens für einen Zeitraum von 6—8 Monaten unter gleichbleibender Aufwendung von 20 Mill. DM fortgeführt, wobei dieses Programm laufend in stärkerem Maße produktiveren Zwecken nutzbar gemacht werden soll. Dabei soll jedoch Sorge dafür getragen werden, daß die bisher mit diesem Programm erreichte Beschäftigtenzahl von rund 50 000 möglichst gewahrt bleibt.
3. Der Bundeswirtschaftsminister wird sich dafür einsetzen, daß die Bundesregierung eine weitere Bürgschaft in Höhe von 20 Mill. DM für die Vergebung von Betriebsmittelkrediten übernehmen wird.

Zur Frage des Haushaltszuschusses für Berlin erklärte der Minister, daß seines Wissens die jüngste Überprüfung durch den Bundesrechnungshof ergeben habe, daß kein großer Unterschied zwischen der von Berlin bisher geforderten und der durch die Überprüfung als notwendig erachteten Zuschuß-Summe bestehe. Erhard gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Berliner Wirtschaft in den kommenden Monaten eine spürbare Belebung erfahren und die Industrieausstellung in der 1. Oktoberhälfte, die ein außerordentliches Interesse sowohl der westdeutschen Wirtschaft wie auch des Auslandes gefunden habe, zu einem verstärkten Auftragseingang beitragen werde.

Zu den Verhandlungen über den Interzonenhandel erklärte der Minister, daß die Bundesregierung zu einer Verlängerung des Frankfurter Abkommens bis Ende September bereit sei, und den Abschluß eines neuen Abkommens für die Zeit ab 1. Oktober d. Js. wünsche. Dabei werde eine stärkere Beteiligung Berlins und eine größere Verkehrssicherheit angestrebt.

Die Bundesregierung sei auch, so führte der Minister aus, bereit, mit den Oststaaten Handelsverträge abzuschließen. Sie sehe jedoch nicht die geringste Veranlassung, einen solchen Außenhandel über die Ostzone zu leiten, wie dies von ostzonaler Seite wiederholt gefordert wurde. Wenn es zu einem Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und diesen östlichen Staaten kommen solle, so könne dies nur im unmittelbaren Verkehr mit der Bundesrepublik geschehen.

Erhard stellte in eingehenden Ausführungen über die aufstrebende Entwicklung des westdeutschen Außenhandels fest, daß die Ausfuhr im laufenden Jahr den Wert von 7,5 bis 8 Mill. DM erreichen werde, und daß im Verkehr mit den europäischen Ländern bereits ein Aktivsaldo zugunsten der Bundesrepublik bestehe.

Neuer Termin für lebensversicherte Handwerker

Im Hinblick auf die erst zur Beratung nach den Ferien anstehende gesetzliche Neuregelung auf dem Sektor der Handwerkeraltersversorgung hat der Bundesarbeitsminister den Arbeitsministern der Länder empfohlen, die Prüfung auf Einhaltung der Bestimmungen über die Versicherungspflicht der lebensversicherten Handwerker, deren Versicherungssumme durch den Währungsschnitt die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthöhe nicht mehr erreicht, nochmals bis zum 31. 12. 1950 auszusetzen. Die gesetzliche Möglichkeit für eine Auffüllung ihrer Lebensversicherung bis zu diesem Zeitpunkt war bereits vorher geschaffen.

Bekanntlich ist das Handwerkerversorgungsgesetz, das allen Handwerkern zur Sicherstellung ihrer Altersversorgung die Mitgliedschaft in der Angestelltenversicherung oder den Abschluß einer Lebensversicherung über mindestens 5000.— Mark vorschreibt, nach wie vor in Kraft. Handwerker, welche die Zahlungen ihrer Lebensversicherungsprämien eingestellt haben, unterliegen also damit der Angestelltenversicherungspflicht. Sie müssen daher die vom 1. Juni 1949 infolge des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes um 60 bis 125% erhöhten Beiträge — entsprechend der Klasse der Angestelltenversicherung — entrichten.

Da sich das Verhältnis von Prämie zur Leistung in der Lebensversicherung nicht geändert hat, wirkt sich die auch weiterhin in Kraft befindliche Vorschrift, daß Lebensversicherungsprämien sich in der Höhe nach den Beitragsklassen für die Angestelltenversicherung zu richten haben, dahingehend aus, daß sich bei den lebensversicherten Handwerkern die Versicherungssumme genau entsprechend erhöht. Infolgedessen wird vielfach bei lebensversicherten Handwerkern, die von der Währungsreform betroffen wurden, die Minderung der Versicherungssumme infolge der Währungsumstellung durch die Anpassung an die Angestelltenversicherungsbeiträge aufgewogen.

Bis zum 31. 12. 1950 müssen also alle Handwerker, deren Lebensversicherungssumme infolge der Währungsumstellung nicht mehr die vorgeschriebene Mindesthöhe erreicht, eine Ergänzung ihrer Versicherung beantragt haben, wenn sie auch weiterhin die Befreiung von der Angestelltenversicherung genießen wollen.

Zweite Preissenkung für Glühlampen

Radioröhren um 30 bis 50 Prozent im Preis gesenkt

Die Osram-Gesellschaft und die Philips-Valvo-Werke haben die Preise für Glühlampen und Leuchtstofflampen um durchschnittlich 10% gesenkt. Schon Ende Januar 1950 war eine Herabsetzung um 10% erfolgt. Nun sind die Preise für Glühlampen etwa wieder auf dem Vorkriegsstande angelangt. Wir vergleichen in der folgenden Übersicht die Glühlampenpreise von 1936 mit denen ab 1. August 1950:

Watt	1936	ab 1. 8. 1950
15 und 25	RM 0.82	DM 1.—
40	RM 0.97	DM 1.10
60	RM 1.28	DM 1.25
100	RM 1.88	DM 1.70
150	RM 3.10	DM 2.50
200	RM 4.25	DM 3.10
300	RM 5.80	DM 5.40

Die Preise für Leuchtstofflampen betragen ab 1. August 1950:

TL	20 Watt	10.50 DM
TL	25 Watt	11.— DM
TL	40 Watt	12.— DM

Gleichzeitig teilen die Philips-Valvo-Werke mit, daß mit Wirkung vom 1. 8. 1950 die Preise für Valvoröhren um 30 bis 50% gesenkt werden. Damit liegt das Preisniveau der Rundfunk-Empfängerröhren kaum noch 20% höher, für Gleichrichterröhren sogar etwa 30% niedriger als 1938. Die stärkste Verbilligung haben die gebräuchlichen Röhrentypen erfahren, so daß mit einer erheblichen Steigerung des Röhrenabsatzes gerechnet werden kann. Vor allem die Besitzer älterer Geräte werden nun eher in der Lage sein, durch Kauf neuer Röhren die Qualität ihres Empfangs zu verbessern.

Alle diese Preisermäßigungen sind auf die ständig gestiegene Produktion und die durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen.

Deutsche Spielwarenausfuhr nach USA

durch US-Zollgesetz behindert

Der westdeutsche Spielwarenexport nach USA hatte 1948 einen Wert von 778 000 Dollar, 1949 von 664 000 Dollar und im 1. Vierteljahr 1950 wurden bisher nur Aufträge über rund 105 000 Dollar registriert. Die Nachkriegskonjunktur scheint somit beendet zu sein und die amerikanische Spielwarenindustrie wieder auf vollen Touren zu laufen. Diese hat einen jährlichen Ausstoß von 300 bis 400 Millionen Dollar. Vor allem auf den Gebieten der Massenproduktion bei größter technischer Vollendung. Demgegenüber wird die deutsche Spielwarenindustrie nur mit Neuheiten und Qualitätsartikeln lohnintensiver Art konkurrieren können und günstigstenfalls einen Export von 3 bis 4 Millionen Dollar erzielen, also nur etwa 1% des amerikanischen Spielwarenumsatzes. Bisher steht dieser Entwicklung aber vor allem die Höhe der Einfuhrzölle entgegen, die in den meisten Fällen 70% betragen. Wenn auch die Spielwaren auf der Liste der sogenannten strittigen Erzeugnisse stehen, hofft man, daß bei den kommenden Zollverhandlungen in Torquay der Prohibitivzoll fallen wird, zumal da seine seinerzeitige Begründung im Zusammenhang mit der damaligen deutschen Inflation ja nicht mehr zutrifft.

Andererseits muß nach Ansicht der Hersteller auch das Spielzeug als Gesamtposition betrachtet werden und nicht eine Aufteilung in kleine und kleinste Zollkategorien vorgenommen werden. Der Begriff „toys" muß sich wirklich auf diejenigen Spielwaren beziehen, die die Jugend unserer Generation bevorzugt, nämlich technisches Spielzeug, wie Autos und Motorräder mit Hallebewegung, ebenso moderne Flugzeuge, mechanische und elektrische Eisenbahnen und anderes, sowie Puppen und Christbaumschmuck.

Ein weiterer verteuernder Faktor ist das amerikanische Zollgesetz des Jahres 1930, das für die Verzollung den jeweils höchsten Ausfuhrpreis am Tage der Verschiffung zugrunde legt. Andererseits werden aber dem Großimporteur Preiszugeständnisse gemacht und nur so ist er konkurrenzfähig gegenüber einem Kunden, der nur kleinste Mengen bezieht. Das führt dazu, daß die Großimporteure alle diejenigen Erzeugnisse ausscheiden, die auch von Detaillisten in kleinen Mengen zu hohen Preisen bezogen werden, und damit wird die weitere Ausfuhr deutscher Spielwaren gehemmt. Die deutsche Spielwarenindustrie hat bereits 1946 die Verbindung mit ihren namhaftesten Abnehmern in USA aufgenommen und steht in engster Fühlungnahme. Es handelt sich also nicht darum, eine Vertriebsorganisation aufzubauen, sondern durch Herabsetzung der Zölle und eine den gesunden kaufmännischen Prinzipien entsprechende Versteuerungsmethode den Weg zu finden, Neuheiten und typische deutsche Spielwaren-Erzeugnisse auf dem amerikanischen Markt zu Preisen abzusetzen, die jedenfalls nicht ein Vielfaches der amerikanischen Produktion betragen dürfen.

Wir greifen auf:

Herr Kummernuß greift ein

In Hamburg, in unserem vielgerühmten „Tor der Welt", ist vor kurzem ein argentinischer Dampfer eingelaufen. Er sollte deutsche Exportgüter für Südamerika laden, darunter auch eine große Anzahl Kraftwagen. Dank den wahrhaft aufopferungsvollen Bemühungen der deutschen Unternehmer und Arbeiter gelingt es, gegen schärfste ausländische Konkurrenz auf den traditionellen Märkten allmählich wieder Fuß zu fassen, deutscher Fleiß und deutsche Qualitätsarbeit wurden dort nicht vergessen, und sie zeitigen allenthalben wieder Erfolg. Da greift Herr Kummernuß ein. Argentinien: Péron? Diktatur? Und die Gewerkschaft „Öffentliche Betriebe, Transport und Verkehr" nimmt ihre demokratischen Rechte wahr und befiehlt einen Solidaritätsstreik für die argentinischen Kollegen — und das argentinische Schiff wird nicht beladen. Der Kapitän wartet einige Tage vergeblich und der Dampfer verläßt schließlich ohne Ladung das „Tor zur Welt", wobei ihm „auf Befehl" der Gewerkschaft auch noch die Schlepperhilfe, eine Selbstverständlichkeit beim Auslaufen aus dem Hafen, versagt wird.

Die gewerkschaftliche Befehlszentrale hat jedenfalls ihren Erfolg erzielt. „Es klappte", konnte Herr Kummernuß sagen. Die Transportarbeiter sollten jedoch überlegen, ob eine Solidarität mit den in der deutschen Exportindustrie beschäftigten Kameraden nicht angebrachter wäre, als ein Streik, der letzten Endes gegen die Regierungsform eines südamerikanischen Landes gerichtet ist, das zu unseren besten Handelspartnern zählt, wie das jetzt abgeschlossene umfangreiche Austauschprogramm zeigt. Schließlich müßten sich die Gewerkschaftskollegen vor Augen halten, daß aus Befehlszentralen mitunter handgreiflich dumme Befehle gekommen sind. In solchen Fällen wäre es demokratischer, auf das freundliche „Hummel, Hummel" von auswärts mit der ortsüblichen kräftigen Antwort aufzuwarten.

Die Reaktion der Argentinier auf die Hamburger Vorgänge ist auch prompt erfolgt. Ein argentinisches Schiff mit dem Kurs auf Hamburg wurde auf hoher See umdirigiert — nach Gdyngen. Und dort wird das Schiff von polnischen Transportarbeitern entladen und beladen. In diesem Hafen wird man kaum einen Anlaß finden, sich 150%ig demokratisch zu gebärden ....

Die Wanderfahne

Die Vorliebe der Deutschen für Fahnen ist sprichwörtlich. Eine Fahne kostet nicht viel und bewirkt Wunder. Das wissen die östliche Besatzungsmacht und die von ihr gut geschulten ostzonalen Funktionäre. Der deutsche Idealismus wird wieder eingespannt, diesmal an Pflug und Schraubstock, und wieder flattert eine Fahne voran — eine Wanderfahne. Da der Akkord Mord ist und ein Lohnsystem der kapitalistischen Ausbeuter, wurde er abgeschafft. Dafür führte man den Wettbewerb um die Wanderfahne ein. Mit diesem Wettbewerb werden 30, 40, 50 ja sogar 70% des „Soll" erzielt und der höchste über den „Soll" erzielte Satz wird dann zur Norm, und wer darüber schafft wird Aktivist, und wer den Aktivisten übertrifft, der wird „Held der Arbeit". Der Aktivist bekommt als Anerkennung eine Anstecknadel aus Fanfarengold, das kostet ebenfalls nicht viel, der Held der Arbeit bekommt 10 000 Ostmark. Der Betrieb, der die meisten Aktivisten aufweist erhält die Wanderfahne. Und man versteht es, den Kampf um die Wanderfahnen immer wieder neu anzufachen, damit ein Betrieb den anderen zu überflügeln trachtet, um der Ehre seines „Wanderfahnen-Betriebes" teilhaftig zu werden. So rangen vor kurzem in Thüringen 71 800 Werktätige in 1856 innerbetrieblichen Wettbewerben um eine Wanderfahne und brachten 4794 Aktivisten hervor.

Und wo findet, so fragt man sich, diese knochenzermürbende Mehrarbeit ihren Niederschlag? In der Lohntüte der Arbeiter am wenigsten, denn es geht mehr um die Ehre. Dann müßten aber zumindest die Lager der ostzonalen Geschäfte zum Bersten gefüllt sein. Aber auch das ist nicht der Fall, denn das durch die Jagd nach der Wanderfahne erzielte „Übersoll" hat nichts daran geändert, daß man auch heute nur wenig zu kaufen bekommt. Noch immer wird verlautbart, daß „die gegenwärtige Versorgungslage erfordert, die Kartenansprüche für Fleisch und Fett mit Fisch und Eiern zu beliefern". Jedenfalls wäre es nicht notwendig, daß die Sowjetunion immer noch gezwungen ist, größere Mengen an Fleisch, Fett und Getreide der Ostzone zu spenden. Dies müßte doch ohne weiteres in der Lage sein, mit den Produkten aus dem Übersoll der Aktivisten genügend Agrargüter in den Oststaaten einzutauschen, so daß Fleisch und Fett in jeder Menge zu haben sein müßte. Man sieht also, daß das System des Wanderfahnen-Wettbewerbes nicht dazu dient, den Lebensstandard des Arbeiters zu erhöhen, d. h. endlich auch das Kartensystem abzuschaffen.

Ein Dilemma

Der Konflikt in Korea hat schlagartig die katastrophale Lage der westeuropäischen Verteidigung bloßgelegt. Es nutzt heute wenig und klingt, nett gesagt, naiv, wenn superkluge Leute im alliierten Lager darauf hinweisen, die wenigen Divisionen Westeuropas und die vielen zum Einsatz bereiten sowjetischen Divisionen — man spricht von einem Verhältnis 5 zu 175 — würden für die Friedensliebe der alliierten Westmächte und für die Agressionslüsternheit der Russen sprechen. Die in diesem Zusammenhang geführten Debatten und Verhandlungen, in denen das sowjetische Kriegspotential besonders unterstrichen wurde, hat wesentlich zu der geradezu gefährlichen Stimmung in der westeuropäischen Bevölkerung geführt, die, je nach den Nerven, nicht mehr weit von Panik entfernt ist. Ein mehr oder minder grober Fehler, ein weiteres Geschwätz könnte sie im Nu auslösen. Und Leute, die aus Blindheit, Dummheit oder Raffinesse die Geschäfte des Kremls besorgen, gibt es mehr als genug.

Verbessert hat sich die Stimmung auch damit nicht, daß nun mit Nachdruck auf die fünffach größere Stahlerzeugung der USA verwiesen wird und, um ja die pessimistische Stimmung aufzuheitern, auch auf den Atombombenvorrat der USA. Diese Atombomben würden zwar nicht in Korea Verwendung finden, sicherlich aber im Ernstfalle in Europa. Diese Äußerungen sind nicht minder glücklich. Denn jeder Europäer hat doch den verständlichen Wunsch, im Ernstfalle nicht endgültig von dieser Welt befreit zu werden.

Vor allem das feinnervige französische Volk, das in den letzten Jahrzehnten schlechte Erfahrungen gemacht hat, muß eine schwere Nervenprobe bestehen. Es wäre angesichts der heutigen Lage in seinen breiten Schichten innerlich gewiß nicht abgeneigt, die Deutschen an der Verteidigung des Westens in vorderster Linie teilhaben zu lassen weit, weit vorn, wie General Billotte, der frühere Militärexperte Frankreichs bei der UN äußerte. Ein Riesenwall von toten Deutschen an der Elbe oder noch weiter vorn, der die Sowjets oder deren Satelliten hindern würde, an den Rhein zu kommen, das wäre etwa die ideale Lösung der Verteidigung und auch der Sicherheit Frankreichs. Dieses im Zeitalter der Atombombe reichlich veraltete Sicherheitsbedürfnis ist es auch, daß die französischen Stellen zu der Erklärung veranlaßt haben, der Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung Westeuropas müsse in einer Erhöhung der Besatzungskosten und einer stärkeren Belegung des westdeutschen Raumes mit alliierten Truppen bestehen. Die Amerikaner und die Briten haben dieser Lösung nicht zugestimmt. Unser Beitrag für die Verteidigung beträgt jährlich 4 Mrd. DM, wie wir schon erwähnt haben. Daß dieser Betrag nur zu einem geringen Bruchteil für die im Bundesgebiet stehenden alliierten Truppen Verwendung findet, sondern überwiegend für die Besoldung von Militärbeamten, ist eine Angelegenheit der Alliierten. Was aber ein gefährdetes Gebiet, und das ist die Bundesrepublik zweifellos, braucht, das sind kampferprobte Divisionen und nicht gutbezahlte Militärbeamte ohne Kriegserfahrung. In ruhiger Zeit wäre ein gemütliches Besatzungsleben mit Kind und Kegel ohne weiteres zu vertreten, aber in der Zeit wachsender Gefahr dürfte eine Neuregelung angebracht sein. Es ergäben sich hier Einsparungen, die es erlaubten, den westdeutschen Raum mit mehr alliierten Truppen zu belegen, ohne gleichzeitig die Besatzungskosten wesentlich zu erhöhen. Vielleicht daß wir dann etwas mehr Gefühl der Sicherheit empfinden werden, obwohl für eine Verteidigung der Heimat in erster Linie selbstverständlich der eigene Soldat wahren Heldenmut aufzubringen vermag.

Gutes Bauspargeschäft

Die Spitzenverbände der privaten und öffentlichen Bausparkassen berichten, daß sich die Aufwärtsentwicklung des Bauspargeschäftes im 1. Halbjahr 1950 kräftig fortgesetzt hat. Das eingelöste Neugeschäft der Bausparkassen belief sich im 1. Halbjahr 1950 auf 69 100 Verträge über 868 Mill. DM Vertragssummen (gegenüber 45 600 Verträgen über 546 Mill. DM Vertragssummen im 1. Halbjahr 1949). Damit zeigt das Neugeschäft seit der Währungsreform folgenden Anstieg:

	Verträge	Vertragssummen (Mill. DM)
2. Halbjahr 1948	25 300	305
1. Halbjahr 1949	45 600	546
2. Halbjahr 1949	64 700	798
1. Halbjahr 1950	69 100	868

Das Sparaufkommen der Bausparkassen betrug im 1. Halbjahr 1950 191,4 Mill. DM (gegenüber 40,1 Mill. DM im 1. Halbjahr 1949). Die Entwicklung seit der Währungsreform zeigt folgende Übersicht:

	Sparaufkommen (Mill. DM)
2. Halbjahr 1948	15,7
1. Halbjahr 1949	40,1
2. Halbjahr 1949	105,4
1. Halbjahr 1950	191,4

Der Spareinlagenstand der Bausparkassen in der Bundesrepublik hat nunmehr gegenüber noch nicht 100 Mill. DM am Währungsstichtag die Höhe von 353 Mill. DM erreicht.

Für das Wohnungsbauprogramm 1950 konnten die Bausparkassen auf Grund ihres hohen Sparaufkommens sowie der Refinanzierungszusagen des Zentralbanksystems bzw. der Sparkassen und Giro-Organisationen im 1. Halbjahr 1950 rund 307 Mill. DM Baugeld bereitstellen. Damit ist der von den Bausparkassen für 1950 veranschlagte Finanzierungsbetrag von 300 Mill. DM schon jetzt weit überschritten.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Veilchenstraße 32, Telefon 584. Chefredakteur: Dr. Hans Heiser, Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstraße 32. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Satz u. Druck: Badendruck G.m.b.H., Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Verstärkung der USA-Hortungskäufe!

Aus einem dem nordamerikanischen Kongreß unterbreiteten Bericht ist ersichtlich, daß das US-Waffenamt eine Verstärkung der Käufe zur Auffüllung der strategischen Reserven von verschiedenen Rohstoffen für erforderlich hält. Der Bericht umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1950. Er stellt fest, daß bei Kautschuk, Kupfer und Zink die Hortung infolge unzureichender Ausstattung des Waffeamtes mit den erforderlichen finanziellen Mitteln nicht den Umfang angenommen habe, der ursprünglich geplant war. Auch bei Zinn und einigen anderen Rohstoffen konnte das Hortungsprogramm wegen der verspäteten Zuteilung der Mittel aus dem Fiskaljahr 1949/50 nicht voll durchgeführt werden. Außerdem haben die größeren Anforderungen der Privatwirtschaft die Beschaffung von vielen strategisch wichtigen Rohstoffen erschwert, denn das Angebot sei in einigen Fällen selbst zur Deckung des Zivilbedarfes unzureichend gewesen.

Der Bericht nennt anschließend folgende Roh- und Grundstoffe, bei denen vorläufig eine Aufstockung der Vorräte nicht beabsichtigt sei, weil entweder das ursprünglich gestellte Hortungsziel bereits erreicht wurde, oder weil eine endgültige Klärung darüber, ob auch bei ihnen die Hortung unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte fortgesetzt werden solle, noch nicht erfolgt ist.

Antimonerz und -metall; Bauxit zur Verarbeitung auf Tonerde und Aluminium; Cölestit; Emetin; Amorpher-Graphit in Stücken; Hyoscine; Jod; Blei; Glimmer; Chinin; Spermöl; Agar; Chromerz, feuerfest; Quecksilber; Tantal; Vanadium.

Von den insgesamt für strategische Käufe zur Verfügung gestellten 4 Mrd. Dollar habe das US-Waffenamt bisher, so stellt der Bericht weiter fest, über 50 % ausgegeben. Der Wert des Warenbestandes der strategischen Reserve der USA wird nach dem Stande von 30. Juni dieses Jahres auf 1356 Mill. Dollar geschätzt. Am gleichen Stichtage waren strategische Roh- und Grundstoffe im Werte von weiteren 493 Mill. Dollar bereits eingekauft oder in Auftrag gegeben, aber noch nicht angeliefert.

So, wie die Käufe für die strategische Reserve bisher durchgeführt wurden, werde es bis zum Jahre 1956 dauern, so schließt der Bericht, bis die Mindestforderungen, die an die Hortung von strategisch wichtigen Roh- und Grundstoffen gestellt werden müssen, erfüllt sind. Allerdings gelte das nicht für alle Stoffe; in einigen sei das Kaufprogramm schon recht weit durchgeführt, ja nahezu vervollständigt, in anderen hinggegen hinke es hinter den Plänen nach.

Organisation der Kriegswirtschaft

Das nordamerikanische Handelsministerium befaßt sich zur Zeit mit der Ausarbeitung von Plänen für ein „Kriegsproduktionsamt", dessen Umfang allerdings vorläufig klein gehalten werden soll. Es wird die Aufgabe haben, wie sein größerer Bruder aus dem vergangenen Kriege, die Aufträge und Befehle des Präsidenten und der Regierung zur Mobilisierung der industriellen Produktion für die Zwecke der Verteidigung der USA und der mit ihr verbundenen oder befreundeten Staaten durchzuführen.

Die vorbereitenden Besprechungen und Maßnahmen sind bereits recht fortgeschritten, so daß das Kriegsproduktionsamt seine Tätigkeit im gleichen Augenblick aufnehmen kann, in dem der Kongreß die von Präsident Truman geforderten Vollmachten genehmigt.

Man erwartet, daß Präsident Truman die Federführung für die Mobilisierung der nordamerikanischen Industrie und für die Durchführung damit zusammenhängender Aufgaben in die Hand des Handelsministeriums legen wird. Den übrigen Ministerien und den oberen Bundesbehörden wird entsprechend ihrem Aufgabengebiet eine nachgeordnete Zuständigkeit zufallen. Zur Durchführung der neuen Aufgaben soll das Handelsministerium die Errichtung eines besonderen Büros planen. Sein Name sowie sein Umfang ist noch nicht entschieden worden. Über sein eigentliches Aufgabengebiet verlautet, daß es vor allen Dingen die Zuteilung strategisch wichtiger Roh- und Grundstoffe und die Festlegung von Prioritäten für die Belieferung der für die Verteidigung arbeitenden Industrien übernehmen werde. Mit der Zustimmung des Kongresses wird dieses neue Büro wahrscheinlich auch bevollmächtigt werden, die Herstellung nichtkriegswichtiger Güter, ordern es erforderlich sein sollte, zu beschränken.

Dollarfülle für Europa in Sicht

Der Korea-Krieg und die Durchführung des nordamerikanischen 16-Mrd.-Dollarrüstungsprogrammes wird wahrscheinlich eine der größten Schwierigkeiten, unter denen die Weltwirtschaft in den Jahren nach dem Kriege zu leiden hatte, beseitigen, verlautet aus Kreisen britischer Wirtschaftsbeobachter. Schon jetzt beginnt die Liste der Erleichterungen für Einfuhren aus dem Dollarblock zumal in Großbritannien einen recht beachtlichen Umfang anzunehmen. Der britische Beitritt zur europäischen Zahlungs-Union (EPU) gab schon einen Vorgeschmack davon, daß die britische Regierung nicht mehr die Dollarknappheit als ihre Handlungen vorzugsweise bestimmende Heimsuchung ansah, wenn sie auch der EPU mit einigen Vorbehalten zugestimmt hat.

Die Einigung der britischen Regierung mit den nordamerikanischen Erdölgesellschaften, die nach außen hin Dollar einsparen soll, kostet Großbritannien im Grunde genommen mehr Dollar, als es bisher für Erdöl ausgegeben hat. Für Einkäufe von Zeitungspapier wurden ebenfalls größere Dollar-Beträge zur Verfügung gestellt, und nicht zuletzt werden die Erleichterungen bei Seife und bei der Herabsetzung des Ausmahlungssatzes für Weizenmehl einen stärkeren Dollarabfluß zur Folge haben. Außerdem hat sich Großbritannien verpflichtet, kanadischen Weizen im Werte von 120 Mill. „freien" Dollar abzunehmen.

Auch aus Australien werden Hoffnungen auf eine Erhöhung des Dollaranteiles laut. Das gleiche dürfte für Indien, für Pakistan und für Ceylon zutreffen.

Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, so meint man in London, werde die britische Regierung schon, um der Industrie und der Wirtschaft bessere Geschäftsmöglichkeiten nicht entgehen zu lassen, gezwungen sein, die bisher starre und wahrscheinlich angesichts der veränderten Verhältnisse schon zu starre Kontrolle ihrer Dollar- und Goldreserven zu lockern.

Doch dürfte die britische Entwicklung nur ein Spiegelbild dessen sein, was sich auch in der übrigen westlichen Welt vollzieht. Es mag durchaus der Fall eintreten, daß die Knappheit von Dollar endgültig vorüber ist, und daß eine Zeit kommt, wo das reichliche Vorhandensein dieser Währung sie nicht mehr zu einem wünschenswerten Besitz macht. Warum sollten nicht jetzt bei steigender Nachfrage nach ihren Roh- und Grundstoffen und bei täglich höher hinauf kletternden Preisen die fernöstlichen und die südamerikanischen Import-Firmen die Dollar in die Hand bekommen, nach denen sie so lange geschrien haben? Sie werden dann vielleicht zu ihrer eigenen Überraschung herausfinden, daß Ware selbst nicht mehr gegen Dollar zu haben ist. Die außerordentlich große nordamerikanische Nachfrage, verstärkt um die Nuance eines Rüstungsboums, kann sehr wohl dahin führen, daß der ausländische Käufer mit vollen Taschen dasteht und seine Kaufwünsche nicht unterbringen kann. Auch in Europa dürfte unter diesen Umständen die Abneigung beispielsweise gegen amerikanischen Mais, den die USA so gerne loswerden wollen, verschwinden, denn man wird ihn verhältnismäßig leicht bezahlen können.

Besonders die Rohstoffländer, das gilt gleichermaßen für Südamerika, für Asien und für Südafrika, werden vielleicht eine Wiederkehr des Zustandes erleben, der sie während des vergangenen Krieges zu einer Anhäufung von Guthaben in Dollar und Pfund Sterling zwang, einfach weil sie diese Guthaben nicht ausgeben konnten. Es kann nicht bezweifelt werden, daß diese Entwicklung schon angefangen hat. Wie weit sie gehen wird, ist eine Frage des Umfanges der Belieferungsprogramme in den USA und in anderen Ländern.

USA-Kapital will nicht ins Ausland

Im Hinblick auf die bereits durchgeführten und auf die noch zu erwartenden Erleichterungen für ausländische Kapitalinvestitionen in Westdeutschland gewinnt der Geschäftsbericht der britischen „Colonial Development Corporation", der sich mit dieser Frage aus den eigenen Erfahrungen dieser Gesellschaft ausführlich befaßt, besonderes Interesse. Die „Colonial Development Corporation" stellt fest, daß das von der Internationalen Wiederaufbaubank (Weltbank) angewandte Verfahren zur Prüfung von Kreditanträgen und bei der Gewährung von Anleihen völlig unzweckmäßig und undurchführbar sei. Dabei betont die Gesellschaft, daß sie trotz ihrer mit der Weltbank gemachten Erfahrungen den aufrichtigen Wunsch hege, nordamerikanisches Kapital und nordamerikanische technische Unterstützung heranzuziehen, und daß sie sich gern über jede einigermaßen durchführbare Form der Zusammenarbeit unterhalten würde.

Die „Colonial Development Corporation" hatte der Weltbank für einen Kredit in Höhe von 5 Mill. Dollar erstklassige Sicherheiten geboten. Die Verhandlungen mußten jedoch unterbrochen werden, weil die Weltbank auf einem Aufsichtsrecht bestand, das für die Kreditnehmer nicht akzeptierbar war.

Der Geschäftsbericht erklärte weiter, daß private Investitionen im Ausland auf Grund des sogenannten „kühnen" Punkt-4-Programmes von Präsident Truman auf jeden Fall ein Risiko bedeuten, und daß nach den bisherigen Erfahrungen der amerikanische Kapitalist weniger Neigung zeige, dieses Risiko zu laufen, als beispielsweise britische Investorenkreise. Das amerikanische Kapital verfüge auch heute noch über weite Anlagemöglichkeiten im eigenen Lande; außerdem schrecke der amerikanische Geldgeber vor den sehr bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Risiken zurück, die er nach seiner Meinung bei Kapitalanlagen im Ausland eingehen müsse.

In den letzten Jahren gingen 50 % der gesamten amerikanischen privaten Auslandsinvestitionen nach lateinamerikanischen Ländern, weniger als 1 % wurden in den britischen Kolonien angelegt. Ein Lieblingsgebiet des amerikanischen Kapitalgebers ist die Erdölindustrie. 75 % aller Auslandsinvestitionen wurden zugunsten dieses Industriezweiges vorgenommen.

Sorgen des deutschen Gartenbaus

Hohe Verluste entstanden durch die liberalisierten Importe

Über die Sorgen des Gartenbaus unterrichtet nachstehender Bericht. Das Problem: Wertzoll oder Gewichtszoll wird sich schwer nach Branchen lösen lassen; man wird wohl übergeordnete Gesichtspunkte herauziehen müssen.

Man braucht es gar nicht durch die Blume zu sagen, daß es dem westdeutschen Blumen- und Zierpflanzenbau nicht gerade rosig geht. In England sagt man es auch in aller Öffentlichkeit und nennt den Grund beim Namen: Die holländische Konkurrenz. Wenn man erfährt, daß beispielsweise ein einziger westdeutscher Gartenbaubetrieb im vergangenen Winter eine Viertelmillion DM durch die liberalisierten Einfuhren an Flieder eingebüßt hat, dann bekommt man einen Begriff, welche Werte auf dem Spiele stehen. Noch eindrucksvoller sind die Zahlen von 40 000 Betrieben, 170 000 Beschäftigten und 6 bis 300 Mill. DM Jahresumsatz. Vor dem Kriege betrug der Produktionswert als Gärtnerei jährlich etwa 6 bis 800 Mill. DM in Gesamtdeutschland, ein Beweis, daß die Gärtnereibetriebe, die früher ihren Schwerpunkt im Gebiet der heutigen Ostzone hatten, es verstanden haben, ihre Betriebe in Westdeutschland wieder aufzubauen.

Dabei haben sie, wie auch alle anderen Wirtschaftszweige, schwere Jahre hinter sich. Bis zur Währungsreform mußten 85 Prozent der Anbaufläche mit Gemüse bebaut werden, und die Umstellung fiel deshalb besonders schwer, weil im ersten Jahre danach bei einem Überangebot an einjährigen Pflanzen der Preis entsprechend fiel. Auch heute liegen die Gärtnererzeugnispreise mit 125 Prozent der Vorkriegspreise noch erheblich unter dem allgemeinen Index. Als dann der westdeutsche Blumen- und Zierpflanzenbau ins zweite Produktionsjahr nach dem Währungsschnitt ging, kam die Liberalisierung. Sie machte sich praktisch zwar nur bei Holland bemerkbar, das auch den Löwenanteil der Einfuhren an Schnittblumen aufzuweisen hat. Allein vom September 1949 bis 30. Juni 1950 kamen aus Holland für 1 734 000 Dollar Rosen, Nelken und Flieder. Italien lieferte für 400 000 Dollar Schnittblumen, Frankreich für 200 000 und Dänemark und Belgien für 6000 Dollar, das sind in deutscher Währung zusammen für rd. 9,36 Mill. DM. Darüber hinaus kamen noch für rd. 10 Mill. DM Blumenzwiebeln und Blumenknollen aus den gleichen Ländern, woran auch wieder Holland mit rd. 8 Mill. DM den größten Anteil hatte; des weiteren wurden eingeführt Azaleen sowie Grün- und Dekorationspflanzen im Werte von 2,8 Mill. DM.

Die liberalisierte Einfuhr wäre für die westdeutschen Blumengärtnereien schon längst zum Verhängnis geworden, wenn es nicht gelungen wäre, mit Holland eine Sperrzeit für Schnittblumen abzusprechen. Auf die eindringlichen Vorstellungen der deutschen Berufsorganisation, des Verbandes des deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaues zeigten sich die Holländer jedoch Verständnis, zumal sie einsehen mußten, daß sie sich durch unsinnig hohe Einfuhren die Preise auf dem deutschen Markt selbst verderben würden. In zahlreichen Beratungen des Außenhandelsausschusses der westdeutschen Blumenzüchter mit den holländischen Kollegen wurden Absprachen getroffen, die den westdeutschen Gärtnereien die empfindlichsten Härten des liberalisierten Handelsvertrages ersparten. Auch mit Belgien, Frankreich, Italien und Dänemark wurden ähnliche Sperrzeiten vereinbart.

Für die Zukunft hängt für die westdeutschen Gärtnereien viel davon ab, ob bei der kommenden Zollregelung auch für Blumen Wertzölle eingeführt werden, oder ob es wie früher bei Gewichtszöllen bleibt. Der Gartenbauverband steht auf dem Standpunkt, daß Wertzölle für ihre Erzeugnisse praktisch überhaupt keinen Schutz der eigenen Produktion darstellen. Gerade der Preis für Blumen ist sehr starken Schwankungen unterworfen, so daß bei niedrigen Preisen der Wertzoll eine übermäßige Einfuhr nicht verhindern kann und bei hohen Preisen saisonweise erwünschte Einfuhren noch weiter verteuert. Die Wertzölle werden zwar von allen an den künftigen Zollverhandlungen teilnehmenden Ländern gewünscht; nur Wein und Zucker sollen davon ausgenommen sein. Die deutschen Gärtner hoffen jedoch, die Bundesregierung noch davon überzeugen zu können, daß der Gewichtszoll für die Existenz ihres Berufsstandes unerläßlich ist.

Der deutsche Export in Blumen hat gegenwärtig noch keine große Bedeutung wiedererlangt. Vor dem Kriege waren insbesondere die Länder des Nordens und Ostens Abnehmer für deutsche Gartenbauerzeugnisse. Deutsche Maiblumenkeime waren sogar in aller Welt begehrt und stellten praktisch ein Exportmonopol dar. Auf dem Wege zur Wiedererlangung der alten Märkte wird auch dieser Artikel wieder der erste größere Devisenbringer sein. Vereinzelt kamen bisher nur besondere Züchtungen im Ausland zum Verkauf. Die internationale Anerkennung blieb jedoch dem deutschen Gartenbau auch nach dem Kriege nicht verwehrt. Auf der „Floralies" in Gent konnten deutsche Züchter kürzlich zwei goldene Medaillen erringen, desgleichen auf der Blumenschau in London. Ein beachtlicher Devisenbringer vor dem Kriege war auch die Fleurop, der internationale Blumendienst. Noch spielt die Fleurop nicht wieder die Rolle wie früher, aber man hofft, mit der Normalisierung der Handelsbeziehungen auch wieder durch diese Organisation größere Aufträge zu erhalten.

Beim Erwerb eines Blumenstraußes macht man sich meistens kaum Gedanken darüber, wo diese Blumen wohl gewachsen sein mögen. Im Zweifel nimmt man an, daß sie um Orte gezogen wurden. Außer den Importen haben jedoch 65 Prozent der deutschen Erzeugnisse eine mehr oder minder lange Bahnfahrt hinter sich, ehe sie in den Straßenhandel kommen. In Spezialkartonreisen die Blumen in den Packwagen der D-Züge, um am Morgen des Tages bewor sie geschnitten wurden, am Bestimmungsort einzutreffen. Flugzeugtransporte sind in Deutschland noch nicht wieder üblich; nur von Holland aus werden besonders kostbare Blumen über den ganzen Kontinent geflogen, einzelne Sendungen sogar über den Ozean.

Ob der deutsche Gartenbau die führende Stellung in der Welt, die er durch den Krieg verloren hat, wieder erlangen wird, vermag niemand zu sagen. Die deutschen Gärtner wären bereits damit zufrieden, wenn sie ihre Existenz, die sie über neun schwere Kriegs- und Nachkriegsjahre retteten, auch jetzt bei der Neugestaltung des internationalen Handels bewahren könnten. Bei der Krisenfälligkeit gerade dieser Betriebe genügen zwei schlechte Geschäftsjahre, um ihre Lebensfähigkeit zu untergraben. Damit würden jedoch nicht nur weit über 100 000 Menschen arbeitslos werden, sondern es würde auch ein Stück Schönheit und Kultur aus unserem Leben verschwinden.

Ostzone sucht eigene Erzgrundlagen

Man will 70 Prozent des Kupferbedarfs selbst fördern

In seiner großen Rede über den Fünfjahresplan vor dem dritten Parteitag der SED erwähnte Walter Ulbricht u. a., daß besondere Anstrengungen notwendig seien, um mehr Eisenerz und Kupfererz zu fördern. Die vorhandenen Eisenerzgruben sollen systematisch ausgebeutet und weitere Erzlagerstätten erschlossen werden. Bis 1955 hofft man auf eine Förderung von 1,8 Mill. t Eisenerz zu kommen. Durch den Ausbau der bestehenden Schächte des Kupfererzbergbaus und durch Anlegung neuer Schächte ist die Förderung von Kupfererzen auf 1,5 Mill. t zu bringen. Das würde nach Walter Ulbricht bedeuten, daß damit 70 % des in der Ostzone benötigten Kupfers aus eigenen Schächten gefördert würden.

Die Ostzone verfügt über Eisenvorkommen nur im südlichen Teil des Harzes bei Ilsenburg-Büchenberg und in Thüringen-Sachsen bei Schmiedefeld, im Kreise Saalfeld. Bei dem Vorkommen des Harzes handelt es sich um eisenreiche Roteisensteine, und die Förderung ist hier nach den nachgewiesenen Vorräten auch entwicklungsfähig. Die am Südhang des Thüringer Waldes liegenden Eisenerzvorkommen führen jedoch durchschnittlich 36 % Fe und dienen in der Hauptsache zur Versorgung der Hütte in Unterwellenborn. Der Thüringer Wald enthält noch eine Reihe von Vorkommen, die jedoch mehr aus armen Eisenkalken bestehen. Die Gesamtförderung des Bezirks betrug in den letzten Jahren 300—500 000 t, wovon mehr als die Hälfte auf das Schmiedefelder Revier entfiel. Die Förderung des Südharzes betrug einige Hunderttausend Tonnen jährlich. Im Jahre 1941 wird die Eisenerzförderung für den gesamten Harz und Thüringen-Sachsen mit rund einer Million Tonnen angegeben.

Es ist kein Zufall, daß die deutsche Eisenerzförderung, die 1913 28,6 Mill. t betrug, bis 1929 auf 6,3 Mill. t gefallen war. Sie betrug 1938 auch nur 13,7 Mill. t und stieg dann, dank der Aufschließung der Vorkommen von Peine und Salzgitter am Nordrand des Harzes bis 1941 auf 15,7 Mill. t. Es erwies sich für die deutsche Schwerindustrie vor dem Kriege als vorteilhafter, hochwertige ausländische, hauptsächlich Schwedenerze, zu verhütten. Wenn man jetzt in der Ostzone bis 1955 auf eine jährliche Förderung von 1,8 Mill. t an relativ armen Erzen kommen will, so bedeutet das sicher kosten- und mengenmäßig kein besonderes Plus für den Aufbau einer ostzonalen Schwerindustrie. Aber die Kosten der Förderung spielen ja bekanntlich in der ostzonalen Wirtschaft nicht die ausschlaggebende Rolle.

Interessanter ist schon die geplante Steigerung der Kupfererzförderung im Mansfelder Revier, dem bedeutendsten Kupfererzgebiet Deutschlands, das in der Ostzone liegt. Die Mansfelder Erze führen etwa 2,5 % Kupfer, doch hat sich der Kupferinhalt seit der Vorkriegszeit verringert. Obwohl der Kupferschiefer von Mansfeld noch beträchtliche Mengen Silber, daneben Molybdän, Blei, Zink und kleinere Mengen der selteneren Metalle wie Nickel, Kadmium, Vanadium, Selen, Rhenium und Gallium führt, waren die Mansfelder Betriebe vor dem Krieg immer Zuschußbetriebe, die vom Staat gestützt wurden. Nehmen wir einen Durchschnitt von 2 % Kupfer an, so bedeutet eine Förderung von 1,5 Mill. t Kupferschiefer ein Kupferausbringen von etwa 30 000 t. Die Ansprüche der ostzonalen Wirtschaft müssen schon recht bescheiden sein, wenn man glaubt, mit dieser Menge 70 % des Bedarfs decken zu können. Buntmetalle, und insbesondere Kupfer, waren ja bisher in der ostzonalen Wirtschaft eine Mangelware. Sie werden es auch weiterhin bleiben. Es sei zum Vergleich erwähnt, daß der gesamtdeutsche Verbrauch an Raffinadekupfer für das Jahr 1938 von der Metallgesellschaft mit 446 900 t einschließlich des Verbrauches der österreichischen Gebiete angegeben wird. Es versteht sich, daß die Mansfelder Gruben auch als volkseigene Betriebe nicht rentabel arbeiten werden, besonders nicht bei den ostzonalen Kupferpreisen.

Weniger interessant findet Walter Ulbricht offenbar den Verlust der oberschlesischen Blei- und Zinkerzvorkommen, die heute dank der Politik der SED den Polen geschenkt wurden. Ihr Besitz würde für die Metallversorgung der ostzonalen Wirtschaft eine bedeutende Erleichterung bedeuten. In Westoberschlesien wurden vor dem Krieg 5 Bergwerke betrieben, darunter die modernste europäische Erzgrube, die Bleischarleygrube, die nach dem ersten Weltkrieg von der Giesche-Gesellschaft abgeteuft wurde. Diese fünf Bergwerke hatten 1935 eine Roherzförderung von 840 000 t, die bis 1941 auf 780 000 t stieg. 1935 wurden hieraus 21 300 t Blei und 93 500 t Zink gewonnen. Auf die Bleischarleygrube entfielen von dieser Produktion etwa 15 000 t Blei und rund 40 000 t Zink. Blieben nach dem ersten Weltkrieg nur 23 % der Zinkblendegewinnung in deutschem Besitz und nur 29 % der Bleierzgewinnung sowie einige Zinkwalzwerke, so ist dieser Rest und die zwischen beiden Weltkriegen neu errichteten Anlagen jetzt für die ostdeutsche Wirtschaft zumindest vorläufig verloren.

Wohn-Bau-Ausstellung Freiburg

Am 29. Juli wurde in Freiburg auf dem Jahn-Stadion die Wohn-Bau-Ausstellung eröffnet, die unter dem Motto „Das Haus von heute" steht und bis zum 14. August dauert. Am Sonntag, als wir die Ausstellung besuchten, strömte eine große Anzahl von Besuchern durch die Tore. Es waren meist nicht Einzelpersonen, sondern Familien, die auch ihre Kinder mitgenommen hatten. Interessenten also, auch wenn die Geldbörse noch nicht ganz mit den Wünschen fertig wird. Dafür aber hatten die verschiedensten Bausparkassen geschickt ihre Werbung eingestreut, um die Interessenten auf die Möglichkeit, schneller als es der Geldbeutel erlaubt, zum Eigenheim zu kommen, hinzuweisen.

Diese Interessenten wurden auch nicht enttäuscht. Insbesondere alles, was auf den Freigeländen zu sehen war, wirklich aufschlußreich. Das erste Freigelände liegt vor den Toren der Ausstellung. Es ist eine Siedlung, durch die zwei Straßen führen. Zu beiden Seiten dieser Straßen sind Häuser errichtet, die erstens in verschiedenen Stadien der Fertigstellung sich befinden, also von der Ausschachtung bis zum Aufsetzen der Ziegel, und zweitens Häuser nach verschiedener Bauart. Es sind Ziegelbauten, Holzbauten und Bauten mit den modernen Lochsteinen ebenso zu sehen, wie Einfamilienhäuser, Zweifamilien- und Mehrfamilienhäuser.

Zwischen den verschiedenen Bauweisen hat sich seit einiger Zeit eine erhebliche Konkurrenz bemerkbar gemacht. Fertigbau, Montagebau (also Fertigstellebau) und die alte übliche individuelle Herstellungsweise. Die einen werben mit der Schnelligkeit der Aufstellung der Häuser, wobei die Aufbringung der Mittel oft es gar nicht notwendig werden läßt, das Haus so schnell zu errichten. Die anderen berufen sich wieder auf die Tradition und die Erfahrung.

Auch innerhalb der Holzbauweise gibt es erhebliche Unterschiede, worin auch teilweise landsmannschaftliche Verschiedenheiten zum Ausdruck kommen. Da steht ein Haus einer bayerischen Holzbaugesellschaft, ein Haus eines badischen Holzbauwerks und das Holzhaus eines württembergischen Werks. Wir werden versuchen, in der nächsten Ausgabe auf die Unterschiede der Bauweise, der Kosten und der Preise dieser verschiedenen Häuserarten einzugehen.

Im Freigelände innerhalb der Ausstellung sehen wir Schornsteinbauten, Dachkonstruktionen, Bausteine und Bauverfahren. Die Konkurrenz ist groß und jeder hat für seinen Stein und seine Dachkonstruktion manches Positive zu sagen. In den Hallen finden wir Möbel und viele andere für die Inneneinrichtung wichtigen Gegenstände; die sanitären Einrichtungen und die vielen Maschinen für Küche und Haus. Ein kleiner Teil der Ausstellung „Wie wohnen?", die bereits in Stuttgart und Karlsruhe gezeigt wurde, ist auch hier wieder zu sehen. Die Architekten haben sich ein besonderes Zelt gesichert, in denen sie nachweisen, was sie für das Honorar leisten und welche Kosten sie haben — ein ganz nett gelungener Aufklärungsversuch.

Daß in dieser Ausstellung manches fehlt, wollen wir übersehen. Jedoch einen Einblick in die Schaffenskraft der Bauindustrie und der vor- und nachgeordneten Industrien gibt diese Ausstellung zweifellos. H.

Mehr Unsicherheit im Geschäftsverkehr

Steigende Zahl von Konkursen und Wechselprotesten untergraben das Vertrauen

Die Zahl der Konkurse im Bundesgebiet hat nach den Feststellungen des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden im Juni mit insgesamt 368 um 19 höher als im Monat Mai gelegen. Die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren war mit 128 dagegen fast unverändert.

•

In den wirtschaftlichen Beziehungen ist in den letzten Monaten auffallende Verschlechterung vor allem hinsichtlich der Einhaltung von Zahlungsbedingungen eingetreten. Die Illiquität vieler Unternehmen ist häufig jedoch weniger auf Fehldispositionen als auf die beängstigend schleppend gewordenen Zahlungseingänge, die oft bis zur Untragbarkeit überschrittenen Zahlungsziele zurückzuführen. Die gesunkene Zahlungsmoral in Verbindung mit der oft zu knappen Kapitaldecke — die den Auf- und Ausbau des Unternehmens selten zuläßt und häufig nur notdürftig zur Aufrechterhaltung des Betriebes reicht — hat in vielen Kreisen unserer Wirtschaft zu einer deutlich spürbaren Nervosität geführt; das Mißtrauen steht unsichtbar neben jedem Geschäftsabschluß, insbesondere dem auf Kreditbasis vorgenommenen.

Das beträchtliche Ansteigen der Insolvenzen ist besonders durch die Zahl der Wechselproteste veranschaulicht, die im Bundesgebiet im Monat Juli wöchentlich zwischen 2000 und 2500 beträgt. Das ist ein ungewöhnlich starkes Anschwellen und wenn man dabei noch die ebenfalls gestiegene Zahl von Konkursen, Vergleichsverfahren und Moratorien berücksichtigt, so wird es verständlich, wenn viele Betriebe Sicherheit bei Handelsauskunfteien suchen.

Wer auf Kreditbasis einen Auftrag ausführt, verleiht einen Teil seines Kapitals. Und dazu ist Vertrauen erforderlich. Vertrauen aber kann nur entstehen oder wachsen, wenn die drei „Elemente des Kredits" gegeben sind: Kapital, Können, Charakter.

Die Wirtschaft muß bei den heutigen schwankenden Marktlagen und ungewissen Finanzverhältnissen von den Handelsauskunfteien verlangen können, daß in ihren Berichten nicht lediglich verläßliche Angaben über die Kreditfähigkeit, also finanziell gesehen, eines Unternehmens gemacht werden, sondern daß die Kreditwürdigkeit mit zu Worte kommt (charakterliche Veranlagung und fachliche Qualifikationen des Inhabers oder leitenden Mannes), um eine wirklich vollständige Beurteilungsmöglichkeit zu erhalten. Die Wirtschaft muß ebenso verlangen können, daß die Handelsauskünfte innerhalb kürzester Frist gegliedert werden, daß sie aktuell sind und objektiv abgefaßt. Schimmelpfeng z. B. hat zur Beschleunigung der Auskunfterteilung 14 Hauptniederlassungen seiner Organisation mit Fernschreibern versehen und gliedert den Text der Auskünfte nach bestimmten Abschnitten. Dann erfüllen die Auskunfteien ihre Aufgabe als Mittler zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer, also zwischen Vertrauensgeber und Vertrauensempfänger, und ermöglichen ruhigeres und sicheres Disponieren.

Die rechtzeitig eingeholte Auskunft, deren aktuelle und objektive Berichterstattung kann dazu beitragen, die lähmende Unsicherheit im Geschäftsverkehr einzuschränken und das Vertrauen wieder erstarken zu lassen, ohne das unsere Volkswirtschaft nicht gesunden kann.

16. Sept. – 24. Sept.
1. Schau der Badischen Landwirtschaft 1950
Freiburg im Breisgau
INDUSTRIE
HANDWERK
HANDEL
GEWERBE

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

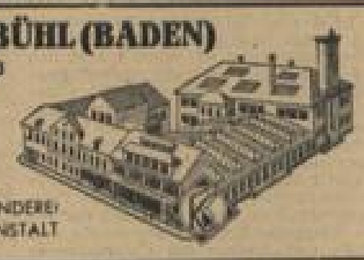
Schweizers

BÜHLER STUMPEN
sind gesünder
denn sie sind entstaubt
AUGUST SCHWEIZER K.G. BÜHL 1/B.

Baumann & Cie.
SÄGE- UND HOBELWERKE
Bühl (Baden)
Fernsprecher Nr. 760
FILIALEN IN BÜHLERTAL UND HUNDSBACH

Es kann nur einen Wahlspruch geben:
Wer „BERKO" raucht, hat mehr vom Leben!
Der gute BERKO Stumpen
besonders mild, da doppelt entstaubt
BERKO BÜHL i. B.
LUDWIG BERMANSEDER K.G., BÜHL I. B.
Bühler Stumpenfabriken

FRITZ HÄFELE & CO.
Elektro-, Beleuchtungskörper-
und Radio-Großhandlung
Karlsruhe Bühl

KONKORDIA AG · BÜHL (BADEN)
EISENBAHNSTRASSE NR. 31/33
FERNRUF NR. 631

VERLAG - DRUCKEREI - BUCHBINDEREI
BUCHHANDLUNG - LEHRMITTELANSTALT

Friedrich Kern
Sägewerk und Spankorbfabrik
in Bühlertal und Bühl
Sägewerk in Bühlertal Fernruf Bühl 667
Spankorbfabrik in Bühl Fernruf Bühl 474

Bühler Konservenfabrik
FRANZ LANGE
seit 1906
Fabrikation feinster Bühler Obst- und Gemüsekonserven, Konfitüren, Marmeladen, Fruchtsäfte, Eiskonserven

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Die luxemburgische Kammer befaßte sich mit einem Gesetzesprojekt, wonach das zwischen Luxemburg und Rheinland-Pfalz getroffene Abkommen über Errichtung eines Wasserkraftwerkes bei Rosport-Ralingen an der Untersauer (deutsch-luxemburgischer Grenzfluß) ratifiziert werden soll. Die Errichtung einer Talsperre an der Obersauer, die das Werk an der Untersauer ergänzen soll, wird Gegenstand eines besonderen Projektes sein. Die Ourtalsperre an der deutsch-luxemburgischen Grenze soll an dritter Stelle gebaut werden. Auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfs soll Luxemburg das Recht erhalten, bei Rosport-Ralingen das ganze Sauerwasser zur Errichtung seiner hydro-elektrischen Zentrale zu benutzen. Alle Rechts- und Verwaltungsfragen, die entstehen könnten, sollen auf Grund des Abkommens mit Westdeutschland geregelt werden und nicht etwa auf Grund internationalen Rechtes, das wegen des unbestimmten Friedensstatuts Deutschlands herangezogen werden könnte. Die Baukosten werden auf 120 Mill. DM veranschlagt. Der Gestehungspreis des Kraftstroms wird 0,510 fr pro kwh ausmachen und nach Errichtung des zweiten Werkes 0,433 fr pro kWh, womit die Rentabilität der Talsperre gesichert ist. Die luxemburgische Kammer wird das Projekt voraussichtlich mit großer Stimmenmehrheit annehmen.

Auf dem westdeutschen Holzmarkt hat sich gegenüber den Vorjahren eine grundlegende Änderung vollzogen. Bei den Sägewerken in der Bundesrepublik lagern zur Zeit mehr als 1,5 Mill. cbm Schnittholz, die den Holzbedarf auf mehrere Jahre zu decken vermögen. Wie die Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald" mitteilt, ist das verstärkte Angebot an Holz im wesentlichen auf die Noteinschläge in den Privatwaldungen als Folge der allgemeinen Geldknappheit, durch Herausgabe aller Bestände von den Sägewerken und nicht zuletzt durch mangelhafte Beschäftigung des Baugewerbes ausgelöst worden. Übertriebene Holzeinsparungsmaßnahmen seien daher unbegründet.

Die Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald" will durch ihren Landesverband Württemberg-Baden einen Kulturfilm gegen die „Holzflucht-Krankheit" schaffen. Der Film soll Ausschnitte über Holzarbeiten im Wald, Holzfällen, Aufforstung, sowie einen Einblick in die holzverarbeitenden Betriebe bringen. Ferner soll eine sinnvolle Holzverwendung beim Wohnungsbau gezeigt werden. Mit der Fertigstellung des Films ist im Oktober dieses Jahres zu rechnen.

Nachdem der Juli eine weitere Belebung des südbadischen Holzgeschäftes gebracht hat, sind gegenwärtig ziemlich alle Sägewerke ausreichend, zum Teil sogar bis in den Herbst hinein, mit Aufträgen versehen, wie der Verband badischer Sägewerke mitteilt. Einige Firmen haben die Listenpreise wieder erreicht, während die Mehrheit der Sägewerke jedoch noch nicht daran denken kann. Die freie Schnittholzausfuhr zieht in Südbaden verstärktes Interesse von Schweizer Käufern auf sich. Die Rundholzpreise sind weiter gestiegen. Die Meßziffern der Durchschnittserlöse standen im Juni auf 111 %. Die Holzwirtschaftsverbände haben deshalb Schritte beim Wirtschaftsministerium unternommen und hoffen auf eine wirksame Abbremsung der unhaltbar werdenden Entwicklung.

Die seit Herbst 1949 fälligen und wiederholt angemahnten Holzkaufgelder für die sogenannten Export-Hiebe — einschließlich der „Schweizer- und Italiener-Hiebe" — in Südbaden im Gesamtbetrag von rund 15 Mill. DM sind nunmehr an die Landesforstverwaltung überwiesen und von dieser Stelle an die empfangsberechtigten Waldbesitzer weitergeleitet worden. Mit der badische Waldbesitzerverband e. V., Freiburg, mit Offengeblieben sind nur noch einige wenige Rechnungen, bei denen Differenzen wegen der Abrechnung bestehen. Die Vergütung von Zinsen für die verzögerten Zahlungen sowie die Begleichung der Schadensersatzansprüche wurden von der JEIA abgelehnt.

Ostzone

Über die Frage der Rohstoffsicherung für die Schwerindustrie im Rahmen des Fünfjahresplanes der Ostzonenrepublik hätten bereits Besprechungen mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei stattgefunden, erklärte der stellvertretende Ostzonenministerpräsident Walter Ulbricht am 23. Juli vor dem SED-Parteitag in Ostberlin. Diese Verhandlungen hätten die Lieferung von Koks, Steinkohle und Erz betroffen. Mit der Sowjetunion seien bereits bestimmte Lieferungen von Eisenerz mit einem Erzgehalt von 53 Prozent vorbereitet worden. Die Diskussion des Parteitages zur Rede Ulbrichts über den Fünfjahresplan schloß Ulbricht mit dem Hinweis ab, es komme jetzt darauf an, auch der westdeutschen Bevölkerung die Ziele des Fünfjahresplanes klarzumachen. Dieser Plan beweise, daß alle Lebensfragen des deutschen Volkes gelöst werden können, ohne daß man auf die diskriminierenden Bedingungen der amerikanischen Imperialisten eingehe.

Einen scharfen Angriff gegen die privaten Großbetriebe der Ostzonenrepublik führte der Staatssekretär im ostzonalen Ministerium der Finanzen, Willy Rumpf, vor dem SED-Parteitag in Berlin. Rumpf erklärte, in den letzten vier Monaten seien in den privaten Großbetrieben der Ostzonenrepublik Steuerhinterziehungen in Höhe von 450 Mill. Ostmark aufgedeckt worden. Die Sabotierung am Finanzapparat durch diese Betriebe habe darauf abgezielt, die Staatsfinanzen systematisch zu schwächen, den Steuerapparat zu desorganisieren und zu verbürokratisieren, um ihn in den Augen der Werktätigen als volksfeindlich hinzustellen.

Eine Kommission aus der Sowjetzone hat in der vergangenen Woche in Wattenstedt-Salzgitter die vertraglich vorgesehene Auslieferung von Lagerbeständen — vor allem Kabel- und Oberbaumaterial — im Wert von 3,5 Mill. DM-West abgenommen. Der Vertrag war am 30. 6. zwischen den Reichswerken und dem Ministerium für Innerdeutschen Handel der Sowjetzone in Berlin abgeschlossen worden.

Englische Zone

Die Stahlindustrie des Bundesgebietes verbuchte im Mai 1950 Auftragseingänge über 752 000 t, im Juni dagegen schon rund 1 Mill. t. In der Zeit vom 1. bis 20. Juli gingen bereits Aufträge über etwa 800 000 t ein. Dabei beläuft sich der Anteil des Auslandsgeschäftes etwa auf ein Drittel. Das Ausland verlangt vor allem Feinbleche, doch kann diese Nachfrage nur teilweise gedeckt werden, da die eisenschaffende Industrie darauf bedacht ist, den wachsenden Bedarf der deutschen Automobilindustrie an Karosseriblechen zu decken. Die Lieferfristen für Feinbleche, Bandstahl und Walzdraht sind im Durchschnitt länger geworden, da die laufende Produktion dem Auftragseingang besonders auf dem Sektor der Walzwerkserzeugnisse nicht mehr nachkommen kann.

Die arbeitstägliche Industrieproduktion ist in Niedersachsen im Juni um 5 % gestiegen. Sie steht mit einem Produktionsindex von 329 (1. Halbjahr 1948 = 100) um 27 % höher als im Juni des Vorjahres, diese Entwicklung war erheblich günstiger als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Im einzelnen ist der Produktionsindex der Investitionsgüterindustrie mit 394 (344) am stärksten gestiegen, der der Grundstoffindustrien auf 190 (185); die Verbrauchsgüterindustrien (203) haben sich gegenüber dem Februar kaum verändert, stagnieren also auf einem gegenüber der Zeit vor der Währungsreform verdoppelten Produktionsniveau. Die Zunahme des industriellen Niveaus übersteigt das saisonübliche Ausmaß.

Im Juni sank der vorläufige Index der Einzelhandelsumsätze nach der Statistik des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung auf 96 gegen 100 im Vormonat und 100 im Monatsdurchschnitt 1948. Sämtliche Branchen, mit Ausnahme von Möbeln, Maschinen und Fahrzeugen sind an diesem Rückgang beteiligt, der im wesentlichen saisonalen Charakter hat. In der Textil- und Bekleidungsbranche erreichen im Juni die Umsätze nur 60 bis 80 derjenigen des Vormonats. Neben der Textilbranche haben vor allem Bücher (minus 20 %), sowie Schokolade und Süßwaren (minus 19 %) hohe Umsatzeinbußen erlitten. Eine außergewöhnlich hohe Steigerung der Umsätze machte sich dagegen im Landmaschinenhandel (plus 69 %) bemerkbar, der mit Nähmaschinen (plus 21 %) und Büromaschinen (plus 24 %) hat gleichfalls eine spürbare Belebung erfahren.

Der arbeitstägliche Index der Bauproduktion in Niedersachsen hat mit 127 (1936 = 100) einen neuen Höchststand erreicht. Die Zunahme ist aus der konjunkturellen Belebung des Baumarktes und dem Anlaufen verschiedener Bauprogramme zu erklären. Die geleisteten Arbeitsstunden haben im Juni mit 123,7 (1948 = 100) den höchsten Stand erreicht, die Beschäftigten-Meßziffer liegt dagegen mit 94,6 unter dem Monatsdurchschnitt 1948 von 100. Die Zunahme der Beschäftigten entspricht nicht der der geleisteten Arbeitsstunden, man ist also im Baugewerbe weiter bemüht, die Arbeitszeit zu verlängern, obwohl die Auftragslage — zum Teil bis zu 4 Wochen — gesichert gewonden ist.

Der internationale Durchgangsverkehr auf dem Rhein bei Emmerich belief sich im ersten Halbjahr 1950 auf 12,34 Mill. t gegenüber 10,08 Mill. t im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zunahme um 2,3 Mill. t entfällt fast ausschließlich auf den Talverkehr, der auf 8,12 Mill. t gegenüber 6,37 Mill. t im ersten Halbjahr 1949 stieg. In der Bergfahrt passierten dagegen nur rd. 0,5 Mill. t mehr die Grenzschleuse Emmerich. Der Bergverkehr erhöhte sich lediglich von 3,72 auf 4,22 Mill. t.

Mit dem Umschlag von 5,15 Mill. t Gütern im ersten Halbjahr hat der Hafen Emden den Seeverkehr im gleichen Zeitraum des Vorjahres leicht überschritten. Die Einfuhr sank, dagegen stieg der seewärtige Umschlag um 40 %. Rückläufig waren vor allem die Getreideeinkünfte aus den USA und die Erzeinfuhren aus Schweden. Die Ausfuhr von Kohle und Koks nach Skandinavien und Südeuropa stieg leicht. Die Verschiffung von Küstenkohle verdoppelte sich.

Die Autowerke Salzgitter Jansen und Mikolajczyk werden bis zum September des Jahres 80 Salzgitter-Jeeps nach Griechenland liefern. Der Exportauftrag wurde am 23. Juli mit dem Athener Industriellen George A. Samaras in Salzgitter abgeschlossen. Außerdem hat die Firma einen Lieferauftrag auf 35 Jeeps für die Schweiz erhalten. Seit Mitte Juli haben die Autowerke ihren Export zugunsten des Inlandsmarktes stark eingeschränkt.

Der Zentralverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels hat beschlossen, seinen Geschäftssitz nach Köln zu verlegen. Als Termin für den Umzug ist der 3. Oktober vorgesehen. Bisheriger Sitz des Zentralverbandes war Frankfurt/M.

Amerikanische Zone

Über die Preisbildung und die Verkaufsbedingungen für Hopfen der Ernte 1950 wurde in einer Besprechung zwischen Landwirtschaftsministerium, Bundesernährungsministerium, Brauern, Hopfenpflanzern und Hopfenhändlern am 21. Juli in München eine Einigung in folgenden Punkten erzielt: 1. Der Export soll nicht kontingentiert werden. 2. Es wird versucht, den Bedarf der deutschen Brauereien, der mit 100 000 Ztr. angemeldet ist, unter allen Umständen zu decken. 3. Die Festsetzung eines Exportmindestpreises wird erst dann erfolgen, wenn eine Übersicht sowohl über die Lage auf dem Weltmarkt sowie über die tatsächlich vorhandene deutsche Ernte zur Verfügung steht, d. h. auf jeden Fall später als im vergangenen Jahr.

Mit der am 28. Juli erfolgten Inbetriebnahme der Staustufe und Schiffsschleuse Lauffen des Neckarkanals ist der Neckar um weitere 11,5 km für Motorgüterschiffe und Schleppkähne bis 1200 t Tragfähigkeit schiffbar geworden. Die Schiffsschleuse Laufffen überwindet einen Höhenunterschied von 8,4 m. Mit den Arbeiten an dieser Anlage war 1938 begonnen worden, 1943 wurde die Kraftanlage in Betrieb genommen. Im Sommer 1948 wurden die Arbeiten an der jetzt vollendeten Schiffsschleuse wieder aufgenommen.

Das Postscheckamt Reutlingen stellt mit dem 30. September seine Tätigkeit ein. Die bisher dort geführten Postscheckkonten werden vom 1. Oktober an vom Postscheckamt München bzw. Postscheckamt Stuttgart unter neuer Kontonummer weitergeführt. Die Postscheckteilnehmer des Postscheckamtes Reutlingen, die im bayerischen Kreise Lindau wohnen, werden grundsätzlich vom Postscheckamt München übernommen.

Das Deutsche Patentamt hat in diesen Tagen mit der Erteilung der ersten 12 Patente seit 1943 die Patenterteilung wieder aufgenommen. Ein größerer Teil der Neuerteilungen erfolgte auf dem Gebiet des Kohlenbergbaus. Da im April 600, im Mai 1200 und im Juni 3000 Neuanmeldungen von Patentanträgen veröffentlicht wurden, ist — unter Berücksichtigung der jeweils viermonatigen Einspruchsfrist — nunmehr mit einer wachsenden Zahl von Patenterteilungen zu rechnen.

Über den Fremdenverkehr in Bayern wurden von dem Leiter der Handelsabteilung im Amt des Land Commissioners für Bayern, Fred C. Mehner, mitgeteilt, daß die Zahl der Übernachtungen im Mai auf 628 000 gegenüber 455 000 im April stieg. Die Zahl der ausländischen Gäste erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 27 500 auf 51 600. Die Übernachtungen ausländischer Gäste lagen im Mai 1950 um 400 Proz. höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Unter den ausländischen Besuchern stellten die Amerikaner die größte Gruppe: Von den 51 900 Übernachtungen von Ausländern kamen 15 000 auf Amerikaner, England steht an zweiter Stelle mit 6 400, gefolgt von Italien und Österreich mit 6 300 bzw. 5 400.

Eine fast vollkommen aufgehobene Verkehrslenkung, der ständig wachsende Wettbewerb der Konkurrenzhäfen und hier ganz besonders der Westhäfen und ein geringerer Nachschub an Militärgütern beeinflußten das Umschlagsergebnis der bremischen Häfen im ersten Halbjahr 1950. Mit einem seewärtigen Gütervolumen von 2 577 479 Tonnen trat gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahre 1948 ein Rückgang um 13 Prozent ein, eine Entwicklung, die außer in den Unterweserhäfen in kaum einem anderen deutschen oder ausländischen Nordseehafen zu beobachten war. In der Zusammensetzung des Verkehrsvolumens waren Empfang und Versand mit 1 275 952 (2 245 128) t und 1 301 527 (716 098) t fast ausgeglichen. Eine Untersuchung des bremischen Verkehrs nach Herkunft und Bestimmung ließ eine stärkere Einschaltung in den Europaverkehr erkennen, der mit dem Güteraustausch zwischen Bremen und außereuropäischen Ländern fast parallel stand, während noch im Vorjahre das außereuropäische Verkehrsgebiet, und hier speziell USA als Lieferant, bei weitem überwog. Im Schiffsverkehr nahm die Zahl der einkommenden Schiffe, entsprechend der Ausweitung der Liniendienste von 47 auf 109, auf 2610 (2612) Einheiten mit 3 314 836 (3 334 076) NRT zu.

Der Aufsichtsrat der STEG hat dem Land Bremen nach Mitteilung des Bremer Senators van Heukelum 163 000 DM für den Umbau von Kutternotgren zur Verfügung gestellt. Die STEG hatte bereits früher 22 Mill. RM/DM für den Umbau von Fischereifahrzeugen als Darlehen bereitgestellt, die dem Land Bremen von den Amerikanern übergeben worden waren.

Im Werk Sindelfingen der Daimler Benz A. G. ist das Zweischichtensystem eingeführt worden, wie von der Werksleitung mitgeteilt wird. In diesem Zusammenhang sind 700 Arbeitskräfte neu eingestellt worden.

Auf der vom 16. 9. bis 1. 10. in München stattfindenden 2. Münchner Elektro-Messe soll die Elektrifizierung der Landwirtschaft in besonderem Maße berücksichtigt werden, wie von der Messegesellschaft mitgeteilt wird. Ferner werden neben der westdeutschen Elektroindustrie Betriebe der öffentlichen Hand, u. a. die Bundespost, den neuesten Entwicklungsstand der Elektrotechnik zeigen. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard hat wiederum das Protektorat über die Messe übernommen. In Verbindung mit der Elektromesse wird eine neue ERP-Ausstellung veranstaltet.

Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Kokseinfuhrhändler e. V. Bremen wurde der Vorstand wie folgt neu gewählt: 1. Vorsitzender Gerhard Schmidt in Firma Heinrich zum Hingste, Bremen. Stellvertreter Carlos Lopez in Firma Lopez und Co., Hamburg. Zum Geschäftsführer wurde Dr. Karl Wilhelm Ballhagen, Bremen, bestellt.

Ausländische Einfuhrlizenzen

Schweden

Im Juni sind von der schwedischen Handels- und Industriekommission noch 181 Mill. sKr. B-Lizenzen (Lizenzbewilligungen für Freilisten-Erzeugnisse) ausgestellt worden, erfährt VWD von unterrichteter Seite. Damit beläuft sich der Gesamtwert der im ersten Halbjahr 1950 erteilten B-Lizenzen auf 1516 Mill. sKr., bei Einbeziehung eines Rückstandes von 127 Mill. sKr. aus 1949 somit auf 1643 Mill. sKr. Am 1. Juli ist die B-Lizenzierung eingestellt worden. Wie hoch die tatsächliche schwedische Einfuhr auf Grund von B-Lizenzen ist, läßt sich vorläufig noch nicht beurteilen. Angaben hierfür liegen nur für Januar—April vor. In diesem Zeitraum betrug die Einfuhr von B-Waren 1107 Mill. sKr. Ein exakter Vergleich mit der Einfuhr im entsprechenden Zeitraum 1949 ist nicht möglich. Wenn aber davon ausgegangen wird, was der Wirklichkeit am nächsten kommen dürfte, daß von der gesamten Einfuhr 1949 rund ein Drittel auf B-Waren entfiel, dann betrug der Import ca. 937 Mill. sKr., so daß er diesem Jahr um rund 18 Prozent höher gelegen haben würde.

Frankreich

Im Moniteur Officiel du Commerce et de l'Industrie vom 6. Juli sind die beiden allgemeinen französischen Freilisten vom 6. Oktober 1949 und vom 28. Dezember 1949 sowie die Sonderfreiliste für die einzelnen OEEC-Länder vom 28. Dezember 1949 und vom 30. Dezember 1949 unter Berücksichtigung der in der Zwischenzeit erfolgten Abänderungen bekanntgegeben worden.

Japan

Die Lizenzierung der Einfuhranträge liegt nunmehr in den Händen der japanischen Regierung, nachdem dieser ab 1. Juli 1950 durch die alliierten Behörden weitgehende Vollmachten im Außenhandelsgeschäft eingeräumt worden sind.

England

Die im Oktober 1949 vom britischen Handelsamt erlassenen Bestimmungen über die Behandlung von durch die Pfundabwertung betroffenen Importlizenzen treten am 31. Juli 1950 außer Kraft. Inhaber von gültigen, vor dem 5. Oktober 1949 ausgestellten Einfuhrlizenzen, die an einer Berichtigung der Lizenzen insofern interessiert sind, als der eingetragene Sterlingwert nicht ausreicht, um den in Devisen entstandenen Verpflichtungen nachzukommen, können sich an die „Import Licensing Branc, Board of Trade, Romney House Tufton Street, London, S.W.1" wenden.

Griechenland

Mit Wirkung vom 18. Juli sind laut Bekanntgabe der griechischen Außenhandelskommission folgende Artikel von der Einfuhrfreiliste zu streichen: Lastwagen der Zollklasse 386a sowie Chassis für Omnibusse der Zollklasse 386 d 1.

Kolumbien

Die kolumbianische Devisenbehörde erteilt zur Zeit keine Einfuhrgenehmigungen für deutsche Waren mehr. Genehmigt werden nur noch Importe, für die Anträge bis zur Verhängung der Lizenzsperre in Bearbeitung gewesen sind. Man rechnet in deutschen Außenhandelskreisen damit, daß dieser unbefriedigende Zustand beendet wird, sobald das neue Handelsabkommen, das Ende Juni in Frankfurt geschlossen wurde, von der Hohen Kommission bewilligt und ratifiziert worden ist, was auf kolumbianischer Seite für Anfang des nächsten Monats erwartet wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Argentinien wird einfuhrfreudiger

Grundlegende Änderungen in der Handelspolitik

Ein vollständiges Revirement der bisherigen argentinischen Politik hinsichtlich der Liberalisierung der Einfuhren hat nach einer Veröffentlichung des argentinischen Finanzministers stattgefunden. Dadurch soll eine Gesamteinfuhr im Werte von 3400 Mill. arg. Peso aus Handelsvertragsländern sowie aus solchen, mit denen keine Handelsverträge abgeschlossen sind, sichergestellt werden. Dieser Betrag ist der größte, wie verlautet, der in den letzten Jahren für Einfuhrzwecke zur Verfügung gestellt wurde.

Damit entfällt auch das bisherige Versteigerungssystem von Devisen für „nichtlebenswichtige" Güter, und es tritt ein System der festen Devisenkurse an seine Stelle, die täglich durch den Banco Central Argentino festgesetzt werden. Die erste Kursfestsetzung erfolgte am 20. Juli mit 12,532 arg. Peso für 1 Dollar oder dem entsprechenden Gegenwert in anderen Währungen für Einfuhren nach den Listen „A" und „B".

In einer längeren Erklärung des argentinischen Finanzministeriums wird betont, daß durch diese Abänderung die Einfuhr von solchen Waren nach Argentinien besonders gepflegt werden soll, die den Bedürfnissen des Landes entsprechen. Vorläufig seien diese Güter zur Aufrechterhaltung des Gesundheitsstandes der Bevölkerung, der öffentlichen Dienste und der industriellen Tätigkeit. Vor allen Dingen werde sich die Regierung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen widmen.

Die allgemeine Warenliste, für deren Einfuhr in Zukunft Devisengenehmigungen erteilt werden sollen, umfaßt folgende Güter bzw. Gruppen: Grundstoffe für die Herstellung von Nahrungsmitteln; Kaffee; Tee; Yerba (zur Herstellung des argentinischen Nationalgetränkes „Mate"); verschiedene Nahrungsmittel; Tabak; Zigarettenpapier; Kohle; Erdöl; Erdölderivate; Schmierstoffe; feuerfeste Materialien; Leitungsdraht und Kabel; Elektro-, Rundfunk- und Telefon-Material; Meßinstrumente; Ausrüstungen für Fernmeldewesen; Draht und Drahtgeflechte; Handwerkzeuge; Beleuchtungskörper und Zubehör; Flachglas; Schleifmittel; Lötmittel; Eisen und Stahl; Weißblech; Nichteisenmineralien und -Metalle; Halbzeuge und Fertigwaren aus Eisen und Stahl; Chemiefasern und Garne daraus; Ersatzteile für Uhren; Fichtenholz; anderes Holz zur Herstellung von Kisten; Asbest; Nadeln; photographisches Material; belichtete und unbelichtete kinematographische Filme; Papier und Pappe; Holzschliff und andere Grundstoffe für das Druckgewerbe; Saaten und Pflanzen; industrielle Textilien; Pflanzenfasern; Grundstoffe für die Herstellung von Knöpfen; Grundstoffe für die Herstellung von Grammophonplatten; chemische und pharmazeutische Erzeugnisse; Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen; Dieselmotoren für landwirtschaftliche Verwendungszwecke; Ersatzteile und Zubehörteile für industrielle Maschinenausrüstungen; Ersatzteile für nichtindustrielle Maschinen; Ersatzteile für Flugzeuge und Schiffe; Kraftfahrzeugbereifungen und Schläuche; Ersatzteile für Kraftfahrzeuge; Chassis für Diesel-Kfz.; chirurgische Instrumente; feinmechanische Erzeugnisse; Materialien zur Herstellung von Grammophonen; Ersatzteile für Fahrräder und Motorräder und Baumaterialien.

Der Banco Central Argentino hat aus diesem Anlaß drei Rundschreiben veröffentlicht. Das erste, Nr. 1281, befaßt sich mit dem Verfahren zur Einreichung der Gesuche auf Genehmigung der Devisen; Anträge können nur von registrierten Importeuren gestellt werden. Eine vollständige Liste der Herkunftsländer soll dem Vernehmen nach später veröffentlicht werden. Inzwischen nimmt der Banco Central Argentino Gesuche für die Einfuhr von Rohhanf, Jute und Weißblech bis zum 26. Juli dieses Jahres an.

Das Rundschreiben Nr. 1282 befaßt sich mit dem Verfahren für die Einfuhr aus den argentinischen Nachbarländern mit Ausnahme Brasiliens. Rundschreiben Nr. 1283 setzt das bisher gültige System der Versteigerung von Devisen außer Kraft und teilt mit, daß der Banco Central Argentino in Zukunft täglich feste Verrechnungskurse festsetzen wird.

Nach neueren Meldungen scheint sich herauszukristallisieren, daß das neue Verfahren des Banco Central Argentino für die Einfuhr aus dem Dollarblock einen recht erheblichen Anteil übrig läßt. An zweiter Stelle scheinen, soweit sich das bisher überblicken läßt, die argentinischen Nachbarländer und dann der Sterling-Block zu stehen. Nach der Reihenfolge ihrer Bedeutung folgen dann — diese Reihenfolge vermittelt nur ein rohes Bild — Spanien, Westdeutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Polen, Bulgarien, Japan, Schweiz, Italien und Belgien.

Über den Wert der einzelnen Waren und Warengruppen, die nach dem neuen Verfahren eingeführt werden dürfen, hat der Banco Central Argentino bisher keine Angaben gemacht. Er hat nur mitgeteilt, daß Anträge auf Devisengenehmigungen der Bank bis zum 3. August eingereicht werden müssen. Außer der Haupteinfuhrliste (siehe weiter oben) wurden Sonderlisten für die Einfuhr aus Brasilien, Paraguay und Peru veröffentlicht. Die brasilianische Liste umfaßt u. a. Eisen- und Stahlrohre, Kfz.-Bereifungen, Musikinstrumente, Zigarren, Nichteisen-Metalle und Waren daraus. Für die Einfuhr aus Paraguay und Peru sind vor allen Dingen Obst, Nahrungsmittel, Felle und Holz vorgesehen.

Die neuen Verrechnungskurse lauteten am 21. Juli wie folgt:

1 Pfund Sterling	= 35,00	arg. Peso
100 ffrs	= 3,581	arg. Peso
100 Peseten	= 114,45	arg. Peso
100 sFr	= 292,49	arg. Peso
100 hfl	= 329,79	arg. Peso
100 kan. Dollar	= 11,392	arg. Peso
100 Kc.	= 25,06	arg. Peso
100 dKr.	= 181,44	arg. Peso
100 nKr.	= 175,45	arg. Peso
100 sKr.	= 242,16	arg. Peso
100 Escud.	= 43,82	arg. Peso
100 bfrs	= 25,06	arg. Peso
100 mex. Peso	= 145,05	arg. Peso
100 Cruzeiros	= 67,74	arg. Peso

Ausbau der Papier-Industrie

In Ergänzung zu unserer Meldung über die Errichtung von drei ausländischen Papierfabriken in Argentinien wird im einzelnen bekannt:

Die „Fibrocal Argentina S. A." wird ihr Werk bei San Lorenzo in der Nähe der Stadt Rosario errichten. Die Erzeugung von jährlich 30 000 t Zeitungspapier soll sich auf Zuckerrohr-Abfall und Weizenstroh als Rohstoffe stützen.

Die „Celulosa Argentina" hat mit dem Aufbau ihres Werkes bei Zarate begonnen und wird in der üblichen Art Zeitungs-Papier aus Holz und Holzschliff herstellen. Es sollen argentinische Pappel, Eukalyptus, Tanne und andere fichtenartige Bäume verarbeitet werden.

Das dritte Werk wird durch die „La Forestal y Papelera Entreriana" bei Diamante in der Provinz Entre Rios gebaut werden. Die Erzeugung wird zunächst 12 000 t betragen, soll aber innerhalb kürzester Zeit auf 40 000 t jährlich gesteigert werden. Als Rohstoffe werden Holzschliff, Zuckerrohr-Abfall sowie Weizen- und Leinstroh verwendet werden.

Spanien nimmt börsenmäßigen Devisenhandel auf

Die Errichtung eines Devisenmarktes, angeschlossen an die Effektenbörse von Madrid, sei durch die spanische Regierung genehmigt worden, erklärten Angehörige der spanischen Botschaft in London. Ein Sprecher der Botschaft sagte hierzu, daß Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben werden können, daß jedoch an die Errichtung eines amtlichen Devisenmarktes die Hoffnung geknüpft werde, den spanischen Exporteuren könnte hierdurch ein Anreiz zur Verstärkung ihrer Ausfuhrbemühungen geboten werden.

Nach den geltenden Bestimmungen sind die spanischen Exporteure ermächtigt, einen Teil des Erlöses ihrer Ausfuhren zurückzuhalten. Nach Errichtung eines Devisenmarktes könnten sie ihren Anteil zum freien Kurs verkaufen, anstatt ihn wie bisher zum amtlichen Kurs abgeben zu müssen.

Griechenland erleichtert Auslandskapitaleinfuhr

In einer Verordnung des griechischen Koordinierungs- und Wirtschaftsministers über die ausländischen Kapitalinvestitionen in Griechenland werden zahlreiche Erleichterungen für die Einfuhr von Auslandskapital in bezug auf die Versteuerung, Umtauschbestimmungen usw. nach Griechenland bekanntgegeben.

Griechenland — Tschechoslowakei

Der griechischen Gesandtschaft in Prag wurde von der griechischen Regierung der Auftrag erteilt, mit dem Wirtschaftsministerium der Tschechoslowakei wegen Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen Vorbesprechungen zu führen. Von amtlichen griechischen Stellen wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß in der Tschechoslowakei Absatzmöglichkeiten für Tabak und andere griechische Erzeugnisse bestehen würden.

Englands Außenhandel mit Rotchina

Die Entwicklung des Außenhandels mit Rotchina über Hongkong wird im wesentlichen von der Handelspolitik der kommunistischen Zentralregierung abhängen, wird in britischen Außenhandelskreisen erklärt. Gegenwärtig hat die kommunistische Regierung die Einfuhr nur auf wesentliche Waren beschränkt und ihre Bemühungen gelten einer starken Exportförderung. China benötigt vor allem Benzin, Industriechemikalien, Kraftfahrzeuge und Reifen, Rohbaumwolle, Metalle und Einkaufstaschen aus Sackleinwand. Der Import von Luxuswaren ist untersagt, und sogar die Einfuhr von ausländischen Stoffen wird nicht genehmigt. Die Liste der verbotenen Einfuhrwaren wurde kürzlich noch erweitert. Sie enthält auch Mehl und Zeitungspapier unter der Voraussetzung, daß im Inland genügend Vorräte an diesen Gütern vorhanden sind und die einheimische Produktion für die Deckung des inländischen Bedarfs ausreichend ist.

England — Italien

Die seit dem 12. Juli in London von einem britisch-italienischen Ausschuß geführten Handels- und Zahlungsbesprechungen galten der Prüfung über die Möglichkeit einer Erhöhung des gegenseitigen Warenaustausches auf Grund der intereuropäischen Liberalisierung, wurde am 24. Juli von offizieller britischer Seite mitgeteilt. Der Ausschuß einigte sich über eine Erweiterung des Importkontingents von Fertigwaren nach beiden Ländern. Da die Auswirkungen der europäischen Zahlungsunion auf den Zahlungsverkehr noch nicht voll abzusehen sind, wurde eine Verlängerung des britisch-italienischen Zahlungsabkommens bis zum 30. September 1950 vereinbart. Der Ausschuß gab sein Einverständnis zu den von einer gemischten italienisch-britischen Delegation mit der OEEC getroffenen Vereinbarungen über die Behandlung der italienischen Sterlingschulden bei Inkrafttreten der EPU.

Englands Industrieproduktion um 9 Prozent erhöht

Die britische Industrieproduktion habe sich im ersten Vierteljahr 1950 im Vergleich zum Vorjahr um rund 9 Prozent erhöht, erklärte der britische Wirtschaftsminister Hugh Gaitskell anläßlich einer Bekanntgabe des neuen britischen Investitions-Programmes für 1950. Der Minister sagte weiter, daß innerhalb dieses Investitionsprogrammes Mittel in Höhe von 2,2 Mrd. Pfund Sterling für Kapitalinvestitionen zur Verfügung gestellt werden. Die Gelder sollen hauptsächlich zum Ankauf neuer Maschinen für die Fertigwarenindustrie Verwendung finden.

Unruhe in Europas Devisennotizen

Abwertungsgerüchte um die Lira — Dollarkurs in Paris gestiegen

Aus New York verlautet gerüchtweise, daß eine Abwertung der italienischen Lira bevorstehe; am Pariser freien Devisenmarkt steigt der Dollar scharf an; in Zürich zeigen sich in den letzten Tagen stärkere Veränderungen in den Notierungen europäischer Devisen. Sind diese Ereignisse vorübergehende Erscheinungen, oder steht hinter ihnen der Anfang einer Entwicklung, deren Ende noch nicht abzusehen ist? Das ist die Frage, die zur Diskussion steht.

Zu den Gerüchten über eine bevorstehende Abwertung der italienischen Lira wird aus römischen Finanzkreisen berichtet, daß Mutmaßungen dieser Art „in das Reich der Fabel gehören", und es wird auf die nur 10 Tage zurückliegende Erklärung des italienischen Finanzministers verwiesen, nach der Italien seine „Rette-die-Lira-Politik" fortsetzen werde.

Am Pariser freien Devisenmarkt vom 25. Juli stieg die Notierung für den Dollar plötzlich um 16 ffrs von 372 auf 388 ffrs, gegenüber einem amtlichen Kurs von 148,90 ffrs für 1 Dollar. Man wird sich dabei daran erinnern müssen, daß sich der Pariser Freimarktkurs Mitte Juni dieses Jahres der amtlichen Notierung des Dollars angeglichen hatte. Am freien Markt wurde der Dollar am 13. Juni mit 350 ffrs gehandelt (amtlicher Kurs 349,90). Man erklärt das überraschende Hinaufschnellen des Dollarkurses in Paris mit einer „pessimistischen Beurteilung" der militärischen Lage in Korea.

Eine entsprechende Reaktion am Züricher Devisenmarkt ist eigenartigerweise nicht erfolgt. Hier notierten 100 ffrs am 25. Juli 1,13¾ bis 1,16½ Schweizer Franken, gegenüber 1,16¾ bis 1,17½ am Vortage. Der verhältnismäßig leichte Rückgang entspricht in keiner Weise der Veränderung des Dollarpreises in Paris.

Verhältnismäßig glimpflich ist bisher noch die DMark davongekommen. Sie notierte am 21. Juli in Zürich 79 bis 80 sfrs für 100 DMark und fiel stufenweise bis auf 78,50 bis 79,25 am 25. Juli. Auch hier fällt ähnlich wie bei der Notierung der französischen Devisen ein Kuriosum auf, nämlich daß der DMark-Kurs in New York seit dem 19. Juli unverändert bei 17¾ bis 17⅞ Dollarcents für 1 Mark steht.

Es ist in den letzten Wochen Mode geworden, für alles Geschehen an den internationalen Börsen und Märkten für Waren, Effekten und Devisen den Korea-Krieg verantwortlich zu machen. Ohne seinen Einfluß zu unterschätzen, erscheint im Falle der Entwicklung des französischen Franc in seinem Verhältnis zum Dollar und zum Schweizer Franken die aus Kreisen der Pariser Devisenhändler stammende Erklärung, daß das Steigen des Dollarkurses auf eine „pessimistische Beurteilung" der militärischen Lage im Fernen Osten zurückzuführen sei, als wenig stichhaltig, es sei denn, man befürchte im Falle eines amerikanischen Mißerfolges in Korea eher eine Ausweitung des Fernostkonfliktes als im Falle eines amerikanischen Erfolges. Wenn aber für eine analytische Betrachtung des Geschehens an den Devisenmärkten die Entwicklung der Zahlungsbilanz und damit im Zusammenhang stehende finanz- und handelspolitische Faktoren nicht mehr ausschlaggebend sind, dann entgleiten sie einer schlüssigen Untersuchung.

Bisher hatten die internationalen Devisenmärkte, wohlgemerkt die freien Märkte, im Gegensatz zu ihrer früheren Empfindlichkeit gegenüber internationalen Krisenerscheinungen eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit gezeigt. Es dürfte interessant sein, die weitere Entwicklung zu verfolgen.

Ungarns Industrie hat Rohstoffmangel

Jugoslawische Blätter berichten, daß zunehmender Rohstoffmangel die ungarische Industrie sehr hemme und daß dadurch viele Betriebe zur Kurzarbeit und zu Arbeiterentlassungen übergehen mußten. So habe eines der größten Schwerindustrieunternehmen Ungarns „MAVAG" wegen Mangel an Kupfer und anderen Rohstoffen die Arbeit auf 3—5 Tage in der Woche reduzieren müssen. Die Zahl der Arbeitslosen soll bereits 300 000 betragen.

Investitionen werden stark erhöht

Die ungarische Regierung hat beschlossen, die Investitionsausgaben im Jahre 1950 um weitere 895,5 Millionen Forint zu erhöhen, wovon 382,4 Mill. Ft. dem Eisenbahn- und Straßenbau, 235,4 Mill. Ft. dem Wohnungsbau, 171,2 Mill. Ft. der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie und 106,5 Mill. Ft. sozialen und kulturellen Zwecken zugeführt werden sollen. U. a. werden für die Staatsgüter und Kollektivgenossenschaften Silos, Ställe usw., Landmaschinen, Traktoren beschafft, große Aufforstungen durchgeführt und mehrere Milchpulverfabriken sowie 7 moderne Brotfabriken errichtet.

Handel „nach allen Seiten" gewünscht

Ungarn sei an einem Handel „nach allen Seiten" interessiert, erklärte der Abteilungsleiter des ungarischen Außenhandelsministeriums, Busas, auf einer Pressekonferenz in Budapest. Zur Durchführung seines Fünfjahresplanes brauche Ungarn ausländische Fertigwaren und Rohstoffe, die es sich sowohl im Osten als auch im Westen im Austausch gegen ungarische Waren beschaffen müsse. Der Handel mit den Volksdemokratien werde zwar stark gefördert, was jedoch den Handel mit den Ländern der westlichen Hemisphäre bei Wahrung der Souveränität eines jeden Partners nicht behindern würde. Neben dem Handel mit den Oststaaten, vor allem mit Polen, der Tschechoslowakei und der UdSSR, habe auch der Warenaustausch mit den Weststaaten stark zugenommen. So sei z. B. das Gesamtvolumen des Warenaustausches mit der Schweiz im Jahre 1949 auf 100 Mill. sfrs (1948: 61 Mill.), mit Belgien auf 175 Mill. Forint (77), mit Österreich auf 37 (18) Mill. Dollar, mit Schweden auf 40 (30) Mill. skr und mit Holland auf 220 (198) Mill. Forint gestiegen. Busas führte weiter aus, daß der ungarische Außenhandel mit den Weststaaten noch wesentlich größer sein könnte, wenn diese Länder die ungarischen Lieferwünsche voll erfüllen könnten.

Koreakrieg erhöht Frankreichs Stahlexport

Die französische Stahlindustrie stellt seit Monatsbeginn erhöhte Exportaufträge bei steigenden Exportpreisen, insbesondere in Stab- und Formeisen sowie in Rundstanzen und Drahtgewebe für Stahlbeton fest. Man hat in Paris den Eindruck, daß ausländische Verbraucher in Voraussicht amerikanischer Exportrestriktionen sich in steigendem Maße auf dem europäischen Markt einzudecken suchen. Die französische Stahlindustrie hat andererseits infolge der beengten inneren Marktverhältnisse erhöhte Exportbemühungen unternommen, um die Produktion auf einem gewissen, ihre Kapazität bei weitem nicht ausnützenden Niveau zu halten. So belief sich die Juniproduktion für Rohstahl auf 725 000 t gegen 724 000 t im Mai, 697 000 im April und einem Monatsdurchschnitt von 763 000 t im Jahr 1949. Die Roheisenproduktion betrug 650 000 t im Juni gegen 653 000 t im Mai, 621 000 t im April und einem Monatsdurchschnitt von 696 000 t im letzten Jahr. Infolge der sich bis Anfang September hinziehenden Ferienperiode war ursprünglich eine Erhöhung des gegenwärtigen Produktionsniveaus bis Anfang Oktober nicht ins Auge gefaßt. Auch die Ausführung der Exportaufträge sollte ursprünglich zu Lasten der Inlandskundschaft gehen, deren Lager jedoch infolge der allgemeinen Zurückhaltung auf etwa die Hälfte des Standes vor einem Jahr zurückgegangen sind. Falls das von den Amerikanern geforderte europäische Rüstungsprogramm schon in den nächsten Wochen anlaufen sollte, wird mit Verlängerung der Lieferungstermine für die inländischen Verbraucher gerechnet. Die Zahl der unter Feuer stehenden Hochöfen beträgt in Frankreich gegenwärtig 90 gegen 88 im Januar dieses Jahres, durchschnittlich 99 im Jahre 1949 und 134 im Jahre 1929, wo die französische Stahlproduktion mit rund 9,6 Mill. t den bisher höchsten Stand erreicht hatte.

Handelsverhandlungen Frankreich — Ceylon

Verhandlungen über eine Erweiterung des Warenaustausches zwischen Ceylon und Frankreich und den Abschluß eines Handelsvertrages sind kürzlich zwischen einer französischen Delegation und dem Handelsministerium von Ceylon aufgenommen worden, wie aus gut unterrichteten Kreisen in Colombo verlautet. Ceylonesische Handelskreise verfolgen diese Besprechungen mit großem Interesse im Hinblick auf den kürzlich mit französischen Firmen abgeschlossenen Kontrakt über den Ausbau des Hafens von Colombo. Eine Reihe britischer Firmen hatte eine Beteiligung an der Ausschreibung abgelehnt, da Auftragserteilung mit einer Doppelbesteuerung rechnen müßte.

Gab's einen Alleskleber - Fleck? - - - UHU-FLUX* bringt ihn weg!

Konservenfabrik
BADENIA
Wentzensen & Bassermann
BUHL (Baden)
Fernruf 521

Carl Friedr. Mürb Bühl (Baden)
Gegründet und handelsgerichtlich eingetragen 1922
Großversand von allen Sorten Obst für den Markt und die Industrie seit 1922
Export von lebenden Weinbergschnecken (Kriecher und gedeckelt) Escargots vivants et bouchés seit 1930
Großhandel von sonstigen Landesprodukten

Besuchen Sie
DIE KAUFSTÄTTE
BÜHL BADEN-BADEN GAGGENAU
Es lohnt sich!

C. SCHICK
Ski-Fabrik · Bühl in Baden
Höchste Auszeichnungen:
Internationale Austellung für Sport und Spiel Frankfurt am Main 1910
Großer Preis • Goldene Medaille
Internationale Wintersportausstellung Wien 1912
Goldene Medaille
Internationale Wintersportausstellung Friedrichsroda 1925
Großer Staatspreis

Otto Speierer K.G.
Gegründet 1884 BUHL (Baden) Gegründet 1884
Braut- und Kommunionkränzefabrik
Silber- und Goldkränze · Kerzenschmuck
Gestickte Brautschleier und Tülle

Schwarzwälder Granitwerke
Gegr. 1888 Karl Kiederle
INH. HANS HOFFMANN, BÜHL/BADEN
Grabdenkmale, Bauarbeiten für Hoch- und Tiefbauzwecke, Wegebaumaterial, Rohmaterial, Fassaden- und Bodenbelagplatten in jeder Bearbeitungsart, Gertelbach-Granit hellrötlich u. rosarötlich aus eig. Brüchen

SEB. ERHARD
Karosserie- und Wagenbau
BUHL (Baden)
Anfertigung und Montage von Führerhäusern für alle Fahrzeugtypen LKW-Pritschen und Spezialaufbauten, Isolierwagen, Reiseomnibusse, Möbel- und Wohnwagen, Spezialaufbauten für PKW, LKW und Anhänger, sowie alle anfallenden Reparaturen

Österreichs kleinstes Land

Vorarlberg ohne Arbeitslose — Textilindustrie an erster Stelle — Man wartet auf deutsche Touristen

Österreichs westliches Bundesland Vorarlberg ist nur etwas mehr als 2600 qkm groß und wird von 192 000 Menschen — seit 1937 sind 40 000 zugewandert — bewohnt. Aber es ist ein glückliches Land: ohne politische Spannungen, ohne verkrampfte soziale Gegensätze, mit einer florierenden Wirtschaft, deren Grundlagen die Industrie, die Energiewirtschaft, eine vorbildliche Landwirtschaft und der Fremdenverkehr sind.

Vorarlberg ist das am stärksten industrialisierte Land Österreichs: 40% aller Menschen leben von der Industrie. Auf die Landwirtschaft kommen nur etwa 25%, der Rest auf Gewerbe, Handel und Verkehr. Die Industrie Vorarlbergs ist charakterisiert durch große Familienunternehmen, die seit Generationen derselben Familie gehören, durch ein wohlaufgeschlossenes, sehr sozial denkendes, tatkräftiges Unternehmertum, durch eine allen Radikalismen abholde Arbeiterschaft — viele Arbeiter besitzen ein eigenes Häuschen, eine Landwirtschaft und sind gleichfalls seit Generationen immer in demselben Betrieb tätig — und günstige Exportmöglichkeiten für Textilien, Holzwaren, Strom.

Von den 350 Industriebetrieben des Landes sind 32 Baumwoll-, Zellwoll- und Seiden- oder Kunstseidenspinnereien und -webereien, 8 Wollspinnereien und -webereien, 32 Strick- und Wirkwarenbetriebe, 32 Klöppelspitzenbetriebe, 94 Stickereien, 26 Bekleidungsfabriken, je 13 chemische Fabriken und Betriebe der Industrie der Steine und Erden, 32 Holzverarbeitungsfabriken, und 38 Eisen- und Metallwarenfabriken. Von den Fabriken, die in letzter Zeit errichtet worden sind, fallen die meisten in die Gruppen der Eisen- und Metallwarenfabriken (Werkzeuge, Apparate, Präzisionsgerätebau, Reißverschlüsse, Meßinstrumente) und der chemischen Industrie.

Die Textilindustrie ist der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, rund ¾ aller in der Industrie Beschäftigten finden sich hier zusammen. Die Baumwolle-, Zellwolle-, Seiden- und Kunstfaserwerke besitzen 193 000 Spindeln, die Webereien 4039 Webstühle. Die Seidenwebereien haben 357 Webstühle, die 6 Wollspinnereien und -webereien 40 390 Spindeln und 100 Webstühle. In der Strickwarenindustrie arbeiten 1200 Strick- und Wirkmaschinen. Zu den drei bestehenden Strumpffabriken tritt Ende dieses Jahres noch die aus Warnsdorf (Sudetenland) stammende weltbekannte Firma K u n e r t, die vorerst monatlich 100 000 Paar Strümpfe erzeugen und auch Nylonstrümpfe produzieren wird. Die Stickereiindustrie Österreichs ist ganz in Vorarlberg zu Hause: 6 Pantograph- u. 188 Automatstickmaschinen arbeiten in den 16 Fabriken, weitere 94 Pantograph- und 336 Automatstickmaschinen in mittel- und kleingewerblichen Betrieben.

Der allergrößte Teil der Stickereien wird exportiert: Kanada, USA, Großbritannien, Indien, Marokko, Australien, Südamerika, jüngst auch Deutschland sind Hauptabnehmer dieser Industrie. Die Vorarlberger Stickerei hat sich viele Märkte in Deutschland und in der Welt erobern können, die vordem von der ostdeutschen Stickerei beherrscht worden waren.

Die Beteiligung an westdeutschen Messen war für Vorarlbergs Stickereiindustrie sehr vorteilhaft. Nun geht auch eine große Kollektion nach Chikago. Die Vorarlberger Stickereiindustrie ist so groß, wie die ganze schweizerische Stickerei-Industrie. Die Klöppelspitzenindustrie mit 1000 Maschinen und 56 000 Klöppeln in 31 Fabriken stellt 90 Prozent der gesamtösterreichischen Klöppelindustrie dar.

Die Vorarlberger Textilindustrie ist ständig darum bemüht, den Anschluß an die modernsten Methoden zu behalten. So wurde in Dornbirn bei F. M. Hämmerle im Februar d. J. die erste Sanforisiermaschine aufgestellt, die 70 000 Dollar kostete, sich aber glänzend bewährte und in nächster Zeit ein weiteres Gegenstück in Vorarlberg und eines in Niederösterreich erhalten wird. Sanforisierte Gewebe kommen nun auch aus Österreich auf den Weltmarkt. Da sich viele ostdeutsche Textilmaschinenfabriken nunmehr in Westdeutschland etabliert haben, erhofft man sich von dort auch wieder eine erhöhte Maschinen- und Ersatzteilzufuhr. Auch deutsche Textilfarben kommen nun wieder ins Land — sie sind, trotz der Fortschritte der Schweizer Textilfarbenerzeugung, immer noch die geschätztesten. Die Vorarlberger Textilindustrie produziert derzeit etwa 130% von dem, was 1937 erzeugt worden ist, und die Arbeitsproduktivität liegt mit ungefähr 130% von 1937 gleichfalls über dem österreichischen Durchschnitt.

Von den übrigen Industrien ist zu erwähnen, daß die große Bekleidungsindustrie Wäsche, Krawatten, Schuhe usw. exportiert, daß die Eisen- und Metallwarenindustrie Spezialerzeugnisse wie Taschenuhren, Reißverschlüsse, Zahnräder (Zahnradfabrik Friedrichshafen hat ein Werk in Lustenau), Seilbahnen und Aufzüge, Kolben, ärztliche Bestecke u. a. m. ausführt und die chemische Industrie vielfältige Erzeugnisse für die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Kosmetik herstellt. Die Holzindustrie ist wegen ihrer Exportholzhäuser bekannt und die Papierindustrie erzeugt als Spezialität Textilhülsen, auch für den Export.

Von sehr großer Bedeutung auch für Deutschland ist die Stromerzeugung Vorarlbergs. Die Illwerke erzeugen gegenwärtig bei einer Gesamtleistung von 285 000 kW jährlich fast 400 Mill. kWh Strom, von dem zwei Drittel ins Ruhrgebiet gehen. Ihr Ausbau für eine Jahresleistung von 1 Milliarde kWh ist geplant, zum Teil schon in Angriff genommen. Die Finanzierung der großen, europäisch-wichtigen Projekte stößt wegen der ungeklärten Eigentumsverhältnisse — 95% der Illwerke sind „deutsches Eigentum" — auf Schwierigkeiten.

Die Vorarlberger Landwirtschaft ist die fortschrittlichste Österreichs. Bekannt ist das Montafoner Rind, das nach Süddeutschland, Südosteuropa und jüngst sogar nach Israel exportiert wird. Auch die an Schweizer Erzeugnisse heranreichenden Käsesorten sind im Ausland sehr geschätzt.

Eine weitere wichtige Einnahmequelle Vorarlbergs ist der Fremdenverkehr. Lech und Zürs am Arlberg haben großes internationales Gepräge, die letzte Wintersaison brachte 95 000 Übernachtungen, wovon 95% auf Ausländer entfielen. Man wartet nun auf die deutschen Rucksacktouristen, die sowohl im Hochgebirge als auch im Bregenzer Wald sehr beliebte Gäste gewesen sind. Mit ihnen dürfte Vorarlberg zum ersten Fremdenverkehrsland in Österreich werden, in dem sich in diesem Winter schon 43 Nationen trafen. Ein glückliches Land, dieses Vorarlberg, auf halbem Wege zwischen Wien und Paris, ein „Musterländle" in jeder Hinsicht!

Verluste durch USIA-Schmuggel

Der österreichische Finanzminister hat bei der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage, betreffend die Geschäfte der russischen Konzerne (USIA), die das angeblich „deutsche Eigentum" verwalten und dabei auch zoll- und steuerfreie Einfuhren tätigen, die dann in Österreich z. T. an österreichische Abnehmer, z. T. aber auch — seit jüngster Zeit — in russischen „Magazinen" an die Bevölkerung frei verkauft werden, interessante Angaben über das Ausmaß der Österreich aus solchen Geschäften erwachsenden Schäden gemacht. Daraus geht hervor, daß die „USIA" Waren einfach auf Grund von Bescheinigungen des Leiters des Zentralbüros der „USIA" als „Sowjeteigentum" einführt, wofür keine Zollgebühren oder Steuern bezahlt werden. Soweit solche Waren von der Besatzungsmacht für ihr Zwecke verwendet werden, wäre dagegen nichts einzuwenden. Wenn aber diese Waren dann in Österreich an Österreicher verkauft werden, müßten diese Waren verzollt und versteuert werden. Da es den Österreichern unmöglich ist, gegen die exterritoriale „USIA" vorzugehen, bleibt nach der Auffassung des österreichischen Finanzministers die einzige Abwehrmöglichkeit das Vorgehen gegen jene österreichischen Abnehmer von USIA-Waren, denen die ausländische Herkunft der Waren und ihre zollfreie Einfuhr bekannt sein muß. Tatsächlich sind die österreichischen Behörden gegen Firmen, die jüngst Emailgeschirr (aus Ostdeutschland) und nahtlose Rohre, die über die „USIA" als „Sowjetgut" eingeführt und dann weiterverkauft worden sind, mit Beschlagnahme der Ware und Anzeige eingeschritten. Ferner teilte der Finanzminister mit, daß die USIA-Betriebe überdies keine Verbrauchssteuern und Monopolabgaben für Waren, die sie in Österreich absetzen, entrichten. So haben die USIA-Betriebe im Jahre 1949 allein das Branntweinmonopol durch den abgabefreien Verkauf selbsterzeugten Spiritus, Rum und Liköre um rund 30 Mill. S Monopolabgaben geschädigt. Im 1. Halbjahr 1950 haben die USIA-Betriebe 15 000 hl Feinsprit abgesetzt und den Staat Österreich um 35 Mill. S geprellt. Außerdem führen die USIA-Betriebe weder Körperschafts- noch Gewerbesteuern ab, sondern nur die Lohnsteuer (und zwar nach Gutdünken, da die österreichischen Behörden keine Möglichkeit der Nachprüfung haben). Direkte Steuern werden mit verschwindenden Ausnahmen überhaupt nicht entrichtet. Alle Vorstellungen bei der „USIA" und bei der Besatzungsbehörde waren bisher ergebnislos.

Abwicklung des Zahlungsverkehrs in D-Mark

Auf Grund des neuen Zahlungsabkommens zwischen Österreich und der Bundesrepublik wird der Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern nicht mehr in österreichischen Schillingen, sondern in D-Mark abgewickelt, worauf von seiten der Außenhandelsbanken besonders aufmerksam gemacht wird. Geschäfte können auf Grund dieses Abkommens außer in D-Mark auch noch in einer anderen Währung, ausgenommen in österreichischen Schillingen, abgeschlossen und entsprechend fakturiert werden. Die Umrechnung in D-Mark erfolgt zu dem in der vereinbarten Währung von der Notenbank des Schuldnerlandes festgesetzten Mittelkurs.

Glasexport weiter gestiegen

Der bereits seit einigen Monaten ständig steigende österreichische Glasexport hat auch in den letzten Wochen weiter zugenommen. Die Steigerung betrifft vor allem Glaskurzwaren und „Gablonzer" Waren. Die österreichische Industrie ist besonders befriedigt darüber, daß der Export hochwertiger Glassorten ständig im Ansteigen begriffen ist, und daß sich auch das nach dem Krieg zurückgegangene Geschäft mit den Südostmärkten wieder stärker belebt.

Vom 29. Juli bis 14. August 1950

Wohn-, Bau-Ausstellung

Das Haus von heute

mit Mustersiedlung

in Freiburg (Brsg.)

ASV-Jahnstadion, Schwarzwaldstraße

Auslandsbörsen

Die Dollarknappheit scheint endgültig vorüber zu sein und es dürfte eine Reihe von Jahren vergehen, ehe sie wiederkommt, wenn dieser Fall überhaupt eintreten sollte. Schon in den letzten Monaten vor Beginn des Korea-Krieges hatte diese Entwicklung zunehmend an Körper gewonnen. Seit Ausbruch der Feindseligkeiten im Fernen Osten zeichnet sie sich von Tag zu Tag in stärkeren Linien ab. Die nordamerikanischen Goldbestände gehen langsam zurück, die ausländischen Dollarguthaben in den USA nehmen auf der anderen Seite stetig zu. Dadurch dürfte der schlüssige Beweis dafür erbracht worden sein, daß die Vorkriegserscheinung, das Privatkapital schon bei den schwächsten Anzeichen irgendeiner Krise, gleich an welchem Punkt der Welt, sich in die nordamerikanische Sicherheitszone zu flüchten bestrebte, heute eine Wiederholung nicht gefunden hat. Man kann diesen Feststellungen, die aus der berufenen Feder eines britischen Wirtschaftsbeobachters stammen, nur beipflichten, und man kann, sie ergänzend, hinzufügen, daß die Erklärung für diese Tatsache darin liegt, daß die Vereinigten Staaten in diesem Falle die Hauptträger der sich aus dem Korea-Konflikt ergebenden Lasten sind, während es vor dem zweiten Weltkriege Europa war.

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung vertritt die erwähnte Untersuchung den Gedankengang, daß die Umstellung der nordamerikanischen Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Verteidigung die Ausfuhren der USA verknappen und verteuern wird, und daß infolgedessen die europäischen Ausfuhren und die Großbritanniens hieraus Nutzen ziehen werden. Die Beziehungen zwischen den europäischen Wirtschaften auf der einen Seite und dem nordamerikanischen Wirtschaftsblock auf der anderen Seite haben somit, wenigstens für den gegenwärtigen Zeitpunkt, eine völlige Umkehrung das für die Zeit von 1914 bis Pearl Harbour als normal geltenden Trends erfahren. Sollte sich diese Umkehrung, wie zu erwarten ist, noch mehr herausbilden, so können weitgehende Veränderungen erwartet werden, in deren Folge auch die Bewertung des Dollars als Standard-Währung und Wertmesser für die übrigen schwachen Devisen einer Revision unterzogen werden muß. Schon die Abwertungen der europäischen Devisen im September 1949 haben in ihren Folgeerscheinungen einen Vorgeschmack von den hier eingeschlossenen Möglichkeiten gegeben.

Das nordamerikanische Verteidigungsprogramm wird sich schon auf der Rohstoffseite allein nicht auf die Mobilisierung der Hilfsquellen im eigenen Lande beschränken können. Es wird auf die übrige Welt ausstrahlen, und es wird notwendigerweise zu einer Verstärkung der Ausfuhren der nichtamerikanische Rohstoffe produzierenden Länder führen. Das aber bedeutet eine Auffüllung der Dollar (sprich: Gold-)Reserven der Lieferländer. Hinzukommen dürfte die nordamerikanische Unterstützung an ihre atlantischen Vertragspartner für militärische Zwecke und zwar für den Teil, der in Geld zur Verfügung gestellt wird.

Vorausgesetzt, daß nicht unvorhergesehene Ereignisse diesen Überlegungen den Grund entziehen, scheint also der Zeitpunkt nicht mehr fern zu sein, daß die freie Konvertierbarkeit der europäischen Währungen auch ohne die europäische Zahlungs-Union (EPU) Wirklichkeit wird.

PARIS: fest

Die Pariser Effektenbörse zeigte gegen Wochenmitte eine kräftige Erholung von ihrer anfänglich schwachen und nachgebenden Haltung. Die ungünstigen Meldungen vom Kriegsschauplatz in Korea, der Rückgang der Notierungen des französischen Francs im Auslande, die starken Käufe von Gold am Pariser freien Goldmarkt und im Zusammenhang damit das Hinaufschnellen des Goldpreises, führten am Mittwoch fast zu einer Panik-Stimmung. Doch schon am nächsten Tage setzte sich infolge einer zuversichtlicheren Beurteilung der internationalen Lage, begünstigt durch Rückkäufe der am Vortag abgestoßenen Werte, eine freundlichere Haltung durch. Der letzte Wochentag brachte schon eine ausgesprochene Erholung. Man kann sagen, daß die Börse ihr Gleichgewicht wieder gefunden hatte. Die Erklärung des Sowjet-Delegierten über die Rückkehr der UdSSR zu den Sitzungen des Sicherheitsrates, die gute Haltung der New Yorker Wallstreet und nicht zuletzt eine erfreuliche Festigung der französischen Devise waren für diesen Umschwung ursächlich. Insbesondere waren es auch in Paris, ähnlich wie an den übrigen Effektenbörsen, die Papiere der Schwerindustrie, die die stärksten Kurssteigerungen verzeichneten. Es sei nur auf Schneider Creusot verwiesen, die einen Wochengewinn von fast 5% buchen konnten. Auch französische Renten beschlossen die Woche auf höherem Kursstand.

	26. 7. 50	21. 7. 50
3%ige ewige Rente	5 910	5 860
Credit Lyonnais	1 556	1 554
Caoutchouc Indochine	345	380
Kuhlmann	1 208	1 367
Schneider Creuzot	3 930	3 690
Canadian Pacific	3 950	3 700
Shell	3 390	3 180
De Beers	1 835	1 690
Rio Tinto	15 350	14 700
Suez Kanal	84 000	87 000

LONDON: lustlos und unsicher

Die Tendenz der L o n d o n e r Effektenbörse war bei zumeist trägem Geschäft wenig ausgeprägt und eher rückläufig. Die Woche begann, beeindruckt durch die Meldungen aus dem Fernen Osten und durch die Befürchtung, daß auch Großbritannien zur Durchführung seiner Verpflichtungen im Rahmen des Atlantikpaktes um eine Heraufsetzung der Steuern nicht herumkommen werde, in sehr gedrückter Stimmung. Die einzige Ausnahme waren Diamantwerte, da man sich für diesen Industriezweig bessere Absatzmöglichkeiten für Industriediamanten im Rahmen der nordamerikanischen Aufrüstung erhoffte. Die Londoner Börse fand sich fast während der ganzen Woche nicht aus ihrer Lethargie heraus. Die Börsengespräche bewegten sich um Korea und selbst die gegen Wochenende durch die Rückkehr der UdSSR in den Sicherheitsrat aufgetischte Sensation wurde hier sehr abwartend und kühl kommentiert. Deutsche Emissionen waren während der ganzen Woche ziemlich schwach und vernachlässigt. Gelegentliche Spekulationskäufe zum Wochenende vermochten den Kursstand nicht zu verbessern. Sie erstreckten sich auch nicht so sehr auf die Kalianleihen sowie die Dawes- und Young-Anleihe, sondern vor allen Dingen auf deutsche Kommunal-Obligationen.

	26. 7. 50	21. 7. 50
2½%ige Consols	69⅝	69⅝
7%ige Dawes-Anleihe	16½	18
5½%ige Young-Anleihe	12¾	13¾
7%ige Deutsche Kalianleihe	59	61
6½%ige Deutsche Kalianl.	57	59
Rio Tinto	19½	19½
Royal Dutch	22¾	22½
Anglo Iranian	112,6	119-4½
Courtaulds	36/7½	38/—
Imperial Chemical	40/7½	40/6
Reuters Index für		
Goldgerätwerte	91,7	93,9
Industriewerte	135,7	136,7
Kaffirwerte	87,9	88,7

NEW YORK: gegen Wochenende freundlich

Die N e w Y o r k e r Effektenbörse mußte sich am Dienstag dieser Woche eine erneute Verkaufswelle größeren Umfangs gefallen lassen, ehe sie zu einer ruhigeren Beurteilung der allgemeinen Lage zurückfand. Es waren in der Hauptsache später unbestätigte Gerüchte über Steuererhöhungen, außer den von Präsident Truman geforderten, sowie über Kontroll- und Bewirtschaftungsmaßnahmen, die das Börsengeschehen in den ersten beiden Tagen prägten. Selbst zahlreiche aus der Wirtschaft vorliegende Geschäftsberichte für das erste Halbjahr 1950 konnten keinen Umschwung bewirken. Gegen Wochenschluß wurde man zuversichtlicher. In bezug auf die Umstellung der nordamerikanischen Industrie auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft begann man klarer zu sehen. Außerdem überlegte man sich, daß bei den ohne Zweifel bestehenden guten geschäftlichen Aussichten auch die von der Regierung geforderte höhere Versteuerung der Gesellschaftsgewinne noch den Aktionären genügend gute Gewinnmöglichkeiten übrig läßt. Die Wallstreet zeigte daher zum Wochenende ein freundlicheres Bild und eine allgemeine Erholung des Kursstandes kennzeichnete den Börsenverlauf des letzten Tages.

	26. 7. 50	21. 7. 50
Durchschnittskurse für:		
30 Industriewerte	200,21	207,65
20 Eisenbahnwerte	60,71	59,45
40 Inlandsanleihen	101,25	100,65
15 Versorgungsbetriebe	37,85	38,48
Moodys Index	455,4	441,8

Notenkurse in Zürich am 29. 7. 50

1 $ USA	4.33½ / 4.35½
1 £ England	10.60 / 10.75
100 ffr Frankreich	1.14 / 1.17
100 bfrs Belgien	8.30½ / 8.60½
100 hfl Holland	106.— / 107.50
100 skr Schweden	72.— / 72.—
100 nkr Norwegen	48.— / 48.—
100 dkr Dänemark	50.— / 52.—
100 Lire Italien	—.66 / —.69
100 Escudos Portugal	14.60 / 14.80
100 czr Tschechoslowakei	1.— / 1.30
100 rg. Pesos Argentinien	26.— / 29.—
100 türk. £ Türkei	1.— / 1.50
100 österr. Schill. Österreich	15.40 / 15.70
1 Israel. £ Israel	8.— / 8.50
100 DM Deutschland	**78.— / 79.50**

Schwedens Papierverbrauch um 20% gesunken

Schwedens Verbrauch an Papier hat sich in den letzten vier Jahren von 530 000 t auf 435 000 t oder um ca. 20% verringert, erfährt VWD von unterrichteter Seite. Der Export ist gleichzeitig zwar gestiegen, aber nicht im Ausmaße des Rückganges im Verbrauch. Infolge der unterschiedlichen Preise für Papier im Export und am inländischen Markt hat die Industrie sich immer stärker auf die Ausfuhr eingestellt, so daß gegenwärtig die Belieferung des Inlandsmarktes außerordentlich angespannt ist. Neue Verhandlungen über eine Erhöhung der Inlandspreise für Papier haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Für großen Teil des Exports bestehen bedeutende Schwierigkeiten in der Beschaffung des notwendigen Verpackungsmaterials.

Kraftwerkbau

Das neue Höllsforsens Kraftwerk hat das zweite Aggregat in Betrieb genommen; damit erhöht sich die Energieproduktion um 45 000 kW. Der Gesamteffekt dieses Werkes, dessen Kosten etwa 46 Mill. sKr. betragen und das in einigen Monaten fertig sein wird, stellt sich auf 90 000 kW.

Gratisemissionen schwedischer Unternehmen

Seit 1940 sind von schwedischen Aktiengesellschaften durch 3024 Emissionen 1193 Mill. sKr. gratis herausgebracht worden. In diesem Jahre sind die Gratisemissionen von besonders großem Umfang gewesen. In der ersten Jahreshälfte betrugen sie nicht weniger als 243 Mill. sKr. gegenüber nur 23 Mill. sKr. im gleichen Zeitraum 1949.

Die Zahl neu gegründeter Aktiengesellschaften belief sich auf 582 gegen 585 im ersten Halbjahr 1949, das eingezahlte Aktienkapital auf 38 Mill. sKr. gegen 19 Mill. sKr. Neuemissionen wurden im Betrage von 64 Mill. sKr. gegen 118 Mill. sKr. herausgebracht.

Steigende Zahl der Konkurse

In der ersten Hälfte des Jahres 1950 sind in Schweden 529 Konkurse verhängt worden, gegenüber nur 450 bzw. 445 Konkursen im gleichen Zeitraum 1949 und 1948. Dagegen haben sich die Wechselproteste in diesem Jahre der Zahl nach auf 2607 gegen 2771 im vorigen Jahre verringert, wertmäßig sind sie auf 3,1 Mill. sKr. gegen 2,8 Mill. sKr. gestiegen.

Verschärfung der Kassenreserven-Bestimmungen

Die Reichsbankbevollmächtigten haben beschlossen, bei der schwedischen Regierung auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni 1949 eine Verschärfung der Bestimmungen über die Kassenreserven der Privatbanken zu beantragen. Dieser Beschluß ist auf Grund der seit Herbst 1949 eingetretenen bedeutenden Zunahmen der Bankkredite an die Wirtschaft erfolgt. Während sich diese in den ersten Monaten 1949 im Durchschnitt um 7,8 Mrd. sKr. bewegten, sind sie inzwischen auf ca. 8,5 Mrd. sKr. angestiegen. Im vorigen Jahre war auf freiwilliger Grundlage zwischen Reichsbank und Kreditinstituten eine Begrenzung der Kredite beschlossen worden, welche indessen nicht ausreichend bzw. wirkungsvoll gewesen ist. Durch die jetzt beabsichtigte Verschärfung der Bestimmungen über die Kassenreserven soll den inflationistischen Tendenzen begegnet werden, welche seit einigen Monaten zu beobachten sind.

Starke Erhöhung der Devisenbestände

Die Devisenbestände der Sveriges Riksbank haben sich in der zweiten Juliwoche um 32,1 Mill. sKr. weiter erhöht, so daß sich der Devisenzuwachs in den letzten 3 Wochen auf rund 150 Mill. sKr. beläuft. Auch die schwedischen Privatbanken melden eine wesentliche Verbesserung ihrer Devisenbestände um rund 65 Mill. sKr. Die schwedischen Devisen- und Goldbestände liegen mit 1,35 Milliarden sKr. um rund 60 Mill. sKr. höher als zu Beginn dieses Jahres.

Schweden wünscht deutsche Arbeitskräfte

Von führenden schwedischen Unternehmen sind in den letzten Monaten etwa 2000 Anträge auf Anwerbung ausländischer Arbeiter bei der schwedischen Arbeitsverwaltung eingegangen. Die Anträge beziehen sich hauptsächlich auf Arbeiter aus Deutschland, Dänemark, Finnland, Italien sowie aus der Schweiz. Der schwedische Metallindustrie-Arbeiterverband wird in Kürze einen Vertreter nach Deutschland schicken, um mit den entsprechenden deutschen Stellen Verhandlungen zwecks Entsendung der gewünschten Arbeitskräfte nach Schweden zu führen.

Außenhandel erweitert

Im Juni erreichte die schwedische Ausfuhr mit 482 Mill. sKr. (Mai: 458 Mill.) einen Rekordwert. Auch die Einfuhr verzeichnete eine Zunahme auf 504 Mill. sKr gegenüber 481 Mill. sKr im Vormonat. Im ersten Halbjahr 1950 war die schwedische Ausfuhr mit rund 2,5 Milliarden sKr um rund 30% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres (1,9 Milliarden). Auch die schwedische Einfuhr stieg von 3,1 Milliarden sKr in den ersten 6 Monaten 1949 auf 2,7 Milliarden sKr im 1. Halbjahr 1950.

Holzhausexport nach Griechenland

Ein Vertreter schwedischer Holzhausfabriken wird sich in Kürze nach Griechenland begeben, um dort die Aufstellung einiger Modell-Häuser zu überwachen. Es wird erwartet, daß von der griechischen Regierung etwa 2000 montagefertige Holzhäuser bei schwedischen Fabriken bestellt werden. Die Bezahlung soll gegebenenfalls aus Marshallplanmitteln erfolgen.

Schwedisch-russischer Warenaustausch 1950

Waren im Werte von 35 Mill. sKr hat die Sowjetunion bis jetzt im laufenden Jahr von Schweden gekauft, während sich die schwedischen Käufe in der UdSSR auf 28 Mill. sKr beliefen, teilt das schwedische Auswärtige Amt mit. Dieser Warenaustausch wurde ohne ein formelles Handelsabkommen abgewickelt, da die Moskauer Verhandlungen über die Erneuerung des schwedisch-russischen Handelsabkommens vom November vorigen Jahres zu keinem Ergebnis geführt haben. Das Auswärtige Amt hält eine Wiederaufnahme direkter Verhandlungen mit der UdSSR für unwahrscheinlich.

Handelsabkommen mit Griechenland verlängert

Schweden und Griechenland sind übereingekommen, das am 30. Juni ablaufende Handels- und Zahlungsabkommen bis zum 1. September 1950 zu verlängern, macht das schwedische Auswärtige Amt bekannt. Bis zum Abschluß der Europäischen Zahlungsunion hat Schweden Griechenland ermächtigt, sein Verrechnungskonto um 6 Mill. sKr. überziehen.

17,6 Mill. sKr schwedische Kapitaleinfuhr

Im 2. Quartal beliefen die schwedischen Wertpapierverkäufe im Ausland sich auf 9,2 Mill. sKr, die Verkäufe auf 26,8 Mill. sKr, so daß sich ein Kapitalimport von 17,6 Mill. sKr ergibt. Von den Verkäufen ging der weitaus größte Teil mit 19,1 Mill. sKr nach Großbritannien, das mit 3,5 Mill. sKr auch unter den Käufen an erster Stelle stand.

Indische Ausstellung in Stockholm

Im Zuge der Bemühungen einer Intensivierung der schwedisch-indischen Handelsverbindungen soll voraussichtlich im September in Stockholm eine Ausstellung von indischen Handwerks- und Textilarbeiten stattfinden.

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die

WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH

KARLSRUHE IN BADEN

Veilchenstraße 30

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres ____ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma ____

Beruf/Branche ____

Ort und Straße ____

____

Datum ____ (Unterschrift/Stempel)

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Fortsetzung der Hausse

Kautschuk (kurze Sicht) erneut um 25 % in einer Woche gestiegen

Die an Ereignissen überreiche Woche, die heute zu Ende geht, hat uns in den späten Abendstunden des Donnerstag noch eine Nachricht gebracht, die wohl am wenigsten erwartet worden war. Der sowjetische Delegierte beim Sicherheitsrat der UN rief am 27. Juli den Generalsekretär Trygve Lie telefonisch an und teilte ihm um 4.00 Uhr nachmittags mit, daß er am 1. August den ihm turnusmäßig zufallenden Vorsitz im Sicherheitsrat übernehmen werde, und daß der Rat selbst für den gleichen Tag einzuberufen sei. Das bedeutet, daß die UdSSR nach einer Unterbrechung von 7 Monaten — sie war damals, als ihre Forderung auf den Ausschluß des Vertreters von National-China nicht bewilligt wurde, den Sitzungen ferngeblieben — wieder im Sicherheitsrat erscheinen wird. Auf dem Hintergrunde der Ereignisse in Korea kommt diesem Entschluß der UdSSR eine besondere Bedeutung zu, obwohl man sich darüber klar sein muß, daß, außer dem Kreml selbst, kein Mensch in der Welt eine schlüssige Aussage zu den Gründen, die die UdSSR zu diesem Schritt veranlaßt haben mögen, machen kann.

Es war anzunehmen, daß die Erklärung des Sowjet-Delegierten einen starken Eindruck auf die Preisgestaltung an den Warenmärkten gemacht hat. Vor allen Dingen waren es die in den letzten Tagen sehr stark gestiegenen Preise für Kautschuk und Zinn, die durch einen starken Rückgang reagierten. Ob diese Wirkung nachhaltig sein wird, kann heute noch kaum gesagt werden. Es dürfte füglich auch bezweifelt werden, ob diese Unterbrechung des bisher steigenden Trends von langer Dauer sein wird. Nach den Erfahrungen der Westmächte im Fernen Osten, und nachdem sich die Fronten seit dem 26. Juni noch klarer herauskristallisiert haben, vor allen Dingen aber, nachdem auf der westlichen Seite offensichtlich die Regierungen und die öffentliche Meinung zu der Ansicht gelangt sind, daß nur ein festes Auftreten dem kommunistischen Expansionswillen ein Halt zu bieten vermag, ist kaum zu erwarten, daß die bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen zu einer Verstärkung der Rüstungsproduktion plötzlich abgeblasen werden, zumal da in jeder Einsichtige zugeben muß, daß es mit den bisherigen Verteidigungsmaßnahmen der westlichen Welt dürftig genug bestellt ist.

Das Tempo mag vielleicht verlangsamt werden, vorausgesetzt natürlich, daß sich die Intentionen der UdSSR im Sicherheitsrat am 1. August als friedlich erweisen, was durchaus noch nicht sicher ist, man wird vielleicht zu allzu scharfen Maßnahmen in den USA nicht mehr greifen, man wird eine Lenkung der leichten Hand vorziehen, anstatt straffe Bewirtschaftungsmaßnahmen und Kontrollen zu verfügen, aber man wird unter keinen Umständen das bisher Getane von Heute auf Morgen aufheben. Der Trend ist für die nächsten Wochen, Monate und wahrscheinlich Jahre vorgezeichnet. Das heißt, die Anforderungen an die Rohstoffbeschaffung werden, um den Verteidigungsbedarf verstärkt, wachsen und die Industrien der westlichen Welt werden jede auf ihre Weise zu den gemeinsamen Bedürfnissen beitragen müssen.

Die an dieser Stelle bereits vor Wochen vertretene These, daß unter diesen Umständen eine friedliche Entwicklung der Welt vorausgesetzt, im Jahre 1952 kein Mensch mehr nach einer Fortführung des Marshallplanes rufen wird, mag auf den ersten Blick überspitzt erscheinen, doch muß sie die logische Folge der sich bereits jetzt abzeichnenden Entwicklung werden. Für ein rohstoffarmes Land wie Westdeutschland bleibt im Gegensatz zu den rohstoffreichen europäischen Mutterländern bedeutender Kolonialgebiete, kaum etwas anderes als seine Produktionskapazität voll in die Waage zu werfen, und aus einer verstärkten Ausfuhr den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Doch sollte man sich durch derartige Betrachtungen nicht dazu verleiten lassen, nun alles in rosigem Lichte zu sehen. Man darf nicht vergessen, daß auch Westdeutschland seine Einfuhren von Roh- und Grundstoffen teurer bezahlen muß. Ganz abgesehen von den Auswirkungen auf den Inlandsmarkt, die hier nur gestreift werden können, ergibt sich hieraus die zwingende Notwendigkeit, auch in Zukunft scharf zu kalkulieren und die Ausfuhr dorthin zu lenken, wo sie der deutschen Volkswirtschaft als Ganzes die beste Rechnung läßt. Vor allen Dingen ist zu erwarten, daß sich der deutschen Ausfuhr in den Rohstoffländern Südamerikas, Afrikas und Asiens bessere Absatzmöglichkeiten bieten, und daß auch diese Länder infolge einer größeren Einnahme für ihre Rohstoffe in eine bessere Devisenposition hineinkommen, die ihnen Erleichterungen auf dem Gebiet der Einfuhr gestattet. Ausgezeichnete Kenner der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erklärten in diesen Tagen, daß diese Rohstoffländer vielleicht eine Wiederkehr des Zustandes erleben werden, der sie während des vergangenen Krieges zu einer Anhäufung von Guthaben in Dollar und Pfund Sterling zwang, einfach, weil sie diese Guthaben nicht ausgeben konnten. Warum sollte sich die westdeutsche Wirtschaft nicht einen bescheidenen Teil hiervon sichern?

*

Die italienischen Rohstoffmärkte waren in der Woche zum 27. Juli wiederum überwiegend fest; die Preise für Kautschuk und Zinn erreichten neue Höchststände, bröckelten allerdings am letzten Tage stark ab.

Getreide

An der Chicagoer Getreidebörse stieg die Notierung für Weizen, September-Kontrakt, von 226⅛ cts je Bushel am 20. Juli auf 229⅞ am 27. Juli. Mais war mit 150⅞ gegenüber 152¼ nur wenig verändert. Hafer ging von 81⅝ auf 77⅞ zurück. Die Entwicklung war uneinheitlich. Gerüchte und Meldungen der verschiedensten Art ließen die Börse keine klare und einheitliche Linie finden. Während auf der einen Seite die Überlegung, daß die Durchführung des nordamerikanischen Rüstungsprogrammes die inflatorischen Aspekte der Wirtschaft in den USA notwendigerweise verstärken muß, wohl einer der wichtigsten stimulierenden Faktoren war, blieb auf der anderen Seite der Auslandsabsatz und die inländische Nachfrage unbefriedigend. Der erste Schock, der durch den Ausbruch des Korea-Konfliktes ausgelöst wurde, ist inzwischen überwunden, und die Erklärungen der Regierung sowie die eigene Einsicht der Händler haben die Erkenntnis verstärkt, daß die Befürchtungen einer Verknappung von Getreide völlig aus der Luft gegriffen waren. Außerdem sind die Warenbörsen in den USA vorsichtig geworden. Sie besitzen genügend Fingerspitzengefühl, um sich darüber klar zu sein, daß Preissteigerungen in der heutigen Zeit, zumal bei Lebensmitteln, die Regierung zu voreiligen und nicht gerade herbeigesehnten Kontrollmaßnahmen über die Preise zwingen würden. — Zu der Getreideversorgung der Vereinigten Staaten liegen einige konkrete Angaben vor. Danach waren die Bestände bei Weizen am 1. Juli dieses Jahres um über 100 Mill. Bushel größer als am gleichen Stichtage des Vorjahres, bei Mais sogar um rund 170 Mill. Bushel.

Zur Getreideversorgung der Welt im allgemeinen und Europas im besonderen ist allerdings festzustellen, daß sich die Ernteaussichten durch ungewöhnlich schwere Niederschläge, in einigen Gebieten nahmen sie die Form von Hagel an, etwas beeinträchtigt worden sind. Doch dürfte dies an dem allgemein befriedigenden Bild nicht allzuviel ändern.

Die letzten Regenfälle in Argentinien über weite Gebiete des Getreidegürtels haben die Aussaat und das Wachstum begünstigt. Lediglich in den mittleren und westlichen Teilen der Provinz Buenos Aires, in einigen Distrikten der Pampas, des südlichen Cordobas und von Santa Fé müßte noch mehr Regen fallen. Die Weizenaussaat ist fast überall beendet, nur in den Trockengebieten stehen noch größere Flächen zur Verfügung, wenn nur Regen fiele. Die Felder machen im allgemeinen einen gesunden Eindruck und die Saat läuft gut auf. — In der Woche zum 26. Juli wurden in argentinischen und uruguayischen Häfen mit Bestimmung nach Europa 12 346 t Mais, 3 960 t Gerste und 170 t Leinsaat verladen. In Weizen, Hafer, Roggen und Weizenmehl fanden keine Verschiffungen statt. Die Maisverladungen gingen nach Großbritannien.

Getreidenotierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg

	22. 7. 50	28. 7. 50
Juli	222⅞	—
Sept.	223⅛	225⅞
Dez.	226⅞	229⅞
März	—	230⅞

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg

	22. 7. 50	28. 7. 50
Juli	155	—
Sept.	152¼	151⅞
Dez.	144	142⅞
März	—	145⅞

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	22. 7. 50	28. 7. 50
Juli	78⅛	—
Sept.	78⅝	77⅞
Dez.	78	78⅞
März	—	78⅞

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	22. 7. 50	28. 7. 50
Juli	156⅞	160⅞
Okt.	152⅞	152⅞
Dez.	148⅞	152⅞

Gerstenpreise in Winipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	22. 7. 50	28. 7. 50
Juli	158⅞	154⅞
Okt.	133⅞	136⅞
Dez.	129⅞	131⅞

Öle und Fette

Die ungünstigen Meldungen vom Kriegsschauplatz in Korea trieben die Notierungen für pflanzliche Öle und Fette in den USA zwischen 1 und 2½ cts je lb hinauf. Man rechnet auch hier mit der Einführung von Kontroll- und Bewirtschaftungsmaßnahmen durch die Regierung, und die Erörterungen über diesen Punkt nahmen einen weiten Raum in den Gesprächen der Händler ein. Eine anomale Situation hat sich bei Talg insofern entwickelt, als von Außenseitern bereits Preise bis zu 13 cts je lb bezahlt worden sein sollen, während sich der amtliche Preis noch immer auf 7½ cts hält. Nur Leinsaatöl gab leicht nach.

Die Aussaat von Lein in Argentinien wird durch gutes Wetter begünstigt. Leichte Fröste verhindern das „Ins-Kraut-Schießen" der Pflanzen. Das Instituto Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI) hat seine Offerten von Leinsaat, von Ölsaaten-Expellers und -Mehl eingestellt, weil seine Bestände zur Zeit erschöpft sein sollen. Die argentinischen Ölschlägereien bemühen sich nach Kräften, Ölsaaten anzukaufen, um den Betrieb ihrer Anlagen aufrechterhalten zu können. 2000 t Leinsaat sind in der Berichtswoche nach Frankreich verschifft worden.

Kaffee

An der New Yorker Kaffee-Börse stieg die Notierung für Santos „D"-Kontrakt, September-Termin, von 51,30 cts je lb am 20. Juli auf 55, am 27. Juli Santos „S"-Kontrakt von 54,80 auf 53,75. Am 26. Juli begann die Börse in schwächerer Haltung, wobei sich allerdings die Rückgänge durchaus in mäßigen Grenzen hielten. Die Kaffeebörse schloß sich damit der Entwicklung an den übrigen Rohstoffmärkten an, die allgemein auf die Erklärung des Sowjet-Delegierten Malik, daß er den ihm im August turnusmäßig zufallenden Vorsitz im Sicherheitsrat der UN ausüben werde, durch nachgebende Notierungen reagierten. Sonst war die Haltung der Börse allgemein fest. Allerdings ist die Hortungswelle in den Vereinigten Staaten im Abflauen; außerdem hat der Verbrauch von Kaffee in den Betrieben des Gaststättengewerbes, jahreszeitlich bedingt, stark abgenommen. Man erinnert sich mit einiger Besorgnis der Tätigkeit des anläßlich der Kaffeehausse im Herbst vorigen Jahres eingesetzten Untersuchungsausschusses unter Leitung von Senator Gillette, durch die monatelang die Börse unter einen starken Druck gesetzt worden war. Der Kaffeehandel zeigte wenig Neigung, die damals gemachten Erfahrungen zu wiederholen. Deshalb tut man alles, um die Aufwärtsbewegung der Preise in einigermaßen vernünftigen Grenzen zu halten. Man hat dabei allerdings die Rechnung insofern ohne den Wirt gemacht, als die Produktionsländer, an ihrer Spitze Brasilien und Kolumbien, aus der derzeitigen Situation den größtmöglichen Nutzen ziehen wollen. Zudem ist die Frage, ob die Versorgung der Welt mit Kaffee in jeder Hinsicht gesichert ist, mangels zu dieser Zeit sowieso schwer greifbarer statistischer Unterlagen, keineswegs geklärt.

Kakao

Bahia, loko, zog von 35,00 cts je lb am 20. Juli auf 36,87 cts am 27. Juli, und Accra, loko, von 36,75 auf 38,50 cts je lb an. Die Preise für Kakao beendeten die Berichtszeit wiederum auf höherem Stande. Es bleibt abzuwarten, ob der leichte Rückgang am 26. Juli eine Folge der überraschenden Erklärung des Sowjetdelegierten Malik über seine Teilnahme an den Sitzungen des Sicherheitsrates der UN eine Fortsetzung finden wird, was angesichts der Versorgungslage kaum zu erwarten ist. Obwohl verlautete, daß sich die Schokoladenindustrie inzwischen für geraume Zeit eingedeckt hat, unterbrach sie ihre Käufe knapp für einen Tag. Die starken Anforderungen der Schokoladenindustrie an den Markt für verfügbare Ware waren ausschlaggebend für die Preisgestaltung. Sie führten zu Deckungskäufen und ließen die Notierungen langsam aber stetig ansteigen. Außerdem macht sich seitens der Produktionsländer eine starke Zurückhaltung bemerkbar. Offerten aus Britisch-Westafrika liegen schon seit Wochen nur dann und wann in New York vor, so daß der Markt völlig den Preisforderungen der brasilianischen Ablader ausgeliefert ist. Bei alledem war eine Nervosität angesichts der fernöstlichen Spannungen unverkennbar.

Tee

Die fernöstlichen Teeversteigerungen brachten flotten Absatz des Angebotes bei steigenden Preisen. Tee unterliegt zur Zeit eindeutig den Bedingungen eines Verkäufermarktes.

Zucker

Weltkontrakt Nr. 4 zog in New York scharf an. Die Notierung stellte sich für September-Lieferung am 27. Juli auf 5,66 cts je lb gegenüber 4,90 am 20. Juli. Der außerordentlich starke Deckungsbedarf fast aller Zucker-Verbrauchsländer ist für die Preisgestaltung in der vergangenen Woche maßgeblich gewesen. Jeder bemüht sich, die Vorräte in Zucker zu erhöhen, wozu noch hinzukommt, daß der Zuckerverbrauch in dieser Jahreszeit allgemein hoch zu sein pflegt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Erklärung der UdSSR in der Angelegenheit des Sicherheitsrates auf die künftige Preisgestaltung auswirken wird.

Wolle

An den internationalen Wollmärkten herrschte Ruhe. Erwähnt zu werden verdient lediglich die erste aber nicht sehr bedeutende Wollversteigerung der neuen Saison in Auckland (Neuseeland). Sie zeigte bei lebhaftem Wettbewerb feste Haltung.

In Buenos Aires zogen die Notierungen infolge guter Nachfrage der lokalen Wollindustrie und auf einige Ausfuhrabschlüsse, wie verlautet, für niederländische Rechnung weiter an. Die wenigen noch verfügbaren Partien von Landwollen waren lebhaft gefragt, und die Preise zogen gegenüber dem Stande von vor etwa 14 Tagen zwischen 10 und 15% an. Auch der Wollmarkt in Montevideo war sehr fest. Es wird über gutes Geschäft in Wolle neuer Schur berichtet.

Baumwolle

An der New Yorker Baumwollbörse setzten die Notierungen ihre Aufwärtsbewegung, die nun schon einige Wochen andauert, weiter fort. Der Oktober-Termin stieg von 37,68 am 20. Juli auf 38,77 am 27. Juli, der Dezember von 37,38 auf 38,60 und der Dezember 1951 von 33,65 auf 35,27 cts je lb. Das Geschäft erhielt bei anhaltender Festigkeit seine Prägung durch sehr umfangreiche Käufe für Rechnung der Spinnereien und durch die von dem lebhaften Absatz am Markte für Baumwollstückgüter ausgehenden Anregungen, der lediglich dadurch eine Einschränkung erfuhr, daß eine Reihe von Spinnereien ihre Offerten einstellte. Von weiteren, die Haltung der Börse beeinflussenden Faktoren sind die Käufe der Kommissionshäuser zu erwähnen, die sich auf ungünstige Wettermeldungen und auf die bekannte Erwartung einer kleinen Ernte stützen. Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß man sich über die zukünftige Versorgung der Vereinigten Staaten im Hinblick zumal auch auf die Ausfuhrverpflichtungen, einige Sorgen macht. Gelegentliche Gewinnmitnahmen und Sicherungsabgaben in Verbindung mit Käufen aus den Beständen der Commodity-Credit Corporation von Baumwolle der 48er und 49er Ernten vermochten den Kursstand nur vorübergehend herunterzudrücken.

Im übrigen waren diese Sicherungsabgaben nahezu die einzigen Kontrakte, die auf der Angebotsseite zur Verfügung standen, die ohne sie sehr knapp ausgestattet gewesen wäre. Im Vordergrund der Börsengespräche stand weiterhin die Überlegung, daß sich die inflatorischen Aspekte der nordamerikanischen Wirtschaft durch die Durchführung des 10-Mrd.-Dollar-Rüstungs-Programmes erheblich verstärken werden. Am Ausfuhrmarkt verlautete, daß Japan über einen Kredit in Höhe von 160 Mill. Dollar zur Finanzierung seiner Baumwollkäufe in den USA verhandelt. Die Wetterbedingungen in den USA waren nicht sehr günstig. Infolge des feuchten Wetters droht die Gefahr einer Ausweitung der Rüsselkäferplage.

Die Entwicklung an der Alexandriner Baumwollbörse unterlag deutlich zwei Entwicklungslinien: erstens der ungefähren Anpassung der Notierungen für Ashmouni an die New Yorker Parität, und zweitens dem Eindruck, den die bedeutenden Verkäufe der ägyptischen Regierung von Karnak aus ihren Beständen hinterließen. Eine Zeitlang hatte man den Eindruck, daß die Regierung diese Käufe einzustellen beabsichtigt, weil, wie erklärt wurde, eine Überprüfung der Verkaufspreise vorgenommen werden sollte. Sie wurden jedoch dann fortgesetzt. Die Höhe dieser Bestände wird auf etwa 11 000 Ballen geschätzt. Einen erheblichen Einfluß auf die künftige Preisgestaltung in Alexandrien dürfte übrigens der vom Finanzausschuß des ägyptischen Senates der Regierung unterbreitete Vorschlag ausüben, vorausgesetzt, daß er durchkommt, die Anbaufläche im kommenden Jahre zugunsten des Anbaues von Wein zu kürzen.

Am Lokalmarkt in Bombay herrschte recht gute Nachfrage, es wurden 7700 Ballen umgesetzt. Das Geschäft in ägyptischen Baumwollen war noch immer gleich Null, weil die Spinnereien die Notierungen für diese Provenienzen als zu hoch ansehen. Es wurden dagegen wiederum 2000 Ballen Sudan-Baumwolle gekauft. In amerikanischen und peruanischen Provenienzen fanden keine Abschlüsse statt.

In der Woche zum 22. Juli wurden in Großbritannien 73 784 Ballen Rohbaumwolle gelöscht, gegenüber 33 930 Ballen in der Vorwoche. 37 321 Ballen kamen aus Brasilien, 13 910 aus dem Sudan, 10 499 aus Westafrika, 5555 aus Pakistan und 1606 aus Indien. Schwimmend und auf dem Wege nach Großbritannien befanden sich an dem genannten Stichtage 111 500 Ballen, vornehmlich aus Brasilien, dem Sudan und Afrika. Die Nachfrage nach Rohbaumwolle seitens der Spinnereien war in der Berichtszeit recht lebhaft. Vor allen Dingen in amerikanischer und ägyptischer Ware wurden größere Abschlüsse auf Terminlieferung getätigt.

Baumwollnotierungen

New York	21. 7. 50	27. 7. 50
Disp.	38,93	39,93
August	37,83	38,98
September	37,57	38,42
Oktober	37,40	38,84
November	37,34	38,63
Dezember	37,32	38,68
März	37,42	38,88
Mai	37,40	38,87
Juli	36,81	38,30
Oktober	33,30	35,30

Kautschuk

Der Kassapreis für Kautschuk in New York stieg in einer Woche um 25⅞ (von 50 auf 68 Cts je lb), der Preis für den September-Kontrakt um 28⅞ (von 34,90 auf 42,25 am 27. 7.). Die ferneren Sichten haben sich gegenüber dem vorigen Wochenende nur wenig verändert. Damit ist die Lage am Kautschukmarkt charakterisiert. Entscheidend ist für die Preisgestaltung die Knappheit in verfügbarer Ware. Einerseits ist es die bedeutende Nachfrage aus allen Ländern schon allein zur Deckung des hohen zivilen Verbrauchs, verschärft durch Hortungskäufe im Hinblick auf den starken Rüstungsbedarf und zur Auffüllung der strategischen Reserven in den USA, andererseits scheint auch die UdSSR zusätzliche Kaufwünsche zu verwirklichen. Die zukünftige Entwicklung der Kautschukpreise ist wohl von allen Rohstoffen im stärksten Dunkel gehüllt. Es fehlt nicht an Stimmen, die gelegentlich die Ansicht vertreten, daß die Kautschukpreise wieder einmal ihren höchsten Stand erreicht haben. Sie haben sehr zum Schaden der Industrie, die wahrscheinlich bei einer normaleren Preisbildung besser fahren würde bisher nicht recht behalten. Es bleibt abzuwarten ob der kleine Rückschlag am 26. Juli, ausgelöst durch die sowjetische Sensation über ihre Rückkehr in den Sicherheitsrat, von nachhaltiger Wirkung sein wird.

In London zogen die Notierungen in Anlehnung an die Hausse in Singapur um 7 d je lb an. Die Verschlechterung der internationalen Lage und die Vorschläge, die in den USA über eine Verstärkung der Hortungskäufe gemacht wurden, sowie, zu Anfang der Woche, starke Käufe für amerikanische und europäische Rechnung waren für die Marktlage ursächlich. Im weiteren Verlaufe der Berichtszeit erhielt die Börse einen mehr uneinheitlichen Aspekt; die Käufer zeigten wenig Neigung, das begrenzte Angebot aufzunehmen, so daß die Notierungen nachgaben, nachdem auch die Depeschen aus New York diesen Trend verstärkten. Die Londoner Börse schloß um 2 d unter dem Höchststand der Woche. Insbesondere war in London schwimmende Ware gefragt. Für Kautschuk zur Verschiffung bestand weniger Interesse. Mindere Qualitäten wurden nur nominal notiert.

Häute und Felle

Die internationalen Märkte für Häute und Felle waren weiterhin sehr fest. Die starken Käufe der Vereinigten Staaten, von denen ein großer Teil sicherlich nicht direkt den Gerbereien zugeführt, sondern von den Händlern auf Lager genommen worden ist, waren die wichtigste Ursache für diese Entwicklung. Außerdem sind Häute überall außerordentlich knapp. Infolge der Trockenheit in Uruguay und in Argentinien im vergangenen Wirtschaftsjahr ist mit einem stärkeren Anfall kaum zu rechnen, denn der Viehstapel muß erst einmal wieder aufgestockt werden. Das Instituto Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI) ist auf lange Zeit ausverkauft und es hat daher seine Preise für Municipales erheblich heraufgesetzt. Die für Frigorificos wurden nicht geändert. Aus Uruguay und Brasilien werden nur kleinere Abschlüsse gemeldet. Afrikanische Häute waren gut gefragt, zumal nigerisches und ostafrikanisches Gefälle lag sehr fest. Auch Kaphäute erzielen hohe Preise. In australischen und neuseeländischen Häuten sollen die Japaner größere Abschlüsse durchgeführt haben, worauf die Notierungen scharf anzogen.

NE-Metalle in New York

Der New Yorker NE-Metallmarkt zeigte in der Woche zum 27. Juli nur geringfügige Veränderungen. Lediglich Zinn war größeren Schwankungen unterworfen. An den letzten Tagen gaben das außerordentlich knappe Angebot von Zink und von Kupfer und die Befürchtungen eines verstärkten Bedarfs für militärische Zwecke dem Markte die Prägung. Bei beiden Metallen rechnet man schon bald mit der Einführung eines Systems der Zuteilung nach Prioritäten. Die Nachfrage nach Blei hat sich etwas belebt. Der Zinnpreis folgte in seiner Entwicklung den Notierungen in Singapur und London. Er stieg von 89½ cts je lb am 19. Juli auf 97,50 cts am 27. Juli und fiel am frühen 28. Juli auf die „sowjetische Sensation" auf 90 cts je lb zurück.

Metalle

Obwohl sich die Lage in Korea weiter außerordentlich versteift hat, und damit gerechnet wird, daß die amerikanische Regierung allen Ernstes eine gewisse Art der Bewirtschaftung von strategisch wichtigen Roh- und Grundstoffen erwägt, von denen unter anderem auch Kupfer und Zink genannt werden, die unter die Bewirtschaftung fallen sollen, hat sich das Preisniveau gegen die Vorwoche kaum wesentlich verändert. Lediglich Zinn machte eine Ausnahme. Hier entwickelte sich weiter eine stürmische Hausse, die weit über das Ziel hinausschoß, selbst wenn man berücksichtigt, daß Korea in unmittelbarer Nähe der wichtigsten zinnerzeugenden Gebiete der Erde liegt. Die „Rüstungshausse" für Metalle ist angesichts der zunehmenden weltpolitischen Spannungen offenbar schon in den Wochen vor dem Ausbruch des Koreakonflikts vorweggenommen worden. Die feste Haltung in der Weltmetallwirtschaft wird wahrscheinlich in der nächsten Zeit anhalten.

Kupfer: In den Vereinigten Staaten ist die Kupfernachfrage weiterhin sehr rege. Der kürzlich wieder eingeführte Kupfereinfuhrzoll ist durch einen Beschluß des Repräsentantenhauses, wie wir erwarteten, für die Dauer eines Jahres erneut suspendiert worden. Die Raffinadekupferablieferungen in den Vereinigten Staaten waren im Juni mit 126 347 sh/t die größten seit dem Januar 1947. Die Bestände der Erzeuger haben sich jedoch nur um ein geringes von 51 698 sh/t auf 50 327 sh/t verringert. Sie liegen damit aber außerordentlich niedrig und decken noch nicht einmal den Bedarf von 14 Tagen. Unter diesen Umständen wird Kupfer in den kommenden Wochen seine feste Haltung bewahren, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Vorräte seitdem eine Auffüllung erfahren haben. Wie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, ist im Zusammenhang mit der Gesetzesvorlage Präsident Trumans über die Bewirtschaftung von Rüstungsmaterialien von amerikanischen Stellen kürzlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß mit einer Verknappung in der Lieferung von NE-Metallen nach Westdeutschland gerechnet werden müsse. Die Bundesregierung hat daraufhin die Ausfuhr von Aluminium und Zink gesperrt. Da der Bedarf an Nickel bereits jetzt gedeckt werden kann, ergibt sich eine erhöhte Beanspruchung der anderen Metalle. Diese Entwicklung liegt durchaus in der wünschenswerten Richtung, worauf wir bereits an anderer Stelle hingewiesen haben.

Zinn: Die Hausse am Zinnmarkt hat sich in der Berichtswoche noch fortgesetzt, doch machten sich verschiedentlich, was nicht überraschen kann, Ermüdungserscheinungen bemerkbar, denn die Spekulation dürfte zu Gewinnmitnahmen geschritten sein. Betrachtet man sich die statistische Verfassung des Marktes, so liegt auch durchaus kein Grund für eine so ungewöhnliche Festigkeit vor. In der die Preise auf Rekordhöhen in der Geschichte des Zinns getrieben wurden. 1948 überschritt die Hüttenzinnerzeugung der Welt den Verbrauch der Welt an Zinn bereits um 16 100 lg/t. Dieser Erzeugungsüberschuß erhöhte sich 1949 auf 49 000 lg/t und betrug für Januar/März 1950 7600 lg/t. Der Umstand, daß Belgien und auch Holland über einen großen Teil ihrer laufenden Erzeugung bereits verfügt haben, die auf Kontrakt an die amerikanische Regierung geliefert wird, hat zusammen mit einer Häufung der Verbraucherkäufe zu einer scheinbaren Zinnknappheit geführt, die die stürmische Aufwärtsbewegung am Zinnmarkt ausgelöst hat.

Blei: Der Bleimarkt lag trotz der Preiserhöhung der Vorwoche eher etwas vernachlässigt. Es zeigt sich, daß gerade an diesem Markt, der vor längerer Zeit durch eine latente Materialknappheit gekennzeichnet war, eine grundlegende Wandlung eingetreten ist. Blei gehört heute nicht zu den knappen Metallen in der Welt. Die Verbraucher haben sich hier nicht zu Angstkäufen bewegen lassen. Der amerikanische Exportpreis ist mit 11,25 je lb etwas schwächer, dagegen haben die Altbleipreise in den Vereinigten Staaten angezogen.

Zink: Der Zinkmarkt ist nach wie vor durch seine außerordentlich feste Haltung gekennzeichnet. In den Vereinigten Staaten hat eine der führenden Firmen schon jetzt Abschlüsse zu den gegenwärtigen Preisen zur Lieferung bis Dezember getätigt. Der Ausfuhrpreis für Zink liegt in den Vereinigten Staaten mit 16 cts je lb sehr fest, und wie berichtet wird, sind Ausfuhrabschlüsse kaum getätigt worden. In England ist die Versorgungslage in Zink ziemlich angespannt, doch scheinen die Verbraucher keine besonderen Sorgen wegen der Belieferung zu haben. In den Vereinigten Staaten beginnt die Regierung die Zinkausfuhr schärfer zu überwachen, um zu verhindern, daß Zink seinen Weg in die Länder hinter dem Eisernen Vorhang findet.

Aluminium: Die Aluminiumerzeuger scheinen jetzt ebenfalls Nutzen aus der Marktlage ziehen zu wollen. Wie berichtet wird, hat die Reynolds Metal Co. ihren Preis für Rohaluminium um 1 ct. je lb auf 19½ cts. heraufgesetzt. Der offizielle Aluminiumpreis ist jedoch noch mit 17 cts. je lb unverändert. Es besteht aber durchaus die Möglichkeit, daß eine allgemeine Heraufsetzung des Preises vorgenommen wird. Die lebhafte Nachfrage nach Aluminium hat die Aluminium Co of Canada zu einem weiteren Ausbau der Erzeugungsanlagen in Shawinigan Falls veranlaßt. Aus Japan wird berichtet, daß unter dem kürzlich abgeschlossenen Handelsabkommen mit Indonesien Japan auch indonesischen Bauxit für seine Aluminiumindustrie importieren wird.

Seltene Metalle

Kobalt: Die Nachfrage nach Kobalt ist stetig. Von den führenden Abgebern werden 12 sh 6 d je lb für metallisches Kobalt und 8 sh 16 d bzw. 10 sh 6 d für schwarzes oder graues Kobaltoxyd verlangt.

Metallpreise vom 27. 7. 1950

	England £ je lg/t	in USA cts je lb	in Westd. in DM je 100 kg
Kupfer	186/ 0/0	22,50	218,00
Blei	97/10/0	12,00	116,00
Zink	127/10/0	15,00	130,00
Zinn	732/ 0/0	97,50	877,00
Aluminium	114/10/0	17,50	173,00

Deutsche Börsen

Frankfurt	7.7.50	14.7.50	21.7.50	28.7.50
AEG	25	—	24⅞	25⅞
Brown, Boveri	—	50	—	51
Buderus	66⅞	66	70	71⅞
Chem. Albert	49	50	50	50
Degussa	—	—	62	63⅞
Deutsche Erdöl	52⅞	53⅞	54	56⅞
El. Licht u. Kr.	31	28	27	30
Frankf. Masch.	62	63	64	66
Heidelb. Zement	65	66	67	67⅞
Holzmann	38⅞	37⅞	39	38
Kupferberg	42	41	43	48
Lahmeyer	80	80⅞	80	79
Lanz	36⅞	36⅞	36⅞	37⅞
Linde Eis	77	75⅞	77	80
Metallges.	61	58	58	60
Rheinmetall	23	20	21	23
Schöfferhof	50	48	48	48
Siemens & Halske	41⅞	41⅞	41	44
Voigt & Haeffner	120	120	120	120
Wayss & Freytag	116	116	116	118
Zellstoff Waldhof	—	30⅞	33⅞	—
Commerz-Bank	20⅞	21	20⅞	22⅞
Deutsche Bank	20	18	19⅞	22
Dresdener Bank	18	18	18	21⅞
4% Frft. Hyp. Bank	7⅞	7⅞	7⅞	7⅞
4% Pfälz. Hyp. Bank	7⅞	7⅞	7⅞	7⅞
4% Degussa	8⅞	8⅞	8⅞	8⅞

Hamburg	7.7.50	14.7.50	21.7.50	28.7.50
Annum.	64	60	56	60
Bekula	33	32	32	32
Bremer Wolle	81⅞	80	77	82
Demag	77	73	74⅞	78
Deschimag	45	45	45	43
Dynamit Nobel	33	33	32	34⅞
Feldmühle	77	73	74	73
HEW	55	53	54	55
Hamb. Hochb.	43	43	43⅞	44
Hamb. Hyp. Bank	17	16⅞	16	16
Hansa Mühle	15⅞	14⅞	14⅞	15
Harburg. Gummi	110	105	106	107
Hoffmann Stärke	82	83	82	81
Ilse Bl. A.	16	16	17	17
Ilse Genuß	11⅞	10⅞	8⅞	10⅞
Karstadt	71⅞	71	68	68
Phrix Inh. A.	27	27	27⅞	28⅞
Rütgers	38	38	34	36
Schering	27⅞	26⅞	26⅞	26⅞
Hapag	34	31	32	132
Nordd. Lloyd	18	18	19⅞	20
4% Hbg. Hyp.	7⅞	7⅞	7⅞	7⅞
4% Hbg. El. W.	7⅞	7	7	7
Hannover				
Conti Gummi	98	97⅞	104⅞	100
Hackethal	87	85	86	86
Ilseder Hütte	62	62⅞	63⅞	70
Mech. Web. Linden	46	46	46	46
Salzdetfurth	63⅞	62	64	66
Wollw. Döhren	86	86	87	88
Wintershall	48	47	48⅞	50⅞

Düsseldorf	7.7.50	14.7.50	21.7.50	28.7.50
Alexanderwerk	45	45	43	43
Balcke Masch.	53⅞	52	52	52
Basalt AG.	31⅞	31⅞	33	33⅞
Dortm. A.-Bräu	—	47⅞	47⅞	50
Felten & G.	—	60	60	60
Ford	—	73	72	80
Gerresh. Glas	80	—	80	80
Goldschmidt	—	49	51	51
G. H. H.	56	54⅞	54	63⅞
Harpen	58	60	60	63
Hoesch	—	61	59⅞	60
Kabel Rheydt	54	51	53	54
Klöckner	53	—	52	59
Mannesmann Rl.	45⅞	—	56	57⅞
Mülh. Berg	—	—	48⅞	48
Rheinbraun	68	67	68⅞	—
Rhein. Kunstseide	40⅞	40	41	39⅞
Rhein. Zellwolle	40	35⅞	40	40
Rheinstahl	43	47	48	54⅞
RWE	73	72⅞	72⅞	78⅞
Verein. Stahlwerke	43	43	—	51
Westwaggon	57	51	56	59⅞
Westd. Kaufhof	70	68	70	73
Rhein. Westf. Boden	27	27	27	27
4% Rh. W. Bd.	7⅞	7⅞	7⅞	7⅞
4% Gelsenberg	7⅞	7⅞	7⅞	7⅞
5% Klöckner	8	8	8	8

München	7.7.50	14.7.50	21.7.50	28.7.50
Amperwerke	92	92	89	90
Augsb.-Nbg. Masch.	77	73	73⅞	78
BMW	23⅞	24	—	23
Dismalt AG.	100	100	100	100
Dierig	66⅞	65	67	67
Hackerbräu	78⅞	78	78	77
Hanfw. Füssen	135	135	135	135
Hutschenreuter	57	53	57	57
Krauss Maffei	67	68	65	73⅞
Lech El.	90	90	90	90
Löwenbräu	60	59⅞	59⅞	60
Mech. Baumw. Sp.	118	118	118	118
Rathgeber	80	80	80	80
Rosenthal	73	71	71	70
Spinn. u. Web. Kott.	136	136	136	136
Südd. Zucker	59⅞	60	60	60
Tucherbräu	48	49	49	49
Würzb. Hofbr.	43⅞	44⅞	43	45⅞
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	32	32	32	32
Südd. Boden	35	35	35	35
Allianz Leben	45	40	38	40
Allianz Vers.	60	58	57	60
4% Bayer. Hyp. Bk.	7⅞	7⅞	7⅞	7⅞
4% Augsb. Nbg.	8⅞	8⅞	8⅞	8⅞
Stuttgart				
Brauerei Wulle	64	64	66	64
Daimler	47	45	43⅞	47
Junghans	62	65	67⅞	66
Knorr	65	62	62	66
Salamander	75	74	75	73⅞
Württ. Bank	30	30	30	30

Ausstellung „Kraichgau und Bruhrain"

Bruchsal

vom 11. bis 20. August 1950

mit Sonderschau „Alles zum Bauen"

Kulturelle und historische Abteilung der Stadt und des Landkreises Bruchsal

Freiherr-vom-Stein-Schule, Turnhalle, zusätzliche Hallen, Stadtgarten

Beteiligung: Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft, Gartenbau, Landmaschinen, Fahrzeuge, Tierschauen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die aktuelle Reportage:

Bühl - die Frühobstmetropole

Als Fremder nach Bühl zu kommen, ist besonders reizvoll. Kennt man einen Ort nicht, dann sieht man sich um so intensiver darin um. Das wäre also üblich und gilt für jeden Ort. Bei Bühl kommt etwas Besonderes hinzu: der Fremde wird irgendwie sofort in das Geschehen der Stadt hineingezogen, er wird sofort mit dem Städtchen verhaftet. Der Obstgroßmarkt, nicht weit vom Bahnhof, saugt jeden interessierten Menschen sofort an. Die winkligen und runden Straßen und ihre Häuser haben nichts Romantisches, riechen gar nicht so nach Altertum — auch wenn sie alt sind —, sondern sie wollen einfache freundliche Häuser sein und die Straßen wollen durch ihre Windungen zur Beschaulichkeit erziehen und die Hast des Tages etwas mildern. Es wird viel geschafft in Bühl und schnell gearbeitet, aber doch liegt irgendwie ein Hauch vom Segen des Landes darüber. Schnellarbeit und doch ohne Hast. Nicht gemächlich, aber doch hat man Zeit zu einem kleinen Schwatz. Die Straßen sind nicht zu breit und nicht zu schmal, die Häuser sind nicht zu hoch und nicht zu niedrig.

Ja, und dann die Wahrzeichen, die die Silhouette des Städtchens abgeben: der grünbewachsene Rathausturm und der gotische Turm der St.-Peter-und-Pauls-Kirche mit dem Storchennest auf der Spitze (darin zur Zeit ein munteres Gewimmel herrscht). Bühl ist eine ländliche Stadt, aber Kuhgespanne sieht man nicht, also auch nicht die Hinterlassenschaft der Kühe auf den Straßen.

Obstgroßmarkt

Sie sehen, lieber Leser, wir sind schon mitten in Bühl und lassen uns ganz unfreiwillig anstecken vom Obstgroßmarkt. Daß es in Bühl Zwetschgen gibt, hat sich ja in Deutschland weitgehend herumgesprochen. Die eigentliche Bühler Zwetschge kommt in den ersten August-Tagen. Jedoch Bühl und die umliegenden Dörfer haben schon etwas früher Zwetschgen, etwas anderer Art und liefern die Pflaumen. Ein paar Zahlen wollen Sie wissen? Während der Zwetschgensaison verlassen täglich 20 bis 30 Waggons den Bühler Bahnhof. In den schlechtesten Jahren wurden 70 000 Ztr. und im Rekordjahr 1940 wurden fast 200 000 Ztr. Zwetschgen geerntet. Außer den Zwetschgen, Pflaumen und Reineclauden hat man Johannisbeeren und auch jetzt schon Äpfel und Birnen auf dem Großmarkt zur Versteigerung.

Schaut man sich auf diesem Großmarkt um und sieht den Großhändlern ins Gesicht, dann spürt man, wie die Zwetschge ihre Züge beeinflußt hat. Die äußere Form der Frucht hat sich übertragen auf diese Menschen. Wir sagen ausdrücklich die äußere Form und nicht etwa die Farbe. Sie wissen, lieber Leser, daß die Farbe bei der Zwetschge wichtig ist, dieser eigenartige matthraue Glanz, der leicht ins Violette geht. Wenn wir aber schreiben würden, daß das Blau abgefärbt hätte, kämen Sie, lieber Leser, sicher auf schlechte Gedanken. Allerdings kann man vom Zwetschgenwasser blau werden, und dazu ist es auch irgendwie da, aber wir sind ja noch in den frühen Morgenstunden und auf dem Großmarkt, wo es immerhin temperamentvoll, aber doch nüchtern zugeht.

In einem kleinen Raum (die große Obstversteigerungshalle ist noch von der französischen Besatzung beschlagnahmt) drängen sich die Großhändler, wenn morgens um 8 Uhr versteigert wird. Man hat ihnen neuerdings braune Stäbe in die Hand gedrückt, die oben eine runde Platte mit einer aufgemalten Nummer tragen, so wie auf der Eisenbahn der Befehlstab des Fahrdienstleiters. So sind also diese Großhändler alle „Männer mit der roten Mütze" geworden, weil sie einen Befehlstab zum Ablassen der Züge erhalten. Das stimmt ja auch; denn wenn ein Großhändler einen Waggon, gefüllt mit Zwetschgen ersteigert hat, dann gibt er ja das Signal, wohin dieser Waggon zu rollen hat. Dieser neue hölzerne Befehlstab ist also eine sinnige Erfindung.

Der Auktionsleiter nennt die Kennziffer des Waggons und liest vor, was in diesem Waggon am Abend vorher eingeladen wurde. Dann wird, wie üblich versteigert. Von einem Durchschnittspreis wird ausgegangen. Viele erheben ihre Stäbe. Der Preis wird schrittweise heraufgesetzt — die Zahl der hochgehobenen Stäbe vermindert sich, bis schließlich ein Stab übrigbleibt. Der Besitzer dieses Stabes erhält den Zuschlag. Es kann aber auch umgekehrt kommen und zu dem Anfangs-Durchschnittspreis kein Gebot erfolgen. Dann geht man eben schrittweise mit dem Preis zurück. Das Risiko für den Großhandel ist nicht gering, aber es schien doch so, als ob er im allgemeinen auf seine Kosten kommt.

Weinbergschnecken

Eine kleine Spezialität einer Firma in Bühl sei hier erwähnt: Carl Friedr. Mürb läßt in ganz Deutschland Weinbergschnecken sammeln und exportiert sie nach Frankreich. Das Sammeln beginnt nach dem ersten Frühlingsregen, also in der Regel Ende März, und geht bis Juni. In der diesjährigen Saison konnte die Firma Mürb für 100 000 DM Schnecken nach Frankreich liefern — ein kleiner Beitrag Bühls zur Verbesserung unserer Devisen-Bilanz.

Spankörbe

Kehren wir zu den Pflaumen und dem Obst überhaupt zurück. Die Verpackung, die sich für dieses Obst bewährt hat, ist der Spankorb. Es lag nahe, daß in Bühl Fabriken errichtet wurden, die solche Spankörbe herstellen. Zwei solche Fabriken gibt es dort, die eine, die Spankorbfabrik Kern, besuchten wir. 130 Personen, überwiegend Frauen, werden dort beschäftigt.

Eine große Schälmaschine schält von den Rundhölzern die Späne in verschiedener Dicke, von 0,8 bis 1,5 mm, ab und herbt sie mit einer sinnreichen Vorrichtung gleich an den Stellen ein, an denen sie nachher umgebogen werden. Für den Korb nimmt man Fichtenholz, für die Zierleiste Pappel und für den Bügel Buche. Die Arbeit ist so eingeteilt, daß vormittags die Böden gemacht werden und nachmittags der Korb fertiggestellt wird. Das Flechten des Korbbodens sieht so einfach aus, aber man muß doch sehr auf das Holz achten. Holz ist ein Naturprodukt, also nicht immer ganz gleichmäßig, aber die geübten Arbeiterinnen kommen flink vorwärts. 200 Böden pro Tag schaffen die meisten. Am Nachmittag werden dann die Verstärkungshölzer eingesteckt und die Leiste — man kann sagen — angenäht. Diese „Nähmaschine" zwickt die Eisenzwingen hinein an der Stelle, die der Arbeiter durch Betätigung des Fußhebels wünscht, und doch wirkt dieser Vorgang wie ein Nähen, weil er mit dem Korb rundherum durch die Maschine fährt.

Ein Lastzug, karossiert von der Karosseriebaufirma Seb. Erhard

Die Fabrikation hat ihre eigenen Probleme. Der Bedarf tritt nur während der Obstzeit auf, aber auf Vorrat produzieren ist nicht ganz einfach, da die Körbe bei längerer Lagerung austrocknen. So bleibt die Spankorbfabrikation eine Saisonarbeit mit all ihren Nachteilen für die Kosten. Trotzdem sind die Preise für die Spankörbe stark gesunken. Der Spankorb wird heute für 43 Pfg. geliefert, und es sind Bestrebungen im Gange, nur noch neue Körbe für den Versand zu verwenden.

Konserven

Noch eine andere Industrie gehört nach Bühl: die Konservenindustrie. Auch hier sind zwei Firmen tätig: Konservenfabrik Badenia (Wentzensen & Bassermann) und die Bühler Konservenfabrik Franz Lange. Diese besuchten wir. Im hüdflichen Hof in Bühl, dem traditionellen Winkel, wo vor 50 Jahren Josef Leppert, Obsthändler aus Kappelwindeck, die auf dem Markt auf der Hauptstraße gekauften Früchte, primitiv in Grashürden verpackt, mit Zeitungspapier und Farnkraut bedeckt und mit Haselnußgerten versprießt, zum Versand brachte, gründete Franz Lange sen. die erste Bühler Konservenfabrik. Er fing allerdings nicht mit der Obstkonservierung an, sondern brachte damals als erster das gefrierfertige Eismark auf den Markt (als Hotelküchenmeister hatte er da seine eigene Erfahrung mitgebracht). Dann erst ging er an die Fabrikation von Obst-, Gemüse-, Pilz- und Gurkenkonserven und erweiterte seinen Betrieb auf die Herstellung von Fruchtsäften, Marmeladen und Konfitüren.

Große Räume nehmen uns auf. Eine etwa 30 m lange Erbsensortiermaschine, die modernste Kirschenentsteinmaschine mit einer Stundenleistung von 750 kg, eine eigenartige Schälsteinlesemaschine zur Entfernung der Stiele bei den Johannisbeeren, eine Pflaumen-Spalt- und Entkernmaschine — das wären so die Wunder der Technik, die wir hier sahen. Lange Zuricht-Bäche, große Sterilisierkessel und — in einem besonderen Raum — große viereckige Fässer zur vorläufigen Lagerung der Säfte runden die Ausrüstung dieses Großbetriebes ab.

Die Konservenfabriken haben eine schwere Zeit hinter sich. Obst und Gemüse waren im vorigen Jahr noch wesentlich teurer als heute und zu diesen hohen Preisen eingekauft worden. Diese Konserven können heute nur noch mit Verlust verkauft werden. In diesem Jahr sind deshalb die Konservenfabriken etwas vorsichtiger geworden. Inzwischen hat sich auch der Kampf zwischen der Weißblechdose und dem Glas entwickelt. Es scheint, daß man mehr zur Konservierung in Glas übergeht. Die Glasflasche hat den Vorzug, daß sie mehrmals verwendet werden kann, und die Hausfrau, die ein gefülltes Glas kaufte, wird immer Verwendung für das leere Glas haben, aber auf der anderen Seite ist auch der Bruch sehr groß. Alles Gute ist eben nie beisammen.

Stumpen

Aber in Bühl sind Fabriken beisammen, die viel Gutes herstellen. Wir denken dabei an die beiden Stumpenfabriken (August Schweizer KG. und Ludwig Bermanseder KG.), die auch irgendwie in die Landschaft passen, auch wenn die Verarbeitung badischen Tabaks in den Stumpen sehr zurückgegangen ist. (In den 15- und 20-Pfg.-Stumpen von Schweizer ist kein einheimischer Tabak mehr.) Wir ließen uns durch die Fabrikationsräume der Firma August Schweizer KG. führen, die 1906 gegründet wurde. August Schweizer ist heute noch als Kommanditist beteiligt und sein Sohn, Fritz Schweizer, ist der persönlich haftende Gesellschafter und Leiter des Betriebes. Bereits vor dem ersten Weltkrieg hatte die Firma 100 Beschäftigte. Vor dem zweiten Weltkrieg betrug die Höchstzahl der Beschäftigten 330. 1949 waren es nur noch 22 und heute sind es schon wieder 155, und man wird schon im Laufe dieses Jahres etwa wieder den Friedensumsatz erreichen. Man muß dabei bedenken, daß der Betrieb völlig demontiert wurde. Was hier in einem Jahr an Wiederaufbauarbeit geleistet wurde, ist erstaunlich. Im Herbst wird sogar eine Verpackungsmaschine kommen, deren Vorgängerin ebenfalls dem Krieg zum Opfer fiel.

Der Tabak macht seinen Weg vom Erdgeschoß, wo er aus den Ballen genommen und angefeuchtet wird und dann in die Entripp-Maschine kommt, die gleichzeitig einen Teil des Staubes entfernt. Dann kommt der Tabak ins oberste Geschoß, wo eine Spezialmaschine der Firma August Schweizer steht, die noch einmal, diesmal trocken, entstaubt (bei der feuchten Entstaubung im Erdgeschoß bleiben 7% Staub zurück, bei der trockenen Entstaubung noch einmal weitere 6%). Durch die doppelte Entstaubung werden insbesondere die chemischen Bestandteile, wie Kunstdünger usw., aus dem Tabak herausgeholt. Das Rauchen wird dadurch milder.

Nach der Mischung geht dann der Tabak auf die Tische der Arbeiterinnen, die gleich der Technik, die man beim Zigarettendrehen anwendet, die langen Würste mit einem feuchten Umblatt, das erst am Tisch der Arbeiterin entrippt wird, umgeben. Diese langen Würste bekommen dann noch das Deckblatt. Dann werden sie gepreßt und getrocknet und schließlich geschnitten. Schweizer stellt Stumpen zu 10, 15 und 20 Pfg. her. Die Nachfrage nach diesen Stumpen ist so groß, daß Schweizer nur mit längeren Lieferfristen liefern kann. Laufend werden neue Leute eingestellt. So beliebt sind Schweizers Bühler Stumpen.

Alleskleber

Nun kommen wir noch zu einer Spezialität, die Bühl nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland bekanntgemacht hat: der Uhu-Alleskleber. Von allen Tubenklebstoffen Deutschlands vereinigt dieses Fabrikat mindestens 80, wenn nicht 90% des deutschen Verbrauchs auf sich. 1905 kaufte der Vater der heutigen beiden Inhaber, Hugo und Manfred Fischer, eine 1894 gegründete Druckfarben- und Tintenfabrik, die in Bühl an der gleichen Stelle stand, wo heute das chemische Werk von Uhu steht. Bis 1932 hatte die Firma ein wechselvolles Schicksal. Insbesondere verlor sie nach 1918 ihre Absatzgebiete in Elsaß, Saar und Luxemburg. 1932 begann man mit der Entwicklung des Klebstoffs, und zu dieser Zeit erhielt er auch den Namen und die Marke Uhu. Außerdem begann man sich in den letzten Jahren zu spezialisieren. Man gab die Fabrikation von Stempelkissen, Farbbändern usw. auf und beschränkte sich ganz allein auf den Uhu-Alleskleber, die Uhu-Tinte (in

Die Anlage des chem. Werks von Uhu

mehreren Farben) und technische Klebstoffe sowie die auf Dextrin-Basis erzeugten Klebstoffe, die man mit dem Pinsel auftragen muß. Heute werden 100 000 bis 120 000 Tuben Alleskleber pro Tag hergestellt und 20 000 bis 23 000 Glas Tinte. Auch neue Exportgeschäfte sind angebahnt, aber die Einfuhrbeschränkungen in den Ländern bieten noch erhebliche Schwierigkeiten.

Vor einigen Jahren begann Uhu auch mit der Herstellung von Füllfederhaltern. Dann entwickelte man einen Kugelschreiber, der bekanntlich mit einer Tintenpaste schreibt, und das Neueste ist der Tintenkugelschreiber, sozusagen das Ei des Kolumbus: ein Kugelschreiber, der mit Tinte schreibt, also auch mit Tinte gefüllt wird. Für Schüler ist ein besonders billiger, aber sehr zweckmäßiger Füllhalter entwickelt worden, bei dem man die Kappe nicht verlieren und auch sonst nichts überdrehen kann (sehr wichtig für die neugierigen, kleinen Hände). 1300 Füllfederhalter werden pro Tag hergestellt, aber nicht auf dem Gelände des chemischen Werks, sondern in einem anderen Fabrikgebäude in der Nähe vom Bahnhof. Insgesamt beschäftigt das Uhu-Werk über 350 Mann.

Künstliche Blumen

Damit sind aber keineswegs alle Spezialitäten erschöpft, die es in Bühl gibt. Im Jahre 1884 wurde die Blumenfabrik Otto Spelerer KG. in Bühl gegründet. Sie ist damit das älteste süddeutsche Unternehmen für die Herstellung und den Vertrieb von Braut- und Kommunion-Kränzen, Silber- und Gold-Kränzen, Kerzenschmuck und Festabzeichen, sowie von gestickten Brautschleiern und Tüllen. Die Firma unterhält starke Geschäftsverbindungen mit fast allen Teilen des Auslandes. Eine eigene, sehr alte Betriebskrankenkasse und auch andere soziale Maßnahmen verdienen bei dieser Firma hervorgehoben zu werden.

Karosseriebau

Vor fast 25 Jahren gründete Seb. Erhard, Karosseriebaumeister, seine Werkstatt für Karosseriebau und Wagenbau. In dieser Werkstätte wurden im Zuge der Modernisierung der Kraftfahrzeuge viele Neuerungen und Verbesserungen ausgedacht und verwirklicht. In der gut eingerichteten Spezialwerkstätte werden hauptsächlich Fahrerhäuser ohne und mit Schlafkabinen hergestellt, die tatsächlich als Heim des Kraftfahrers auf der Landstraße angesprochen werden können. Ferner komplette Aufbauten für Ferngliederzüge aller Art, Spezialaufbauten, wie Wohn-, Möbel-, Kühl- oder Isolierwagen, und für Omnibusse und Anhänger sowie sämtliche Senderaufbauten auf Personenkraftwagen-Chassis. Die Werkstätte beschäftigt 16 bis 18 Fachkräfte.

Druckerei und Verlag

Wo sich so viel Wirtschaft konzentriert, darf eine Druckerei und ein Verlag nicht fehlen. Schon 1881 wurde in Bühl von badischen Lehrern die Druckerei und Verlagsanstalt Konkordia als gemeinnützige AG gegründet. Aus kleinsten Anfängen hat sich dieses Werk zu einem der angesehensten und leistungsfähigsten graphischen Unternehmen im Südwesten Deutschlands entwickelt. In hellen luftigen Arbeitsräumen arbeiten heute 75 Menschen. Eine reich ausgestattete Handsetzerei, eine moderne Setzmaschinenanlage und Stereotypie, mehrere Schnellpressen und Automaten in der Druckerei und eine den Anforderungen der Zeit genügende Buchbinderei mit Schreibheftefabrikation sind für die große und „kleine" zufriedene Kundschaft in Betrieb. Der Verlag ist bekannt durch seine schulpraktischen Bücher und Schriften, durch seine Veröffentlichungen auf volkskundlichem Gebiet und durch Herausgabe von Jugendschriften. Dem Betrieb ist eine Buchhandlung, eine Lehrmittelhandlung und ein Großvertrieb für alle einschlägigen Papier- und Schreibwaren und Schulartikel angeschlossen.

Großer Arbeitssaal der Stumpenfabrik A. Schweizer KG

Granit

Kehren wir langsam wieder zu den Werken zurück, die einen Naturrohstoff der Gegend direkt bearbeiten. Da denken wir zunächst an die Schwarzwälder Granitwerke (Inh. Hans Hoffmann), die auch schon im Jahre 1880 von dem Steinhauer C. Kieferle gegründet wurden. Im In- und Auslande wurde durch diese Firma der Schwarzwald-Granit bekannt. Wir finden diesen Stein, geformt in Bühl, am Bismarck-Denkmal in Hamburg, am Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck, bei den Auflagepfeilern der Rheinbrücken in Köln und Düsseldorf, bei größeren Brückenbauten in Holland, ja sogar in Argentinien im National-Denkmal des Präsidenten „Rivadavia". Der Stammbetrieb dieses Werkes in Bühl ist maschinell bestens und hochmodern eingerichtet. Die Steinbrüche befinden sich in der Nähe des Kurhauses Wiedenfelsen, in denen der schöne rötliche Gertelbach-Granit gebrochen wird. Seit 1936 ist der gegenwärtige Inhaber der Firma, Hans Hoffmann, am Ausbau des Unternehmens tätig.

Ski

Seit rund 30 Jahren werden in Bühl auch Ski hergestellt. Der Start um die Jahrhundertwende war nicht leicht; denn man mußte den Vorsprung der Norweger einholen, aber der Firma C. Schick in Bühl gelang dies. Der Schick-Schichten-Ski ist nach dem wirklich erprobten Spezial-Keil-Schicht-Verfahren hergestellt und garantiert die Erhaltung von Form, Spannung und Federung. Diese Schick-Schichten-Ski sind ohne Verwendung von Weichholz hergestellt. Beim Schick-Ski gibt es kein frisches und künstlich getrocknetes Holz, sondern in alter Tradition werden nur mehrjährig sorgfältig gelagerte, lufttrockene Hölzer verarbeitet.

Säge- und Hobelwerk

Auch ein großes Sägewerk hat Bühl: die Firma Baumann & Cie., Säge- und Hobelwerke, Bühl, mit ihren Filialsägewerken in Bühlertal und Hundsbach. Auch diese Firma besteht bereits seit dem Jahre 1888. Über den Schnittwaren-Lagerplatz, der zwei große Schuppen aufweist, gelangt man zu einer geräumigen Werkshalle, in der die Sägewerkmaschinen das Stammholz, die Bretter, Dielen, Blochware, Bauholz ausschneiden und zu Latten, Rahmen, Gipsplatten usw. aufarbeiten. Als Antrieb des Werkes arbeitet eine Dampfmaschine, die mit anfallendem Sägemehl, Hobelspänen und Holzabfällen geheizt wird. Die Qualitätshölzer, die hier verarbeitet werden, vor allem also Tannen, Fichten und Kiefern, kommen aus dem Hochschwarzwald, aus dem mittleren Schwarzwald und aus Waldungen in der Umgebung von Bühl. Kurz vor Beendigung des Krieges wurden in dem Betrieb noch erhebliche Zerstörungen angerichtet. Inzwischen ist eine Werkshalle wieder erstellt und die Fabrikation mit elektrischer Kraft wieder aufgenommen. Durch Einbau einer schweren vierseitigen Elektro-Putzhobel- und Kehlmaschine allerneuester Bauart konnten wieder Qualitätshobelbretter, Faserbretter und auch die Spezialität der Firma Baumann wieder hergestellt werden: Fußbodenriemen mit aufrecht stehenden Jahresringen.

Weinhandel

In der Nähe von Bühl wächst ein guter badischer Wein, zum Teil ganz edle Sorten. Darum spielt auch der Weinhandel in Bühl eine große Rolle im Wirtschaftsleben. Es gibt drei bedeutende Weinhandelsfirmen: Geppert, Lörch und Eisele. Geppert besitzt außerdem eine große Edelbranntweinbrennerei und hat seit kurzem die Herstellung einer „Kalten Ente" mit großem Erfolg aufgenommen. Die Firma Lörch führt außer ihrem üblichen Weinhandel als Spezialität noch eine ansehnliche Wermutkellerei.

Zwetschgenfest

Damit sind wir schon wieder zu den edlen Genüssen gekommen, die das Leben so angenehm machen. Bühl ist

Die Handfertigung des Uhu-Alleskleber

tatsächlich ein Paradies, es ist das Obst-Paradies Deutschlands. Es war daher ein ausgezeichneter Gedanke des jungen und rührigen Bürgermeisters Dr. Kist, im vorigen Jahr das erste Mal ein „Bühler Zwetschgenfest" zu veranstalten. Damit sollte eine Tradition gegründet werden. Die Voraussetzungen — und der Erfolg waren einzigartig. Über 20 000 Menschen kamen von weit her, auch aus dem Auslande, und verliehen dem Fest den entsprechenden Rahmen. In diesem Jahr wird das Zwetschgenfest am 6. August wiederholt und wird nun jedes Jahr zu dem Zeitpunkt gefeiert, an dem die Bühler Frühzwetschge reif ist. Auch in diesem Jahr wird das Zwetschgenfest ein Erfolg werden. Die Tradition scheint schon jetzt fest begründet. Schade, daß wir in 99 Jahren nicht beim 100jährigen Jubiläum dabei sein können. H.

Aus der Skifabrik der Firma C. Schick

„Die Kaufstätte Bühl"